Das Kreuz soll weg
Seite 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

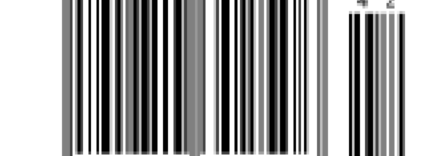
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 42 – 19. Oktober 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Fordern Zuwanderungsrecht für alle: Protestmarsch von Asylbewerbern und ihrer deutschen Unterstützer in Berlin Bild: pa

In der moralischen Falle

Würde die Asyl-Lobby obsiegen, risse dies den Wohlfahrtsstaat in Fetzen

Die Katastrophe von Lampedusa wird von vielen Seiten instrumentalisiert. Vernunft und Realismus werden völlig ausgeblendet.

Zwei Erdteile, zwei Weltsichten: In der EU ringen Politiker und Medien um Fassung angesichts des tragischen Todes hunderter afrikanischer Wirtschaftsimmigranten, die vor der italienischen Insel Lampedusa im Mittelmeer ertrunken sind. Gleichzeitig tagten Anfang der Woche die Vertreter der 54 Regierungen Afrikas im äthiopischen Addis Abeba. Die Mittelmeer-Toten waren ihnen hier keine einzige Silbe wert.

In Deutschland schlägt derweil die große Stunde der Hypermoralisten und damit, wie so oft, der Heuchler. Ihre Vorwürfe laufen letztlich darauf hinaus, den Europäern die Schuld am Tod der Afrikaner zu geben. Ihre Hartherzigkeit, der Unwille, „unseren Wohlstand mit anderen zu teilen“, habe zu der Tragödie geführt.

Die Forderungen laufen darauf hinaus, die Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung einzustellen. Europas Küstenwachen sollen stattdessen als Seenotretter so viele „Flüchtlinge“ wie möglich sicher an Land bringen. Danach sollen die Menschen „gerechter“ verteilt werden. Italien beschwert sich über seine „besondere Last“ und kritisiert mangelnde „europäische Solidarität“. Ausgerechnet Italien, das unter Bruch der Verträge illegale Einwanderer mit Passierscheinen für Deutschland ausgestattet hat. Und obwohl Deutschland pro Kopf der Bevölkerung schon viermal so viele illegale Einwanderer aufgenommen hat wie Italien, will Rom noch weitergehende „Solidarität“ von uns.

Wettbewerb der Schäbigkeit läuft bereits

Europa zappelt in einer selbstgestellten moralischen Falle. Wer nämlich den EU-Staaten die Schuld gibt am Tod der Afrikaner im Mittelmeer, der muss uns letztlich auch zur Verantwortung ziehen für jene, die schon vorher in der Wüste und in den Bürgerkriegsstaaten umkommen, welche die Immigranten vor Erreichen der Küste durchqueren müssen. Am Ende steht logisch die Forderung, die EU-Staaten mögen die Afrikaner gleich zu Hause abholen, damit sie beim Weg nach Europa keiner Gefahr ausgesetzt werden.

Damit würde eine soziale Bombe gelegt, die den Wohlfahrtsstaat in Fetzen reißt und die Integrationskraft der europäischen Völker katastrophal überfordert. Davon spricht keiner der Moralisten. Zudem droht, Stichwort „gerechte Verteilung“, ein Wettbewerb der Schäbigkeit. Schon jetzt versuchen einzelne EU-Staaten, illegale Einwanderer bewusst schlecht zu behandeln, um sie zum Weiterziehen in andere Länder zu bewegen.

Die Lösung? Die Akteure werden wieder lernen müssen, dass Politik zu machen das tragische Dilemma in sich birgt, keine Entscheidung treffen zu können, ohne Schuld auf sich zu laden. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat dieses Format gezeigt, während sich EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) in den weichen Sessel der Hypermoral geflätzt hat. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Böse Geister

Viel wird über die Verantwortung des Westens und vor allem Europas gesprochen, wenn es um die Tragödie von Lampedusa geht. Verantwortung für eine sichere Passage über das Mittelmeer, Verantwortung für die menschenwürdige Unterbringung der Neuankömmlinge und Verantwortung für die Verbesserung der Lebensbedingungen in deren Herkunftsländern. Ein Teil der Verantwortung wird in der Diskussion indes ausgespart. Nämlich die Verantwortung, die Folgen zu bedenken, bevor man Revolutionen befeuert und die Zerschlagung staatlicher Strukturen in Afrika fördert. Beispiel Libyen: Seit dem Sturz Gaddafis regiert hier das Chaos. Er war zweifellos ein Despot, aber einer, der dafür sorgte, dass es über sein Land keinen Menschenstrom nach Europa gab. Der Erfolg seiner Gegner war nur möglich durch massive Unterstützung seitens der Nato. Heute fliehen die Menschen nicht nur über, sondern auch aus Libyen. In dem Land herrschen Stammesfürsten, die an dem schändlichen Treiben der Schleuserbanden kräftig mitverdienen.

Auch aus Syrien gäbe es ohne die Mitwirkung des Westens keinen Massenexodus. Unbekümmert unterstützt er die vollkommen heterogene „Opposition“, obwohl sie sich überwiegend aus islamistischen Terroristen, Dschihadisten und undefinierten Milizen zusammensetzt. Auf diese Weise betreibt der Westen die Islamisierung des syrischen Bürgerkrieges, in dem selbst die unbeteiligte Bevölkerung um Leib und Leben fürchten muss. Deutschland hat sich bekanntlich weder in der „Arabellion“ noch in Libyen oder in Syrien engagiert. Trotzdem soll es nun der bösen Geister Herr werden, die andere gerufen haben.

Wer nur kassiert, muss gehen

Roma-Familie bekommt Hartz IV, verliert aber Aufenthaltsrecht

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat einer vierköpfigen rumänischen Roma-Familie Sozialhilfe zugesprochen. Zuvor hatte das Jobcenter den Hartz-IV-Antrag der seit 2009 in Gelsenkirchen lebenden Familie abgewiesen, da arbeitsuchende Ausländer und ihre Angehörigen gemäß Paragraf 7 Sozialgesetzbuch II keinen Anspruch auf Sozialhilfe hätten. Die Essener Richter hielten diese Ausschlussklausel im vorliegenden Fall für irrelevant, da die Kläger nicht mehr als Arbeitsuchende einzustufen seien, nachdem ihre bisherigen Bemühungen, Arbeit zu finden, erfolglos geblieben seien und weitere Bemühungen nach Überzeugung der Arbeitsvermittlung keinen Erfolg mehr versprächen.

Befürchtungen, dieses Urteil könnte ein Anreiz für den weiteren Zuzug von Zigeunerfamilien nach

Ausländerbehörden sind jetzt am Zuge

Deutschland sein oder Ansprüche der rund 130000 bereits in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren begründen, sind indes unberechtigt. Denn die Richter haben deutlich gemacht, dass der Anspruch der Kläger nur für die Vergangenheit bestehe. Sie stufen EU-Bürger dann als „nicht arbeitsuchend“ ein, wenn das Bemühen um eine Arbeitsstelle „objektiv aussichtslos“ ist. Nun, nachdem die Dauerarbeitslosigkeit der Kläger festgestellt ist, gelten sie als „EU-Bürger ohne Aufenthaltsgrund“. Mit anderen Worten: Sie können sofort abgeschoben werden.

Zwar können sich EU-Bürger in allen Ländern der Gemeinschaft niederlassen, allerdings nur, wenn sie Arbeit haben, Arbeit suchen oder auf andere Weise für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Somit hat der Hartz-IV-Antrag der Familie letztendlich zum Verlust ihres Aufenthaltsrechts geführt. Nun ist es an den Ausländerbehörden, konsequent zu handeln. *J.H.*

(siehe auch Seite 6)

Folge des Moskauer Pogroms

Staatsduma macht Gouverneure für Zuwanderung verantwortlich

Zehntausende Muslime, die sich zur Feier des islamischen Opferfestes Kurban Bayrami um ihre Moschee herum versammeln wollten, legten am Morgen den Verkehr in St. Petersburg lahm. Sie strömten in die U-Bahnstationen und verstopften nach dem Ende des auf offener Straße vollzogenen Gebetsritus die Wege. Die Polizei musste den Zugang zur U-Bahnstation sogar wegen Überfüllung sperren. Diejenigen, die per U-Bahn zur Arbeit fahren mussten und vor einer Polizeikette standen, zeigten sich weder verständnisvoll noch begeistert. Auch Autofahrer, die nach Gebetsende wegen der von der Moschee wegströmenden Menschenmenge, die ohne Rücksicht über die Straßen lief, im Stau standen, hupten und schimpften. Als Sicherheitskräfte versuchten, die Muslime von der Straße zu vertreiben, wurden sie vereinzelt als „Teufel“ be-

Polizei wurde von Muslimen beschimpft

schimpft. Zur Eskalation des Konflikts wie zwei Tage zuvor in einem südwestlichen Stadtteil von Moskau kam es diesmal nicht. Dort war es zu einem regelrechten Pogrom gekommen, an dem sich zirka 10000 Menschen beteiligt haben sollen. Auslöser war die Ermordung eines 25-jährigen Russen durch einen Tschetschenen. Dass Russen eine Islamisierung vor allem ihrer Großstädte befürchten, ist ein offenes Geheimnis. Die Regierung tut sich schwer mit der Forderung der Opposition, für Bewohner ehemaliger Sowjetrepubliken Visazwang einzuführen. Sie befürchtet, dass dies der Eurasischen Union schaden könne, in die auch die zentralasiatischen Staaten Tadschikistan und Kirgistan aufgenommen werden sollen.

Die Staatsduma signalisierte Handlungsbereitschaft, indem sie die Verantwortung für Pogrome den Gouverneuren aufs Auge drückte. Sie werden künftig dafür gemessen, ob sie für Ordnung in ihrer Region sorgen können. *MRK*

MELDUNGEN

Polizei entfernt Mahnmal

Danzig – Ein von Danziger Kunststudenten in der Nacht auf letzten Sonntag aufgestelltes Mahnmal löste einen Polizeieinsatz aus. Ein 26-jähriger Künstler hatte eine Skulptur geschaffen, die einen Rotarmisten zeigt, der eine schwangere Frau auf brutale Art und Weise vergewaltigt. Dieses 500 Kilo schwere Werk hatte er mit Freunden nachts neben einem sowjetischen Panzer im Stadtzentrum der Hafenstadt aufgestellt. Am nächsten Morgen entfernte die Polizei das Mahnmal, mit dem der junge Mann an die Opfer von Massenvergewaltigungen durch Sowjetsoldaten erinnern wollte, laut ihm eine „verschwiegene Tragödie“. *Bel*

London kämpft gegen Illegale

London – Ein Gesetzentwurf zum Einwanderungsrecht sorgt in Großbritannien für Unmut. Innenministerin Theresa May begründet die darin enthaltenen Verschärfungen damit, dass man für illegale Einwanderer eine feindselige Atmosphäre schaffen wolle. Dies soll geschehen, indem man den Druck auf potenzielle Vermieter erhöht. Diese sollen künftig den Einwanderungsstatus ihres Mieters bei einer Regierungsdatenbank abgleichen. Tun sie dies nicht, drohen ihnen Strafen bis zu umgerechnet 3500 Euro. Auch Unternehmer, die Arbeiter ohne Aufenthaltserlaubnis beschäftigen, müssen mit höheren Strafen rechnen. Zudem soll die Europäische Menschenrechtskonvention in Sachen Familiennachzug und -zuzug eingeschränkter gelten. Die steigenden Zuwandererzahlen sorgen bei der Bevölkerung in Großbritannien für Unmut und verleihen der Oppositionspartei Ukip Aufwind, was Premier David Cameron mit dem neuen Gesetz einschränken will. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Alles muss raus

Während frühere Vorstände wegen des Verdachts der Untreue vor Gericht stehen, sieht sich die aktuelle Führung der HSH Nordbank derzeit öffentlicher Kritik ausgesetzt. So wurde jetzt erst bekannt, dass die Landesbank, die den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein zu 85 Prozent gehört und für die beide Länder mit zehn Milliarden Euro bürgen, im August ihre Immobiliensparte HSH Real Estate GmbH für nur einen Euro verkauft hat. Zwar soll sich die HSH Nordbank verkleinern, trotzdem wirft der Verkauf Fragen auf, da das Management nicht erklären will, warum sie einen Kaufpreis von einem Euro bei einem Immobilienfonds, der zwei Milliarden Euro und Immobilien im Wert von zusätzlich 320 Millionen Euro verwaltet, für angemessen hält. *Bel*

2.062.683.172.477 €

Vorwoche: 2.062.004.913.551 €
Verschuldung pro Kopf: 25.623 €
Vorwoche: 25.607 €

(Dienstag, 15. Oktober 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Details, wie aus einem schlechten Krimi

Aus Rampenlicht verschwunden – NSU-Prozess bietet toten Zeugen, geschredderte Akten und viele V-Männer

Während der Auftakt des NSU-Prozesses noch von großem Medienrummel begleitet war, hat mittlerweile das Interesse nachgelassen. Zu Unrecht, denn es kommen immer mehr Details ans Licht, die Zweifel an der bisherigen Theorie zur Terrorzelle NSU wecken.

Es sind Zutaten, wie man sie wohl eher in einem etwas phantasielosen Krimi erwarten würde. Nur wenige Stunden vor einer geplanten Vernehmung durch die Polizei stirbt ein Zeuge in einem brennenden Auto. So geschehen am 16. September nahe dem Cannstatter Wasen in Stuttgart. Ein 21-jähriger Mann aus dem Landkreis Heilbronn war in seinem Auto nur wenige Stunden, bevor er vom Staatsschutz befragt werden konnte, verbrannt. Dass sich um den Tod mittlerweile Verschwörungstheorien ranken, hat gute Gründe. Denn während die Polizei den Todesfall offiziell als Selbstmord aus Liebeskummer einstuft, berichten Zeugen von einer Explosion, kurz nachdem der Mann in sein Auto eingestiegen war.

Angeheizt werden die Zweifel an einer Selbsttötung noch durch eine andere Tatsache. So soll der Jugendliche Kenntnisse über eine bisher unbekannte Terrorgruppe gehabt haben, die neben der NSU existiert haben soll. Auch war er Zeuge im Verfahren zur Aufklärung des Heilbronner Polizistenmordes. Zwar wird die Tat vom April 2007 offiziell dem NSU zugerechnet, tatsächlich sind die Indizien in diesem Fall aber schwach. Nach dem Tod der NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos soll nach offizieller Darstellung in deren ausgebranntem Wohnmobil die Dienstwaffe der getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter gefunden worden sein. Als weiterer Beweis gilt eine DNA-Spur auf einem gefundenen Kleidungsstück. Das Problem dabei ist, dass der Polizist, der den Heilbronner Mordanschlag überlebte, ein Phantombild des mutmaßlichen Täters geliefert hat, das nicht zur NSU-Spur passt. Das erstellte Phantombild zeigt einen dunkelhaarigen Mann ohne Ähnlichkeit mit Böhnhardt und Mundlos. Mysteriös ist ebenso die Meldung, dass US-Geheimdienstler zur Tatzeit vor Ort waren, die laut „Stern“ mit der Observierung eines Drogengeschäftes befasst gewesen sein sollen.

Nicht nur solche Details sind dazu geeignet, so manche vermeintliche Gewissheit über die Terrorgruppe NSU in Zweifel zu ziehen. Nach Recherchen der „Berliner Zeitung“ ist der geistige Architekt des NSU als V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt worden. Der inzwischen unter geändertem Namen im Ausland lebende Michael S. soll unter dem Decknamen „Tarif“ zwischen 1995 und 2001 mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) kooperiert haben. Während dieser Zeit hat der V-Mann ein Konzeptpapier für den terroristischen Untergrundkampf publiziert, das Ermittler als Blaupause für die NSU eingestuft haben. Unmittelbar nachdem die Bundesanwaltschaft am 10. November 2011 die NSU-Ermittlungen übernommen hatte, waren in dem zuständigen BfV-Referat die Akten von „Tarif“ und weiteren sechs V-Leuten aus der Neonaziszene geschreddert worden.

Hat Thüringer Verfassungsschutz Fahndung blockiert?

Noch schwerwiegendere Vorwürfe sind inzwischen im Zuge des Erfurter NSU-Untersuchungsausschuss laut geworden. Dort ist der Polizist Sven Wunderlich, der Anfang 1998 als Zielfahnder mit der Suche nach dem untergetauchten NSU-Trio befasst war, im Rückblick zu einer erstaunlichen Einschätzung gekommen. So sei die Fahndung vom Thüringer Verfassungsschutz systematisch hintertrieben worden. „Aus meiner Sicht kann es dafür nur zwei Motive gegeben haben“, so der Polizeibeamte im Rückblick. „Entweder sollten wir die Drei damals nicht finden, vielleicht weil einer von ihnen bereits Verbindungen zum LfV unterhielt. Oder der Verfassungsschutz wollte das Trio vor uns finden, um mit denen bestimmte Dinge ohne Polizei und Justiz zu klären.“

Dass die Rolle der verschiedenen Verfassungsschutzämter beim gesamten NSU-Komplex noch lange nicht hinreichend aufgeklärt ist, macht auch der Münchner NSU-Prozess selbst deutlich. Dort stand im Zeugenstand der ehemalige hessische Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme. „Klein Adolf“, so der vielsagende Spitzname, war zum mutmaßlichen NSU-Mord am 6. April 2006 in einem Kasseler Internetcafé befragt worden. Zwar war er zur Tatzeit „rein privat“ und „zufällig“ in dem Internetcafé anwesend, dass nur wenige Meter entfernt von ihm ein Mann mit zwei Schüssen getötet wurde, will der Sportschütze Temme aber nicht wahrgenommen haben.

Obskur ist allerdings nicht nur das Verhalten in diesem Fall: Medienberichten zufolge soll sich Temme insgesamt bei sechs der neun sogenannten „Döner-Morde“ am Tatort oder in Tatortnähe aufgehalten haben. *Norman Hanert*



Hauptmotiv des NSU-Prozesses: Angeklagte Beate Zschäpe erscheint vor Gericht Bild: action press

Selbstzensur auf Druck des Kreml

Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt – Medien gehören zu Putins zentralen Pfeilern der Macht

Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt, darüber hat die von Journalisten gegründete Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) eine informative Analyse vorgelegt. Autorin ist die Journalistin und ROG-Pressereferentin Ulrike Gruska. „Der Kreml auf allen Kanälen“ hat sie ihren Bericht überschrieben. ROG stuft auf einer „Rangliste der Pressefreiheit 2013“ Russland auf Platz 148 ein, hinter unter anderem mehreren afrikanischen Staaten. Den russischen Staatspräsidenten und früheren KGB-Offizier Wladimir Putin führt ROG seit Jahren auf einer Liste der „Feinde der Pressefreiheit“.

Wie Ulrike Gruska erläutert, ist das Fernsehen in Russland nach einer kurzen Periode der Freiheit Anfang der 1990er Jahre erneut zum zentralen Pfeiler für die staatliche Machtausübung geworden. Die drei größten Kanäle Perwiy Kanal (Erster Kanal), Rossija und NTV würden landesweit kostenlos ausgestrahlt und gehörten entweder direkt dem Staat oder kremlnahen Oligarchen und Konzernen. Die Monopolstellung der staatlichen beziehungsweise staatsnahen Sender stütze sich auf ein noch aus sowjetischer Zeit stammendes Übertragungssystem, das fast alle Haushalte des riesigen Landes erreiche. Fast 90 Prozent der Bevölkerung bezögen politische Nachrichten in erster Linie aus dem Fernsehen.

Putin habe gleich nach seinem ersten Amtsantritt im Jahr 2000 die Konzerne privater Medienmogule zerschlagen und sich deren Sender angeeignet. Zugleich habe die Staatsführung über Jahre hinweg eine gezielte Personalpolitik betrieben und leitende Redaktionsposten mit Kremlanhängern besetzt. Infolge der systematischen Gleichschaltung hätten viele Journalisten ihren Beruf aufgegeben oder seien ins Ausland gegangen.

Der Perwiy Kanal gehöre zu 51 Prozent dem Staat, die restlichen Aktien teilten sich die kremlnahen Oligarchen Juri Kowaltschuk und Roman Abramowitsch. Der zweitgrößte Sender Rossija ist Teil einer staatlichen Medienholding. Der Sender NTV werde seit 2007 völlig von Gazprom-Media kontrolliert, einer Tochterfirma des staatlichen Energiekonzerns. Der kleine populäre Sender Ren-TV gehöre ebenfalls Kowaltschuk. Regionale Sender, die sich bisweilen etwas Kritik an den Machthabern in Moskau erlaubten, stünden fast alle unter strenger Kontrolle der Gebietsgouverneure. Selbstzensur sei unter russischen Journalisten weit verbreitet.

„Der Kreml muss überhaupt nicht mehr eingreifen“, zitiert Ulrike Gruska Alexej Simonow von der „Stiftung zum Schutz der Glasnost“, denn „die Chefs der großen Sender sind schon so lange auf ihren Posten, dass sie ganz genau wissen, was sie senden dürfen und was nicht“.

Konzerne privater Medienmogule zerschlagen

Die ROG-Autorin hebt hervor, dass es eine einzige Ausnahme auf dem staatlich kontrollierten Fernsehmarkt gebe, nämlich den Privatsender TV Doschd („Regen“). Dieser sei der einzige Fernsehsender, der sich in seinen Berichten häufig offen gegen das Regime stelle. TV Doschd ist im Besitz der Medienmanagerin Natalja Sindejewa, Chefredakteur ist Michail Zygar. Der Sender sei jedoch nur über einige Kabelnetze und Satelliten sowie über das Internet zu empfangen. Im Jahr 2012 habe sich TV Doschd vergeblich darum bemüht, in das landesweite Übertragungssystem aufgenommen zu werden.

Der Sender unterscheide sich vor allem dadurch von den staatlichen Fernsehkanälen, dass zwei Drittel seines Programms live gesendet würden. „Bei NTV, Rossija und dem Perwyi Kanal “, schreibt Gruska, „werden selbst Sendungen, die ‚live‘ im Titel tragen, oft vorher aufgezeichnet. Und wenn doch einmal etwas Unvorhergesehenes ins Programm gerät, ist nach der ersten Ausstrahlung im sieben Zeitzonen von Moskau entfernten Wladiwostok immer noch genügend Gelegenheit, nicht genehme Stellen oder Beiträge zu streichen, bevor das Programm im Westen des Landes über den Bildschirm läuft.“

Zwar gebe es auch in Russland jenseits des Staatsfernsehens sehr kritische Medien, die auch den Kreml scharf angriffen wie etwa Blogportale im Internet, doch hätten diese nur eine sehr geringe Reichweite. Die kritischen Internetzeitungen lenta.ru und gazeta.ru etwa erreichten weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Auch die im Ausland bekannte kremlkritische Zeitung „Nowaja Gaseta“ erreiche selbst in Moskau nur ein Prozent aller Einwohner.

Seit Beginn der dritten Amtszeit Putins als Präsident im Mai 2012 seien mehrere weit auslegbare Gesetze verabschiedet worden, die die Freiheit von Journalisten weiter einschränkten. Wegen angeblicher Verleumdung seien zwischen 2009 und 2011 rund 800 Menschen verurteilt worden, vor allem regionale Journalisten und Blogger. Verklagt worden seien sie dabei meistens durch Staatsdiener. Die Straftatbestände für „Landesverrat“ und „Spionage“ wurden verschärft. Seit diesem Jahr sei es verboten, für „nichttraditionelle sexuelle Beziehungen“ zu werben. Ebenso verboten sei es, Schimpfwörter in den Medien zu benutzen. Dies gelte für Journalisten ebenso wie für ihre Interviewpartner oder Leserkommentare. Eine offizielle Liste, welche Schimpfworte verboten sind, gebe es nicht. Eine Medienaufsichtsbehörde entscheide von Fall zu Fall und könne ein Medium nach zweimaliger Verwarnung schließen. *Michael Leh*

Senator ignoriert deutsches Recht

Von Theo Maass

Seit mehr als einem Jahr halten sich Asylbewerber rechtswidrig – meist sind die Anträge abschlägig beschieden worden – auf dem Kreuzberger Oranienplatz auf. Unter Missachtung der Residenzpflicht waren sie durch die halbe Bundesrepublik gezogen. Weder der Bezirk noch die Berliner Landesregierung haben irgendwelche Anstalten unternommen, den in diesem Land geltenden Rechtsvorschriften Geltung zu verschaffen. Irgendwelche Konsequenzen aus dem abschlägig beschiedenen Asylantrag oder der nach wie vor gültigen Residenzpflicht spüren die Bewohner des wilden Lagers nicht. Sie müssen annehmen, dass Gesetze in diesem Land lediglich „Kann-Bestimmungen“ sind.

Auf Landesebene schien bislang die Strategie darin zu bestehen, abzuwarten, bis sich das Lager auf irgendeine Weise von selbst auflöst. Dieser Zeitpunkt schien dieser Tage gekommen. Die Berliner Tafel hatte die Versorgung der Bewohner mit Lebensmitteln eingestellt. Als Grund wurde eine unangemessene Anspruchshaltung angegeben, und „außerdem hat es einen körperlichen Angriff auf eine ehrenamtliche Mitarbeiterin gegeben“, so die Sprecherin der mildtätigen Organisation. Der Energieversorger Vattenfall will keinen Strom mehr liefern. „Wir haben Schulden von 6100 Euro“, gibt ein Lagerbewohner zu. Auch der Toilettenwagen soll verschwinden.

Beste Voraussetzung also, dass Ruhe und Ordnung am Oranienplatz einkehren und die meist abgelehnten Asylbewerber abgeschoben werden könnten oder doch wenigstens an den Ort ihrer Residenzpflicht zurückkehren. Aber nun ist eine Wende in Sicht. Sozialsenator Mario Czaja von der CDU will „helfen“. Er hat die Verfügungsgewalt über das, was dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg fehlt: leer stehende Häuser. Die linksalternative „taz“ lobt: „(Der) Sozialsenator zeigt sich gesprächsbereit, Flüchtlingen vom Oranienplatz feste Bleibe zu organisieren.“

Zwar stellt Czaja die Bedingung, dass das Lager „verschwindet“, aber an dem Zustand des rechtswidrigen Aufenthalts will er nichts ändern. Daran, dass die „Flüchtlinge“ auch künftig nicht bereit sind, deutsches Recht zu respektieren, machte einer der Bewohner, Patras Bwansi, keinen Zweifel. Mit dem möglichen Umzug seien die Aktionen keineswegs beendet: „Sie sollen nicht versuchen, unsere politische Basis zu schwächen.“ Nicht nur die Asylbewerber bekommen den Eindruck, dass Deutschland kein Rechtsstaat mehr ist. Mindestens genauso schlimm ist, dass bei den steuerzahlenden Bürgern, die Patras Bwansi und Mario Czaja mit ihren Abgaben gleichermaßen alimentieren, der gleiche Eindruck entsteht.

Bauern zweimal betrogen

Brandenburg: Kommission verurteilt Behandlung der DDR-Kollektivierungsopfer nach 1989



Viele einst zwangskollektivierte märkische Bauern wurden offenbar gezielt um die Chance zum Neuanfang gebracht: „Schweineumzug“ in einer zur Agrargesellschaft umgestalteten einstigen LPG in Nordost-Brandenburg

Bild: pa

Viele Landwirte, die in der DDR Opfer der Zwangskollektivierung geworden waren, wurden nach der Revolution von 1989 erneut um ihr Recht gebracht. Bei der Abwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ist es zu flächendeckenden Betrügereien gekommen – Brandenburgs Landesregierung hat lange weg gesehen.

Mehr als 20 Jahre sind mittlerweile vergangen, seit zahlreiche frühere Mitglieder von LPG der DDR eine böse Überraschung erlebt haben. Als es nach der erfolgreichen Revolution gegen die sozialistische Diktatur darum ging, sein zu DDR-Zeiten abgepresstes Eigentum von den Zwangsgenossenschaften wieder zurückzuerhalten, wurde massiv getrickst.

Bei der Umwandlung der LPG zu Agrarbetrieben Anfang der 90er Jahre wurde – bis hin zur Bilanzfälschung – systematisch alles versucht, um die korrekte Auszahlung von Vermögensanteilen an Genossenschaftsmitglieder zu verhindern. Profiteure: Die Geschäftsführer der damals massenweise entstandenen Nachfolgefirmen.

Der naheliegende Verdacht angesichts des flächendeckenden Betrugs: In der „kleinen DDR“, wie Brandenburg unter dem damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) oft genannt wurde, sollte ganz bewusst die Entstehung von industriell wirtschaftenden Agrargroßbetrieben gefördert werden.

Über den Tisch gezogene Genossenschaftsmitglieder hatten oftmals schon alle Hoffnungen auf Gerechtigkeit aufgegeben. Nach zwei Jahrzehnten Stillstand scheint nun ein Aufrollen der damaligen Vorgänge allerdings noch einmal in Reichweite zu liegen. Ein kürzlich vorgelegtes Gutachten für die Enquetekommission des Landtags zur DDR-Aufarbeitung bescheinigt, dass in Brandenburg die Gesetzesvorgaben zur Aufteilung des LPG-Vermögens unter ausscheidenden Mitgliedern „flächendeckend missachtet“ worden seien. „Rund elf Prozent der Umwandlungen waren mit derart schweren Mängeln behaftet, dass sie auf Grundlage der relevanten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) als unwirksam zu qualifizieren sind“, so der Jenaer Rechtsprofessor Walter Bayer in seinem Gutachten für den Landtag.

Damit nicht genug: Fast jede LPG-Umwandlung könne als „mit Fehlern behaftet“ gelten. Die aufgeführten Beispiele machen recht deutlich, wie massiv die Genossenschaftsmitglieder um ihre Rechte gebracht wurden. Allein im Registergerichtsbezirk Potsdam sollen 67,3 Prozent der Umwandlungen nicht den Vorschriften entsprochen haben. Nur bei einem von 52 Agrarbetrieben im Potsdamer Raum scheinen bei der Aufteilung des LPG-Vermögens die Gesetzesvorschriften korrekt eingehalten worden zu sein. Trotz der Zeit, die inzwischen ins Land gegangen ist, können die damaligen Tricksereien nun handfeste Konsequenzen haben. Das Amt für Betrugsbekämpfung der EU-Kommission und der brandenburgische Landesrechnungshof erwägen derzeit eine Prüfung der Förderpolitik für Agrarbetriebe in Brandenburg.

Folge: EU könnte hohe Fördersummen zurückfordern

Hintergrund: Agrarbetriebe, die im Zuge der Umwandlung von LPG-Betrieben gegen die Gesetzesvorgaben verstoßen haben, dürfen keine Fördermittel von EU, Bund oder Land erhalten. Mehr noch: Nach einem Grundsatzurteil des Oberverwaltungsgerichts Sachsen-Anhalt können die Fördermittelbescheide bei falschen Angaben zur Vermögensauseinandersetzung und nicht fristgerechter Auszahlung von früheren LPG-Mitgliedern sogar in vollem Umfang zurückgenommen werden. Kommt es soweit, wird es sich um mehr als eine Lappalie handeln. Nach Berechnungen der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) sind allein in Brandenburg seit 1993 mehr als 300 Millionen Euro unrechtmäßig an EU-Agrarsubventionen ausgezahlt worden. Und bei der Rückforderung von Fördergeldern könnte es am Ende nicht bleiben. Wenn sich herausstellt, dass die Agrarbetriebe wegen Mauscheleien bei ihrer Gründung überhaupt keinen Anspruch auf Fördergelder hatten, können auch zahlreiche Landwirte darauf hoffen, dass ihre Anteile an den abgewickelten Genossenschaften endlich korrekt zurückerstattet werden. Das Resultat der Tricksereien vor mehr als 20 Jahren könnte nämlich tatsächlich sein, dass Agrarbetrieben die aus den LPG entstanden sind, wieder abgewickelt werden müssen.

Dass die seit 1990 in Brandenburg amtierende SPD nun so deutlich die Quittung für jahrzehntelange Agrarpolitik zugunsten großer Betriebe erhält, sollte eigentlich ein gefundenes Fressen für die Opposition im Landtag sein – so sollte man zumindest glauben. Tatsächlich hält sich CDU-Fraktionschef Dieter Dombrowski aber äußerst zurück. Die Feststellung, dass LPG-Betriebe nicht rechtmäßig umgewandelt worden sind, sei kein Grund, „alles neu aufzurollen“, so Dombrowski.

Auf jeden Fall wird ein Rufschaden zurückbleiben. Obwohl das Problem lange bekannt war, ist die Landesregierung nicht eingeschritten. Die märkischen Behörden haben weder auf eine saubere Aufteilung des LPG-Vermögens unter den zu DDR-Zeiten zwangskollektivierten Bauern gedrungen, noch haben sie erkannt, in welche Falle die brandenburgische Landwirtschaft mit den unrechtmäßig gezahlten Fördergeldern gelaufen ist. Obendrein ist es nicht der erste Vorwurf gegen das Land: Bereits 2006 hatte der BGH festgestellt, dass Brandenburg nicht mit Nachdruck nach den Erben von Bodenreformland gesucht und sich 10 000 Flächen sittenwidrig angeeignet habe.

Norman Hanert

Gemeinden schlagen Alarm

Strom der Asylbewerber in Brandenburg kaum noch zu bewältigen

Asylsuchende stellen Berlin und Brandenburg vor große Unterbringungsprobleme. In Potsdam wird die Nutzung des alten Landtags für Asylbewerber diskutiert, in Berlin beschlagnahmt das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) eine leer stehende Seniorenunterkunft, um den Platzmangel zu beheben. Die Lage entspannt sich dadurch kaum.

Nur eine kleine Gruppe von rund 20 Menschen protestierte am Freitag vor dem Brandenburger Tor gegen die angeblich unfaire Behandlung als Flüchtling. Der „Berliner Flüchtlingsrat“ wirft der Stadt vor, „Flüchtlinge“ müssten teils ihre ersten Nächte in Berlin auf der Straße zubringen. Im August belegte die Lageso eine zum Heim umgebauten Schule in Hellersdorf gegen massive Anwohnerproteste mit Asylbewerbern. Damals befanden sich rund 6 500 von ihnen in der Hauptstadt. Nicht nur wegen des Krieges in Syrien steigt deren Zahl: Auch viele Roma vom Balkan ziehen nach Berlin. Dort hat sich die Zahl der bulgarischen und rumänischen Hartz-IV-Bezieher 2012 gegenüber 2011 um 38 Prozent erhöht. Nun hat die Lageso ein ausgedientes Seniorenheim in Gatow beschlagnahmt und beginnt mit der Belegung.

Konflikte in Erstaufnahmelagern nehmen zu

In Brandenburg ist die Lage derart angespannt, dass einzelne Kreise und Gemeinden keine Neuankömmlinge mehr unterbringen können, wozu sie gesetzlich verpflichtet wären. So bleiben in Berlin wie Brandenburg die Asylbewerber oft länger als die maximal vorgesehenen drei Monate in Erstauffangeinrichtungen. Brandenburgs Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt steht laut Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) vor einer „äußerst schwierigen“ Lage. Daher solle der Bund nun die Asylverfahren beschleunigen. Schon jetzt würden Konflikte zunehmen und sich teilweise gewaltsam entladen, so der Politiker.

Flucht vor Krieg (Syrien) oder Hunger (Afrika) bewegen nur einen überschaubaren Anteil der Flüchtlinge, Asylanträge zu stellen. Derzeit kommen die meisten Asylbewerber aus Serbien. Die deutschen Behörden erkennen nur 0,2 Prozent von ihnen an – aus Mangel an Asylgründen. Ob Brandenburgs altes Landtagsgebäude bald, wie von der Sozialverwaltung ins Gespräch gebracht, zur Asylunterkunft ausgebaut wird, ist indes ungewiss. Das Gebäude wird 2014 frei, wenn die EU-Bürgern gewährte Freizügigkeit auch auf Bulgaren und Rumänen ausgeweitet wird.

SV

Solar vor dem Aus

Berliner Modulhersteller: Produktion ruht

Nach der Solarindustrie in Brandenburg geht nun auch die der Hauptstadt in die Knie. Der Hersteller Solon stoppt die Produktion. Als Grund nennen Medien fehlende Kredite. Damit sind 300 Arbeitsplätz in Gefahr. Der Standort erscheint trotz moderater Löhne nicht mehr konkurrenzfähig.

Im Juni vergangenen Jahres schien das Unternehmen noch von der Schwäche der Mitbewerber zu profitieren. Aufträge aus Israel und Griechenland sorgten für eine scheinbar stabile Nachfrage nach den Solarmodulen. Drei Monate zuvor hatte der indisch-arabische Hersteller Microsol das kriselnde Unternehmen übernommen.

Doch mit dem danach eingeführten Betrieb in drei Schichten ist nun wieder Schluss. Die Produktion ruht, der Aktienkurs sinkt. Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, sind 90 Mitarbeiter der Fertigung bei voller Lohnfortzahlung nach Hause geschickt worden. Die Zeitung berief sich ferner auf eine „Einschätzung aus Unternehmenskreisen, wonach Solon kaum noch Betriebsmittelkredite bei Banken bekommt“. Trotz Löhnen um 1800 Euro brutto könne der Standort nicht mit Asien konkurrieren.

Von den Asiaten abgehängt

Die Nachricht vom drohenden Aus trifft mit einer aktuellen McKinsey-Studie zusammen, die Berlin als Gründermetropole anpreist. Laut der von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) vorgestellten, 70 Seiten starken Studie „Berlin gründet“ will Berlin Unternehmensgründungen massiv fördern, vor allem im digitalen Bereich. Doch auch in dieser Branche droht die Spreemetropole dauerhaft von Tel Aviv, Paris und Moskau abgehängt zu werden.

SV

Notruf: Unter 110 keine Reaktion

Brandenburgs Polizeireform ist wegen der Einsparungen nach wie vor umstritten. Nach Informationen der Zeitung „Bild“ hapert es jetzt schon an der Verbindung: Fast 60 000 Notrufe gingen demnach 2012 ins Leere. Die Hilfesuchenden bekamen unter 110 keine Antwort. Die Zeit bis zum Eintreffen der Polizei hat sich ebenfalls verlängert. Laut „Bild“ gehen die Zahlen auf Daten aus Brandenburgs Innenministerium hervor. Eine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag ergab: Jeder vierte der 437 660 Anrufer wartete länger als eine halbe Minute am Telefon und 58 702 legten auf, bevor es zu einer Reaktion am anderen Ende der Leitung kam. Zudem dehnte sich die Einsatz-Reaktionszeit im Vergleich zu 2011 um zweieinhalb auf 26 Minuten und 47 Sekunden aus. Die CDU kritisierte den Stellenabbau bei der Polizei durch die Polizeistrukturreform. Ob die Grenzkriminalität bei der festgestellten Überlastung der Polizei eine Rolle spielt, wurde nicht bekannt.

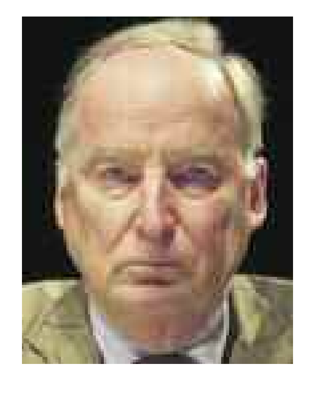
SV

Zeitzeugen

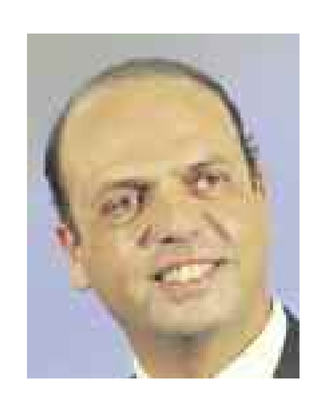


Martin Schulz – Der aus Deutschland stammende Präsident des Europäischen Parlaments verlangt, dass Europa endlich anerkennt, dass es ein Einwanderungskontinent sei. Vor allem Deutschland sieht der SPD-Politiker in der Pflicht. „Weder Italien noch Malta kann man alleinlassen, das muss eine europäische Aufgabe sein.“

Hans-Peter Friedrich – Der Innenminister (CDU) bezeichnet die Ereignisse vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa zwar auch als Tragödie, hält aber nicht in erster Linie Europa als verantwortlich dafür. Er ist überzeugt, dass die Lebensverhältnisse in den afrikanischen Heimatländern dringend verbessert werden müssen, so dass die Menschen nicht mehr in Scharen nach Europa streben.



Alexander Gauland – Der Sprecher der Partei „Alternative für Deutschland“ und Publizist warnt davor, vor lauter Mitgefühl für die Opfer der Katastrophe vor Lampedusa jetzt unvernünftig zu werden. „Alle Armutsflüchtlinge dieser Welt aufzunehmen, kann Deutschland nicht leisten, auch wenn sich viele dies angesichts der traurigen Bilder aus Lampedusa wünschen.“ Zudem drohe bereits die zu erwartende Armutseinwanderung aus Rumänien und Bulgarien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit als auch die allgemeine Armutseinwanderung aus den Entwicklungsländern sich zu gesellschaftlichem Sprengstoff zu entwickeln. Gauland fürchtet: „Am Ende droht das Entstehen einer intoleranten und rassistischen Gesellschaft, in der nicht einmal mehr das Recht auf Asyl ernst genommen wird.“



Angelino Alfano – „Hier verläuft die Grenze zwischen Norden und Süden der Welt, zwischen uns, die Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen, und den Menschen, die für diese Demokratie ihr Leben riskieren. Wir können diesem Verlangen nach Demokratie keine Schranken setzen“, verkündete Italiens Innenminister dieser Tage angesichts der Katastrophe pathetisch. Doch seine Taten sprechen eine andere Sprache. Schon zu seiner Zeit als Justizminister im Kabinett von Silvio Berlusconi setzte er alles daran, illegale Zuwanderer dorthin zurückzuschicken, wo sie her kommen.

Verschiebung der Schuld

Europa wird für etwas verantwortlich gemacht, dessen Ursprung anderswo zu finden ist

Selbsternannte Menschenrechtler, Kirchen und Politiker jeglicher Couleur sehen angesichts der Katastrophe von Lampedusa Europa in der Verantwortung. Doch während man vor allem Deutschland zu mehr Solidarität auffordert, spricht kaum jemand über die wirklich Verantwortlichen.

Ganze 500000 Euro soll der Kapitän des vor Lampedusa mit rund 500 illegalen Zuwanderern an Bord gekenterten Bootes für seine Menschenschmugglertätigkeit erhalten haben. Trotzdem ist dieser Sachverhalt den Medien nur eine Randnotiz wert. Auch liest man, dass die Wirtschaftsflüchtlinge je nach Ausgangsort zwischen 1000 und 5000 Euro pro Person an die Schmuggler bezahlen. Trotzdem fordert kaum jemand, den Schmugglern das Handwerk zu legen, die Menschen mit falschen Versprechungen Richtung Europa schleusen, wo man sie, sofern sie lebend ankommen, gar nicht haben will.

Doch die Schmuggler sind nur ein kleines Rädchen in einer Maschinerie, die die Zahl der illegalen Einwanderer vom afrikanischen Kontinent nach Europa in die Höhe treibt.

Die historische Schuld, die Europa hier aus seiner Kolonialgeschichte immer wieder zugeschrieben wird, spielt dabei nur eine marginale Rolle. Wenn man Europa die Schuld für den Strom der Zuwanderer geben will, dann deshalb, weil es beim sogenannten Arabischen Frühling nicht rechtzeitig erkennen wollte, wer hier am Ende die Macht ergreift. Denn erst der Umsturz in Ländern wie Libyen, Syrien, Tunesien und Ägypten hat es möglich gemacht, dass diese Länder zum Ziel aller nach Europa strebenden Afrikaner werden konnten. Vor allem von der Küste Libyens legen ständig Boote mit Kurs auf Europa ab. 32 Transporte mit fast 5000 Insassen sollen es nur im September gewesen sein, wie das Flüchtlingswerk der UN feststellte.

Vor allem Libyen ist seit dem Arabischen Frühling instabil

Zwar betont der libysche Premierminister Ali Zeidan, er wolle gegen den Menschenschmuggel vorgehen, doch in Wahrheit ist er gar nicht dazu in der Lage. Während Italien mit dem inzwischen gestürzten und ermordeten libyschen Machthaber Muammar Al-Gaddafi einst Abkommen schloss über gemeinsame Patrouillen und Rückführmaßnahmen direkt von See aus, hat Zeidan viel zu wenig Einfluss in seinem eigenen Land, um die Umsetzung derartiger Zusagen zu gewährleisten. Libyen ähnelt momentan eher Somalia, dem berüchtigten „gescheiterten Staat“, dessen junge Männer derweil zuhauf von der libyschen Küste aus den Kontinent verlassen.

Im ebenfalls vom Arabischen Frühling betroffenen Tunesien sieht die Lage zwar etwas besser aus, wie in allen Ländern dieser Revolution ist die Regierung aber mit internen Problemen beschäftigt. Wachsende Armut und eine zunehmende Islamisierung eint sie alle. Nur Algerien und Marokko haben das Schmugglerproblem einigermaßen unter Kontrolle. Beide Länder wurden nicht vom Arabischen Frühling vereinnahmt.

Die Zustände in Ländern wie Somalia oder Eritrea, aus denen zahlreiche Bootsflüchtlinge kommen, sind ohne Zweifel beklagenswert. Die von Bürgerkriegen gezeichneten Länder sind auch heute noch weit von einem Normalzustand entfernt. Doch wäre es nicht Aufgabe der Afrikanischen Union (AU) statt der Europäischen Union, für diese Menschen eine Besserung der Lebensumstände zu ermöglichen? Doch die AU, die betont, dass Afrika ein aufstrebender Kontinent sei, veranstaltet im Gegensatz zur EU keinerlei Sondergipfel. Ursache hierfür sind Europas Regierungen selbst, denn solange sie den Eindruck vermitteln, als würden sie jenen illegalen Zuwanderern eine Perspektive bieten, riskieren diese weiter ihr Leben, und die AU sieht keinerlei Notwendigkeit, sich der eigenen Probleme anzunehmen. *Rebecca Bellano*

Die Mär von den armen Südeuropäern

Gerne wird den Nordeuropäern ein schlechtes Gewissen eingeredet mit der Behauptung, sie würden die ohnehin schon durch die Schuldenkrise gebeutelten südeuropäischen Staaten mit der Flüchtlingsproblematik alleine lassen. Das ist zumindest undifferenziert, um es vornehm auszudrücken. Zwar kommen in den Kleinstaaten Malta und Zypern tatsächlich auf eine Million Einwohner 1035 beziehungsweise 425 Flüchtlinge, doch in den Mittelstaaten Italien und Spanien sind es nur 90 beziehungsweise 15. In Deutschland sind es 295, in Luxemburg 655 und in Schweden gar 1490.

Ähnlich ist es bei den Asylanträgen. Malta hat zwar mehr als 2500 pro eine Million Einwohner, aber ebenso auch die Schweiz, Luxemburg, Belgien und Schweden. In Zypern kommen 1000 bis 2500 Anträge auf eine Million Einwohner, genauso wie in Österreich, Dänemark und Norwegen. Deutschland und Finnland schwimmen mit 500 bis 1000 in derselben Gruppe wie die Mittelmeeranrainer Griechenland und Frankreich. Bei Italien liegt der Wert hingegen nur zwischen 250 und 500 und bei Spanien und Portugal gar bei unter 250. Und dabei wird von Politikern wie Medien immer wieder beklagt, dass Deutschland durch Beharren auf der Dublin-II-Verordnung Flüchtlingen die Möglichkeit nehme, hier Asyl zu beantragen. Das sei gleich in doppelter Hinsicht ungerecht, unsozial und unsolidarisch. Zum einen beraube man die Flüchtlinge der Chance, vom großzügigeren deutschen Sozialsystem zu profitieren. Und zum anderen lasse man die an Armutsregionen grenzenden Staaten der EU-Peripherie mit der Asylproblematik allein. Die Zahlen beweisen das Gegenteil. *Manuel Ruoff*

Deutschland ist belasteter als Italien



Foto: pa

Dem Tod entronnen: In der Hoffnung auf Wohlstand wagen sie ihr Leben, doch Europa hat genug mit sich selber zu tun

Notfalls ins Privatquartier

Hamburg: Ungewöhnliche Wege zur Unterbringung von Immigranten

In diesem Jahr werden gut 100000 Immigranten nach Deutschland kommen, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Deren Unterbringung stellt die Kreise und Kommunen vor erhebliche Probleme. Asylbewerber müssen in der Regel die ersten drei Monate in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung wohnen, bevor sie in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

In Hamburg gibt es bereits 9000 Unterkunftsplätze in 60 Einrichtungen. Fast 2000 weitere sollen in den nächsten Monaten hinzukommen, was allerdings längst nicht ausreichen wird. Bei der Suche nach Standorten für Gemeinschaftsunterkünfte geht die Stadt seltsame Wege. Will sie beispielsweise einerseits die Autofahrer zum Umsteigen auf Öffentliche Verkehrsmittel bewegen, stellt sie andererseits Park-and-Ride-Plätze mit Wohncontainern voll. Auch vor den Freiflächen von Kindergärten, Seniorenheimen und Freizeitanlagen wird nicht halt gemacht. Den Flüchtlings- und Asylinitiativen kann man es damit indes nicht recht machen. Sie geißeln die Gemeinschaftsunterbringung, sei es nun in Wohnheimen, Containern oder Kasernengebäuden, als menschenunwürdig, da sie „in hohem Maße psychisch belastend“ sei und krank mache, weshalb viele Immigranten „therapiebedürftig“ seien. Diese Kritiker seien daran erinnert, dass noch im Jahre 1951 in Hamburg rund 10000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Wohnlagern aus kargen Nissenhütten oder Holzbaracken sowie in unbeheizten, fensterlosen Luftschutzbunkern untergebracht waren.

Unterkünfte sind hoffnungslos überfüllt

Da in der stark verdichteten Großstadt jedoch weder genügend Flächen zur Aufstellung von Container- und Pavillonwohnanlagen noch ausreichend leer stehende öffentliche Gebäude vorhanden sind, sollen Neuankömmlinge sogar in Neubauwohnungen untergebracht werden und dort für mehrere Jahre, „möglicherweise sogar dauerhaft“ bleiben dürfen. Auch das erstaunt, beklagt der SPD-Senat doch zugleich das Fehlen von mehreren zehntausend Wohnungen in der Hansestadt. Mit einer Wohnungsbauinitiative will er jährlich 6000 bezahlbare Wohnungen schaffen, in die vor allem junge Familien einziehen sollen. Nun hoffen die Behörden, dass sich Investoren finden, die „die Unterbringung von Flüchtlingen mittragen“. Auf eine derartige Solidarität hoffen die 3500 Menschen, die in Hamburg ohne eigene Wohnung in Notunterkünften leben, und die über 1000 Obdachlosen auf der Straße vergebens.

Das äußerste Mittel zur Unterbringung der Neuankömmlinge sollen Privatquartiere sein. Wenn es nach einigen Landes- und Bezirkspolitikern geht, soll dafür eine Vermittlungsagentur geschaffen werden, bei der sich „weltoffene und hilfsbereite Hamburger“ wegen der „Unterbringung und Betreuung einzelner Flüchtlinge und Kleingruppen“ melden können. Kosten würden ihnen nur für die Verpflegung der „Gäste“ entstehen. Alle anderen Lasten würden aus Steuermitteln getragen werden. Insgesamt wird Hamburg in diesem Jahr rund 75 Millionen Euro für Asylbewerber, Flüchtlinge und Wohlstandszuwanderer ausgeben. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8551**

Das Kreuz soll weg

Al-Nour-Gemeinde wirbt für den Umbau einer Kirche – Gebäude steht leer und droht zu verfallen

„Die Umwidmung einer Kirche in eine Moschee ist nicht in unserem Sinne", kommentierte der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke im Februar den Umstand, dass in Hamburg eine ehemals evangelische Kirche in den Besitz der muslimischen Al-Nour-Gemeinde gelangt ist. Auch bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) reagierte man verwundert. Derweil schafft die muslimische Gemeinde Fakten, die Umbaupläne bedürfen nur noch der Baugenehmigung.

Seit Monaten versucht Daniel Abdin, Vorsitzender der Al-Nour-Gemeinde im Hamburger Stadtteil St. Georg, Ängste und Vorurteile abzubauen. Dies tut der im Libanon geborene und im Alter von 17 Jahren nach Deutschland gekommene Telekommunikationsfachmann mit vollem Elan auch noch nach Feierabend, denn der Angestellte und zweifache Familienvater erfüllt sich gerade einen Herzenswunsch. Seit elf Jahren ist er Vorsitzender der muslimischen Gemeinde und seit acht Jahren sucht er nach einer neuen Bleibe, da die Tiefgarage, in der jetzt gebetet wird, dunkel, kalt und nicht repräsentativ ist. Außerdem will er, dass die Muslime in Deutschland das Hinterhofimage ablegen und mehr Teil des öffentlichen Stadtbildes werden.

Doch sein Ansinnen stößt nicht überall auf Begeisterung. Zudem ist das neue Quartier auch noch ausgerechnet eine Kirche. Schon jetzt hat mancher Deutsche das Gefühl, der Islam wäre in Deutschland zu sehr auf dem Vormarsch und verdränge Werte und Traditionen des christlichen Abendlandes immer mehr. Abdin, der auch Vorsitzender der Schura, des Rates der islamischen Gemeinschaften in Hamburg, ist, weiß um dieses Problem und daher wird das in den 60er Jahren erbaute Gebäude der früheren Kapernaum-Kirche in Hamburg-Horn, das bereits 2002 entweiht und von der EKD an einen privaten Investor verkauft worden war, von außen nur minimal verändert. Jedoch kommt oben an der Spitze das Kreuz weg. Ein anderes allerdings soll bleiben, denn eine Zerstörung der bunten Fenster, von denen eines ein Kreuz zeigt, würde zu viele Gefühle verletzen. Von innen hingegen soll es überdeckt werden, um wiederum die Gefühle der eigenen Gläubigen nicht zu verletzen. Die Sanierung soll insgesamt 1,5 Millionen Euro kosten, die derzeit noch gesammelt werden. Den sechsstelligen Kaufpreis für die im Internet bei Immobilienscout angebotene Kirche hatte die Gemeinde schnell zusammen, doch das Geld für den Umbau ist schwerer zusammenzubekommen. Zumal auch nur etwa die Hälfte der 600 Gemeindemitglieder mit umzieht. Zu viele bevorzugen den jetzigen Standort, da nach dem Gebet noch auf dem Steindamm, der zahlreiche Geschäfte von Muslimen beherbergt, eingekauft oder gegessen wird. Der neue Standort liegt hingegen mitten in einem Wohngebiet.

Egal, wie Abdin es dreht und wendet, der 50-Jährige muss seinen Gemeindemitgliedern, aber auch jenen skeptischen Deutschen einen Kompromiss anbieten. Das ist keineswegs seine Schuld, denn eigentlich wäre dies Aufgabe der Politik. Schließlich hat sie jahrzehntelang Gastarbeiter angeworben, Zuwanderer ins Land geholt, aber gleichzeitig behauptet, Deutschland wäre kein Einwanderungsland, obwohl es das faktisch längst ist. Allerdings wurde nicht die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen, was dazu führt, dass es noch so viele Hinterhofmoscheen gibt, gleichzeitig aber jetzt vom muslimischen Ausland finanzierte Riesenmoscheen aus dem Boden schießen. Auf Bedenken, aber auch Bedürfnisse der einheimischen, aber auch der zugewanderten Bevölkerung wurde wenn überhaupt zu spät Rücksicht genommen.

Kopftuch bleibt Symbol für Andersartigkeit

„Wir vertreten einen Mainstream-Islam", versucht Abdin Ängste zu nehmen und zeigt auf die Umbaupläne, nach denen der Rotklinker von innen mit weißen Platten überdeckt wird, die muslimische Symbole zeigen. Doch als er nach der Haltung der Gemeinde zum Kopftuch gefragt wird, gerät er kurz aus dem Konzept. Der während des Gesprächs anwesende Imam, der vor zehn Jahren aus dem Libanon nach Deutschland kam, aber dessen Deutsch noch ausbaufähig ist, sagt Abdin auf Arabisch einige Sätze. Abdin erklärt, das Kopftuch sei für sie so wie Bekleidung, man renne ja auch nicht nackt auf der Straße rum. Zugleich merkt er aber, dass er so nicht überzeugt. „Wir zwingen niemanden, ein Kopftuch zu tragen", sagt er dann, betont aber auf Nachfrage, dass ein Kopftuch zur Teilnahme am Gottesdienst Pflicht sei. Seine Frau trage aber nur dann eines und das sei für sie selbstverständlich, fügt er hinzu.

Während er und der Imam sich auf ihrer Sprache zur Kopftuchfrage unterhalten, beten neben dem Büro in der mit Teppich ausgelegten Tiefgarage etwa 30 überwiegend junge und zum Teil auch bärtige Männer. Diese Halle durchschreiten darf eine Frau nur in Ausnahmefällen und es dürfte bei den meisten deutschen Frauen gemischte Gefühle hervorrufen. Denn während Gleichberechtigung von Mann und Frau in der deutschen Gesellschaft ein hohes Gut ist und dieses in Form von angedachter Frauenquote in Aufsichtsräten politisch sogar übersteigert wird, regiert hier der Koran. Gleichberechtigung von Mann und Frau kommt aber im Grundgesetz, das hierzulande für alle gilt, jedoch noch vor der freien Religionsausübung. Ganz abgesehen davon stellen die vielen überwiegend jungen Männer auch ein gewisses Bedrohungspotenzial dar, auch wenn sie jetzt friedlich auf dem Boden sitzen.

Doch Abdin, der betont, wie wichtig Integration sei, Assimilation aber ablehnt, hat das Werben für sein Projekt nicht aus dem Blick verloren. Sofort merkt er an, dass Männer und Frauen in dem neuen Gotteshaus gemeinsam in einem Raum beten werden, nur dass die Frauen oben auf einer Empore, schräg über den Männern wären. Auf die Frage, ob dies denn allen Gemeindemitgliedern zusage, betont er, dass er aus Sicht mancher Muslime zwar einen Wischiwaschi-Islam vertrete, aber das entspreche nicht dem Denken seiner Gemeinde. Stünde sie nicht hinter ihm, wäre er nicht seit elf Jahren ihr Vorsitzender. *Rebecca Bellano*



Zeigt Gemeinsamkeiten auf: Daniel Abdin, der Vorsitzende der Gemeinde, versucht Ängste abzubauen Bild: Bel

MELDUNGEN

Eigentumsfrage kein Thema

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke" teilte die Bundesregierung mit, dass sie keine Ansprüche wegen der von Polen vorgenommenen entschädigungslosen Enteignungen deutscher Staatsangehöriger in Gebieten östlich der zwischen beiden Staaten vereinbarten Grenze geltend mache. Auch würden von Privaten gestellte Forderungen nicht unterstützt. Zugleich habe aber auch Deutschland keine Reparationsverpflichtungen mehr gegenüber der Republik Polen. „Mit der Erklärung der polnischen Regierung vom 23. August 1953 hat Polen auf alle weiteren Reparationsforderungen an Deutschland verzichtet", so Schwarz-Gelb. *Bel*

Mehr Frauen an die SPD-Spitze

Berlin – Immer mehr weibliche SPD-Mitglieder wünschen sich mehr weiblichen Einfluss in Partei und Fraktion. So wollen sie verhindern, dass ihre Partei bei den nächsten Wahlen bei den Frauen im Alter zwischen 18 und 44 Jahren wieder nur 22 Prozent holt. Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin" hat sich derweil gegen die Bildung einer Großen Koalition ausgesprochen. „Wir fordern die Abschaffung des Betreuungsgeldes, ein Entgeltgleichgesetz, um den Lohnunterschied bei Frauen und Männern endlich zu beseitigen, und eine Reform der Steuergesetzgebung, damit sich Arbeiten für verheiratete Frauen auch lohnt", so die Vorsitzende Eva Högl. Im Programm der CDU/CSU kämen die Wörter Gleichstellung und Gender nicht einmal vor, die Unionsparteien beharrten auf tradierte Rollenzuschreibungen und wollten weiterhin das Heimchen am Herd, klagt die Bundestagsabgeordnete. Die Union hat allerdings bei den jungen Frauen fast doppelt so viele Stimmen bekommen wie die SPD. *Bel*

Gender statt Nobelpreise

EU zwingt Hochschulen zu »Geschlechterforschung«

Aus deutscher Sicht war ein Medizin-Nobelpreis für den Deutsch-Amerikaner Thomas Südhof bereits der Höhepunkt der diesjährigen Preisvergabe. Mit Blick darauf, was hierzulande im Wissenschaftsbetrieb aktuell auf der Tagesordnung steht, bleibt wenig Hoffnung, dass Deutschland seine einstige Spitzenstellung in der Wissenschaft so bald wiedererlangt. Quasi im Endspurt liegen die Vorbereitungen für das EU-Projekt European Research Area (ERA), das bereits kommendes Jahr starten soll. Neben einer Vereinheitlichung der Forschungspolitik in Europa will die EU quasi im Huckepack ganz gezielt eine verstärkte Genderpolitik an Europas Universitäten durchsetzen. So sollen die Unis dazu verpflichtet werden, sogenannte „Gender Action Plans" aufzustellen. Nur wenige Monate vor dem Start herrscht in Brüssel nun Unmut über den Fortschritt des ERA-Projekts insgesamt. So sollen von 80 Prozent der Universitäten noch nicht die verlangten „Gender Action Plans" vorgelegt worden sein. Die hinter dem Vorhaben stehende irische EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn hat inzwischen ganz schweres Geschütz aufgefahren. Universitäten sollen nur noch EU-Forschungsgelder erhalten, wenn die Pläne zur Frauenförderung vorliegen.

Mit dieser Drohung als vorläufigem Höhepunkt lässt sich das Projekt ERA wie folgt zusammenfassen. Zuerst sichert sich die EU weitgehende Einflussmöglichkeiten auf den Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb der Mitgliedstaaten. Anschließend wird die errungene Macht rabiat dazu genutzt, europaweit ein Vorhaben wie die Genderideologie durchzudrücken. Der Ausgang ist leicht absehbar: Forschung und Lehre geraten durch diese zunehmende Ideologisierung des Wissenschaftsbetriebs immer mehr in den Hintergrund.

Vorreiter Deutschland: Mehr Gender- als Slawistik-Professoren

Besonders dreist mutet es an, wenn die EU-Kommission nun verlauten lässt, die Brüsseler Vorgaben seien nur zum Besten der Forscher und Universitäten, Europa drohe ohne die umgehende Umsetzung der ERA-Maßnahmen von der asiatischen Konkurrenz abgehängt zu werden. Tatsächlich ist aber kaum anzunehmen, dass sich die Konkurrenz in Asien mit einem Ballast von der Art des EU-Gender-Action-Plans zusätzlich belastet.

Zumindest was Deutschland angeht, könnte sich Brüssel seine Brechstangenpolitik zur Forcierung des Genderwahns ohnehin sparen. Der Feminismus hat hierzulande seinen Siegeszug im Wissenschaftsbetrieb längst angetreten. Im Jahr 2011 gab es bereits 173 Genderprofessuren an deutschen Universitäten und Fachhochschulen. Damit hatten die sogenannten Genderstudies den Fachbereich Slawistik bereits weit hinter sich gelassen, wo es bundesweit nur rund 100 Professorenstellen gab. Schaut man auf die rasante Zunahme der Stellen, dann ist die Genderforschung wahrscheinlich der am schnellsten wachsende Wissenschaftszweig in Deutschland überhaupt. Hinzugekommen sind noch zahlreiche Gender-Forscherinnen und Expertinnen für Interkulturelle Kompetenz, die mittlerweile sogar in den Natur- und Ingenieurswissenschaften als eine Art Sprachpolizei fungieren. Die Folge: Zur eigentlichen Lehre und Forschung wird kaum etwas von Bedeutung beigetragen, stattdessen macht sich an den Universitäten immer mehr Sprachfeminismus und Political Correctness breit. *N.H.*

Brüssel in Panik

EU fürchtet Parlamentswahlen und entdeckt die Bürgernähe

Während für den Normalverbraucher der EU-Apparat mit seinen berüchtigten Richtlinien als Inbegriff eines wiehernden Amtsschimmels schlechthin gilt, hat Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Edmund Stoiber eine ganz eigene Sichtweise. Stoiber – bereits seit 2007 als EU-Beauftragter für den Bürokratieabbau tätig, ohne dass die EU bürgerfreundlicher, transparenter oder sparsamer geworden ist – empfiehlt nun, den Brüsseler Verwaltungsmoloch als Vorbild zu nehmen. Die nationalen Regierungen sollten die Last der Bürokratie für Bürger und Unternehmen verringern und damit „dem Vorbild der EU-Kommission" folgen, so Brüssels Bürokratiebekämpfer. Nach Stoiber wären die EU-Mitgliedstaaten immerhin zu einem Drittel selbst für die Bürokratiebelastungen verantwortlich. Von Stoiber unausgesprochen gilt damit freilich auch der Umkehrschluss: Für die verbleibenden zwei Drittel an Belastung ist die von Stoiber gepriesene EU verantwortlich.

Einen ähnlichen Sinn für Realsatire beweist auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso als Chef einer Schar von 28 EU-Kommissaren. Erst im Mai dieses Jahres wollte seine Truppe eine einheitliche Regelung, wie die Olivenölkännchen beschaffen sein müssen, die auf Restauranttischen zwischen Sizilien und Skandinavien den Gästen kredenzt werden. Nun überrascht Barroso mit einer verbalen Kehrtwende: „Nicht alles, was getan werden kann, muss auf europäischer Ebene getan werden." Da manche Angelegenheiten besser auf nationaler oder regionaler Ebene aufgehoben seien, will die EU-

Stoiber preist EU-Kommission als Vorbild

Kommission ihre Gesetzgebung verschlanken und einige Pfunde an die nationale Ebene abgeben, so zumindest die Ankündigung Barrosos.

Nachdem Brüssel bisher nur jeden denkbaren Lebensbereich mit einer EU-Richtlinie abdecken wollte, kommt der aktuelle Anflug von Bürgernähe nicht von ungefähr. Beim Brüsseler Spitzenpersonal geht die Panik im Angesicht der kommenden EU-Wahlen um. Befürchtet wird, dass sich im Mai 2014 ein regelrechtes politisches Erdbeben ereignet, so dass nun ganz schnell das Thema Bürgerfreundlichkeit auf die Tagesordnung gehoben wird. Denn bewahrheiten sich aktuelle Umfragen, dann werden EU-skeptische Parteien die großen Sieger der EU-Wahlen. Vor allem eine Umfrage des Magazins „Le Nouvel Observateur" dürfte den EU-Apparat in Brüssel in einen Schockzustand versetzt haben. Der Umfrage zufolge würde die Front National (FN) mit 24 Prozent als stärkste französische Partei bei den Wahlen zum EU-Parlament abschneiden. Die regierenden Sozialisten kämen nur noch auf 19, die UMP auf 22 Prozent. Parteichefin Marine Le Pen fordert einen Euro-Austritt Frankreichs und will die französische Nation vor der „europäischen Sowjetunion" schützen. Wie die FN hat auch Nigel Farages United Kingdom Independence Party (Ukip) in Großbritannien gute Chancen, stärkste Kraft zu werden. Kräftige Zugewinne werden ebenfalls für die EU-skeptischen Parteien in den Niederlanden (Gert Wilders Partei „Für die Freiheit"), Österreich (FPÖ) und Ungarn (Jobbik) erwartet. Bisher kaum zu prognostizieren ist das Abschneiden des politischen Neulings AfD in Deutschland. Sollten sich die aktuellen Umfragewerte im Mai 2014 in Stimmanteile verwandeln, käme dies für den in Jahrzehnten eingefahrenen Politikbetrieb in Brüssel fast einer Revolution gleich. *N.H.*

MELDUNGEN

»Team Stronach« bald ohne Stronach

Wien – Trotz eines aus eigener Sicht enttäuschendem Ergebnisses bei der Parlamentswahl in Österreich von nur 5,7 Prozent diskutieren die Euro-Kritiker der Partei „Team Stronach" derzeit über Personalfragen und Ziele. Gewiss ist derzeit nur, dass Parteigründer Frank Stronach zwar sein Abgeordnetenmandant vorerst annehmen, sich aber ansonsten langsam zurükkziehen will. Außerdem fordert der Milliardär, den es zurück in seine Wahlheimat Kanada zieht, zehn Millionen Euro zurück, die er der Partei als Kredit gewährt hat. „Er hat immer gesagt, dass er für die Partei die Starthilfe gibt und dann nur mehr Visionär und Berater sein will", heißt es aus der Partei. *Bel*

EU versenkt Milliarde Euro

Brüssel – Bisher haben die EU-Gelder in Höhe von 1,9 Milliarden Euro, die an die Republik Kongo geflossen sind, kaum Erfolge gebracht. Der Europäischen Rechnungshof geht davon aus, dass weniger als die Hälfte der zwischen 2003 und 2011 von der EU geförderten Projekte die erwarteten Ergebnissen erreicht. Die EU-Kommission habe die Risiken der Korruption im Kongo „übersehen", dazu seien die Programme der EU „zu ambitioniert". Nach Ansicht der Rechnungsprüfer sind weder der Mangel an politischem Willen noch das Ausmaß des Betrugs im Kongo von Brüssel beachtet worden. Der vom Rechnungshof vorgelegte Kongo-Bericht kommt für die EU-Kommission angesichts des Zustroms afrikanischer Asylbewerber zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Erst vor wenigen Monaten war bekannt geworden, dass auch in Ägypten zwischen 2011 und 2013 EU-Gelder in Höhe von einer Milliarde Euro der staatlichen Korruption zum Opfer gefallen sind. *N.H.*

»Unverschämte Realitätsverweigerung«

Deutschlands Kommunen widersprechen EU-Sozialkommissar, der meint, zugewanderte Roma seien Gewinn

Es dürfte lange her sein, dass ein Bericht der EU-Kommission sowohl Politiker der CSU als auch der SPD gleichermaßen auf die Palme gebracht hat. Fertiggebracht hat das seltene Kunststück der EU-Sozialkommissar László Andor mit einem Bericht zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien.

Andor ist überzeugt, die Einwanderung aus Ländern wie Bulgarien und Rumänien würde die deutschen Sozialkassen nicht belasten, sondern im Gegenteil den deutschen Wohlstand mehren. Nach Darstellung des EU-Sozialkommissars trägt die Mehrheit der Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien zum Wachstum Deutschlands bei, „denn sie zahlt Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und gibt in Deutschland Geld aus", so der Brüsseler Kommissar.

Der Befund vieler deutscher Kommunen sieht indes anders aus. In Großstädten wie Duisburg breiten sich mit steigenden Zuzugszahlen vom Balkan regelrechte Armuts-Ghettos aus, nehmen Kriminalität und Verwahrlosung von Stadtvierteln zu. Brisant ist dabei der Umstand, dass vor allem Gegenden vom Zuzug betroffen sind, die ohnehin als soziale Brennpunkte gelten.

Entsprechend fielen die Reaktionen auf Andors Behauptung vom Wohlstandsgewinn für Deutschland aus. Eine „unverschämte Realitätsverweigerung" und „Frivolität erster Güte", so der Kommentar des CSU-Politikers Hans-Peter Uhl. Auch der nord-rhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister, Guntram Schneider (SPD) zeigt Unverständnis für Andors These: „Wir haben es mit einem Phänomen zu tun, dass einige zehntausend Menschen aus Rumänien und Bulgarien zugewandert sind und zwar konzentriert in einige wenige Städte und Stadtteile." Was keiner der Beteiligten so recht aussprechen will, ist, dass es weder um den rumänischen Facharbeiter noch den bulgarischen Arzt, der nach Deutschland kommt, geht – die laut Statistik 20 Prozent der Einwanderer aus den beiden osteuropäischen Ländern stellen –, sondern im Kern um die Gruppe der Roma.

Hintergrund der Brüsseler Bemühungen, das Problem zu verharmlosen, könnte weniger der

> Potenzial für sozialen und politischen Sprengstoff in Europa

sonst bei EU-Politikern grassierende Realitätsverlust sein als vielmehr ein seltener Anflug von Hellsichtigkeit, denn irgendwo müssen die Roma ja hin, und bisher hat sich Deutschland als vergleichsweise sozial erwiesen. Die Zahl der Roma in allen EU-Mitgliedsstaaten wird auf bis zu 14 Millionen geschätzt. Das Problem mit den „nur in Ausnahmefällen zu integrierenden Roma", so der Originalton des französischen Innenministers Manuel Valls (Sozialisten), hat angesichts der anhaltenden Wirtschaftsmisere in Europa das Potenzial, sich nicht nur für Rumänien und Bulgarien zu einem sozialen und politischen Sprengstoff zu entwickeln. Nachdem schon in Ungarn Extremisten regen Zulauf bekamen, die sich des Themas „Roma" bemächtigt hatten, wird nun auch aus Tschechien mit seinen 300 000 Roma von immer mehr Zwischenfällen berichtet. Das Versagen der etablierten Politik macht die tschechische Neonazizene in den Augen von immer mehr Bürgern zunehmend politisch salonfähig.

Bedeutung könnte in diesem Zusammenhang ein Urteil bekommen, das vor Kurzem vom höchsten Sozialgericht in NRW gefällt wurde. EU-Bürger ohne Arbeit, die sich schon lange in Deutschland aufhalten, hätten ein Recht auf Hartz-IV-Unterstützung, so das Gericht in dem Urteil. Im konkreten Fall hatte eine rumänische Familie, die 2008 nach Deutschland gekommen war, im Oktober 2010 einen Antrag auf Hartz-IV-Leistungen gestellt. Das Jobcenter lehnte den Antrag mit der Begründung ab, der Familienvater dürfe sich nur zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten.

Mit dem Urteil hat sich das Gericht weit aus dem Fenster gelehnt. Nach geltendem europäischen Recht haben EU-Bürger, die nach Deutschland einwandern, um eine Arbeit zu suchen, nämlich kein Recht auf Fürsorgeleistungen. Fragwürdig ist das Urteil allerdings nicht nur wegen der drohenden Konsequenzen für den deutschen Sozialstaat. Scheinbar keinen Belang hatte für das NRW-Sozialgericht, dass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-Neumitglieder Rumänen und Bulgaren erst ab dem 1. Januar 2014 gelten wird. Im Klartext: Der klagende Rumäne hätte als Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt überhaupt nicht tätig werden dürfen. *Norman Hanert*

Frankreichs Polizei räumt konsequent Roma-Lager: Viele der Bewohner ziehen weiter nach Deutschland Bild: pa

FN erstarkt weiter

Frankreich: Sozialisten und UMP unter Druck

Die Nachwahl für einen Parlamentssitz im südfranzösischen Département Var hat die Front National (FN) ein Spitzenergebnis eingebracht. Mit über 40 Prozent Stimmanteil ging der FN-Kandidat Laurent Lopez als Favorit in die Stichwahl. Während die Kandidatin der gaullistischen UMP es auf 20 Prozent der Stimmen brachte, war die Parti Socialist (PS) zur Wahl nicht angetreten. Trotz Unterstützung durch die PS erhielt der Kandidat der Kommunisten nur 15 Prozent der Stimmen. Die Stichwahl entschied Lopez dann mit 56 Prozent für sich. Damit hat sich die FN in allen Nachwahlen als stärkste Partei erwiesen.

Nachdem nun auch noch Umfragen signalisieren, dass die Partei von Marine Le Pen bei den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 stärkste Partei werden könnte, herrscht sowohl bei der UMP als auch bei den Sozialisten Panik. Bisher hatten UMP und PS stets gemeinsame Sache gemacht, wenn sich ein Wahlsieg der FN verhindern ließ. Bei den Gaullisten deutet sich aber nun die Aufkündigung des sogenannten „republikanischen Pakts" an. Im Einzelfall könne ein FN-Kandidat wesentlich besser sein als einer der Sozialisten, so Ex-Premier François Fillon (UMP). Offenbar ist die Partei Allianzen mit der FN nicht mehr grundsätzlich abgeneigt.

> Regierung geht nun selber gegen Roma vor

Präsident François Hollande (PS) setzt im Kampf gegen die FN dagegen vor allem auf seinen Innenminister Manuel Valls, den er den starken Mann spielen lässt. Valls, der einst den Feldzug des damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy (UMP) gegen die Roma noch als fremdenfeindliche Hetze bezeichnet hatte, plädiert als Innenminister nun selbst dafür, „die nur in Ausnahmefällen zu integrierenden Roma" außer Landes zu schaffen.

Dass die Sozialisten angesichts miserabler Umfragewerte nun plötzlich auf „Recht und Ordnung" setzen, könnte sich aber als Steilvorlage für die FN entpuppen. Sowohl bei den kommenden Kommunalwahlen als auch bei der Wahl zum EU-Parlament ist zu vermuten, dass die Franzosen das Original von der FN der Kopie der PS oder der UMP vorziehen werden. Voller Ironie ist dem sozialistischen Innenminister Valle vom FN-Vize Florian Philippot inzwischen die Mitgliedschaft seiner Partei angeboten worden. *N.H.*

Oslos Polizei kapituliert

Totaler Kontrollverlust des norwegischen Staates über muslimische Banden

Die Polizei von Norwegens Hauptstadt Oslo hat öffentlich eingestanden, dass sie die Kontrolle über das überwiegend von Muslimen bewohnte Stadtviertel Grønland vollständig verloren hat. Und selbst die bislang muslimfreundliche Zeitung „Aftenposten" stöhnte: „Grønland ist mehr muslimisch als Marokko." Nicht von ungefähr hat die von den deutschen Medien als rechtspopulistisch bezeichnete und nun in die Regierung gewählte Fortschrittspartei großen Zulauf. Die Bürger sind es leid, dass gegen diese Entwicklungen amtlich zu wenig unternommen wird.

In diesem Jahr wurden in Oslo bislang 51 Frauen vergewaltigt und Hunderte von Raubüberfällen verübt. Aktuelle Statistiken der Polizei zeigen, dass 100 Prozent der Vergewaltigungen durch nicht-westliche Männer begangen wurden. Dagegen waren neun von zehn Opfer norwegische Frauen. Aus diesem Grund färben sich bereits, so berichtet der Nachrichtensender CBN, viele blonde Norwegerinnen die Haare schwarz. Die Therapeutin Kristin Spitznogle: „Diese Männer akzeptieren die liberale Kultur der Norwegerinnen nicht und greifen sie deshalb an. Sie sprechen nur von norwegischen Huren."

Die öffentliche Meinung in diesem wohlhabenden skandinavischen Land mit großer Toleranz den Anhängern des Propheten gegenüber beginnt sich angesichts dieser Entwicklung zu ändern. Der islamische Korrespondent des Senders CBN: „Wir haben einen Norweger Opfer der Gewalttätigkeit geworden sind und mitbekommen, dass ihre eigenen Städte und Straßen von gewalttätige Banden beherrscht werden, scheint es langsam zu einer Änderung der Meinung zu kommen. Denn die Wirklichkeit in den großen Städ-



Siv Jensen (l.): Mit ihr an der Spitze will die Fortschrittspartei an der Seite von Ministerpräsidentin Solberg mitregieren

Zusammenprall der Zivilisationen. Es wird etwas passieren. Ich bin kein Prophet, aber ich fühle es!"

Und in der Tat galt Norwegen stets als eines der „weichsten" Einwanderungsländer, vor allem wenn es um Moslems ging. Wer Kritik äußerte, wurde von Politikern und Medien angeprangert und häufig auch gerichtlich wegen Rassismus oder Diskriminierung verfolgt. Nun da mehr und mehr ten des Landes erzwingt es. Alle Tage werden etwa in Grønland Männer angegriffen, ausgeraubt und niedergeschlagen, Dutzende von Frauen jedes Jahr vergewaltigt. Im Fall eines festgenommenen Ägypters, der acht Frauen vergewaltigt und schwer misshandelt hat, nahm sich eines der traumatisierten Opfer das Leben.

Im Stadtteil Grønland kann offen auf den Straßen mit Drogen gehandelt werden. Es herrscht Gesetzlosigkeit und Anarchie, und das beginnt bereits, sich in andere Teile der Stadt auszubreiten. Grønland ist nur zwei U-Bahn-Stationen vom Parlament und eine vom Hauptbahnhof entfernt. Moslembanden und Scharia-Patrouillen treiben dort ungeniert ihr Unwesen. Die inzwischen in Oslo verdoppelte Polizei wagt sich kaum mehr in das Viertel. Nach Angaben der Osloer Kriminal-Direktorin Kristin Rohde ist der Ausländeranteil bei Gewaltverbrechen seit 2001 um mehr als die Hälfte gestiegen und wird zurzeit mit 72 Prozent beziffert, obwohl der Anteil von Ausländern an der Osloer Gesamtbevölkerung bei 25 Prozent liegt. Bei den nicht angezeigten Gewaltverbrechen liegt der vermutete Ausländeranteil sogar noch höher.

„Das übrige Europa sollte aufhorchen und aus der Entwicklung hier lernen, dass die Toleranz zu solchen Ergebnissen führt, denn beide Glaubensrichtungen sind gegensätzlich und unvereinbar. Das droht längst ganz Europa", warnt Thor Walderhaug, Geschäftsmann in Oslo und auf den Philippinen. Und er verweist in diesem Zusammenhang auf ähnliche Entwicklungen im Nachbarland Schweden sowie in Dänemark und Belgien. *J. Feyerabend*

Nationalen Alleingängen ein Ende setzen

Europas große Energiekonzerne fordern Abschaffung des gesetzlichen Flickenteppichs auf dem Strommarkt

Bereits kurz nach seinem Amtsantritt in Brüssel im Februar 2010 forderte EU-Energiekommissar Günther Oettinger, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Förderung der Erneuerbaren Energien aufeinander abstimmen, doch bei den nationalen Regierungschefs fand er kein Gehör. Nun schließen sich gleich zehn große europäische Energiekonzerne seiner Forderung an und warnen vor den Folgen fehlender Koordination.

Die Bilanz von Oettinger als EU-Energiekommissar bietet zweierlei Erkenntnisse. Erstens belegt sie erneut, dass Berlin vor allem Politiker nach Brüssel schickt, von denen man sich hierzulande nicht mehr viel verspricht, die man aber auch nicht ohne Posten lassen kann. Und zweitens ist sie ein Beweis dafür, dass die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten keineswegs bereits alle wichtigen Aufgaben nach Brüssel delegiert haben. In diesem Fall wäre eine Abstimmung jedoch sinnvoll, wie die zehn größten europäischen Stromkonzerne bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 10. Oktober in Brüssel deutlich machten.

Ihre Forderungen sind insofern beachtenswert, als dass es sich hier um Unternehmen handelt, die eigentlich zueinander in Konkurrenz stehen und zum Teil auch unterschiedliche Interessen haben, die sich gegenseitig widersprechen. Trotzdem sprachen sie in diesen Tagen mit einer Stimme. Die Chefs von Eon, RWE, Enel, Eni, Gas-Naturel, GDF Suez, Gasterra, CEZ, Iberdrola und Vattenfall stehen zusammen für die Hälfte der Kraftwerkskapazitäten in der EU, für über 200 Millionen Kunden und trotz der Massenentlassungen der letzten Jahre noch für über 600000 Mitarbeiter. Die Unternehmen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Tschechien, Schweden und den Niederlanden eint der Umstand, dass Strom über die nationalen Grenzen hinweg gehandelt und transportiert wird, die jeweiligen Gesetze zur Förderung, Produktion, Preisfindung und dem gewünschten Energiemix hingegen national sind. Vor allem die staatlichen und von Land zu Land unterschiedlichen Subventionen durch gesetzlich garantierte Preise der Erneuerbaren Energien ärgern die großen Konzerne, deren Gewinnmargen schneller schmelzen, als sie gegensparen können.

„Die alten Energiekonzerne verteidigen ihre alten Positionen, sind aber nicht mehr zukunftsfähig“, heißt es hämisch aus der Solarbranche, die jedoch genügend eigene Probleme hat und das, obwohl sie vom Stromkunden über eben jene garantierten Preise seit gut einem Jahrzehnt gefördert wird. Und auch wenn man berück-sichtigt, dass die großen Stromkonzerne in der Vergangenheit genügend eigene Fehler gemacht haben, für die sie das ihnen entgegengebrachte Misstrauen verdienen, so greifen sie doch einen von der Politik verursachten Missstand auf, den vor allem die privaten Stromkunden zu finanzieren haben.

Erneuerbare Energien werden überall anders subventioniert

„Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit“, warnt der Sprecher der Stromallianz, GDF-Suez-Chef Gérard Mestrallet. Jetzt, wenn die Herbstwinde wehen, produzieren die in den letzten Jahren reichlich aufgestellten Windräder mehr Strom, als die Netze aufnehmen können. Abgesehen davon, dass dieser Strom bezahlt werden muss, egal ob er beim Endverbraucher ankommt oder nicht, verteilt er sich beispielsweise von Norddeutschland über Polen nach Südeuropa. Damit es nicht zu Über- oder Unterspannung im Netz kommt, müssen andere Anbieter jederzeit ihre konventionellen Kraftwerke so regulieren, dass es nicht zum Stromausfall kommt. Bisher ist dies zwar weitgehend gelungen, allerdings sind in diesem Jahr viele weitere neue Windräder dazugekommen, zugleich aber konventionelle Kraftwerke vom Netz gegangen, da ihr nur für den Ernstfall benötigter Betrieb sich nicht mehr als rentabel erwies. Und die Stromkonzerne drohen damit, künftig vor allem Gaskraftwerke auszumustern, obwohl diese als vergleichsweise flexibel und umweltfreundlich gelten, sollte man ihnen diese Notreservehaltung nicht vergüten. Laut der in Paris ansässigen Unternehmensberatung Capgemini arbeiteten derzeit 60 Prozent aller auf Gas basierenden Kraftwerkskapazitäten unrentabel, so dass die Drohung der Stromkonzerne keinen simplen Erpressungsversuchen entspringt, sondern vor allem der wirtschaftlichen Notwendigkeit.

Abgesehen von dem Druck, den die Netzbetreiber ausgesetzt sind, trotz der Launen des Herbstwetters Stromnetze stabil zu halten, sorgt zu viel Wind für steigende Preise beim Stromkunden durch die hierfür garantierten Preise. Zugleich fällt aber an der europäischen Strombörse der Preis für konventionell erzeugten Strom, da das hohe Angebot kleiner ist als die Nachfrage, was an dem zeitweisen Überangebot durch Erneuerbare Energien, aber auch an der Rezession in Europa liegt. Und so stehen die großen europäischen Stromkonzerne, die überwiegend konventionelle Kraftwerke betreiben, gleich doppelt schlecht da: Sie verdienen weniger Geld, werden aber zugleich von ihren Stromkunden für die steigenden Preise verantwortlich gemacht, da sie die Rechnung stellen. Nicht jeder schaut genau auf diese und sieht so, dass nur noch knapp 30 Prozent an den Erzeuger gehen, der Rest sind staatliche Abgaben, Steuern und Subvention für Erneuerbare Energien. Und so wünscht Stromallianz-Sprecher Mestrallet auch, dass die Regierungen Energie künftig nicht mehr als „Finanzierungsquelle für andere Politiken“ ansehen sollten.

„Wir sind fast überall auf einer Linie“, heißt es aus dem Hause von EU-Energiekommissars Oettinger bezüglich der Forderungen der zehn großen Stromkonzerne. Und in diesem Fall sind die Lobbisten sogar auf einer Linie mit den Interessen der Bürger in ihrer Eigenschaft als Verbraucher, denn stabile Preise und Netze sind auch in ihrem Sinne.

Rebecca Bellano



EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Er fordert schon lange eine Vereinheitlichung — Bild: pa

KURZ NOTIERT

Deutschen Rentnern geht es gut: Laut einer Studie der UN geht es deutschen Rentnern im weltweiten Vergleich Spitze. Nur Senioren in Schweden und Norwegen haben attraktivere Lebensbedingungen. Während das Umfeld für Ruheständler in Deutschland als besonders gut bewertet wurde, ist die finanzielle Situation jedoch ausbaufähig. *Bel*

Niedrige Zinsen reduzieren Sparbereitschaft: Gut die Hälfte der Bundesbürger will wegen der niedrigen Zinsen seine Altersvorsorge nicht weiter ausbauen, so die Ergebnisse einer Umfrage der Postbank. Allerdings ergab die Umfrage auch, dass die Zahl jener, die den Erwerb von Immobilien als Altersvorsorge planen, stark gestiegen ist. So wolle jeder dritte Berufstätige, der verstärkt vorsorgen wolle, eine Immobilie erwerben, um dort selbst einzuziehen. Das ist fast die Hälfte mehr als noch 2008. *Bel*

Fitness-App statt „Hörzu“: Den Verkauf von Zeitungen wie dem „Hamburger Abendblatt“ oder der Fernsehzeitschrift „Hörzu“ im Juli für 920 Millionen Euro begründete der Chef des Axel Springer Verlages, Mathias Döpfner, damit, dass man „der digitalste Medienkonzern“ werden wolle. Anfang Oktober hat der Konzern nun 50,1 Prozent des österreichischen Startups „Runtastic“ erworben. Über den Kaufpreis wollte sich das Unternehmen nicht äußern, man wolle sich aber mit dem Kauf eine „strategisch gute Position“ auf dem wachsenden Markt für Smartphone-Apps sichern. Mit der App können Sportler ihre Fitnessdaten verwalten und analysieren. „Runtastic“ hat angeblich weltweit schon 19 Millionen Nutzer. *Bel*

150 Millionen Euro für Nachhilfe: Wie dieser Tage bekannt wurde, kaufte die Deutsche Beteiligungs-AG für rund 150 Millionen Euro das Unternehmen „Schülerhilfe“. Der größte deutsche Anbieter für Nachhilfeunterricht, der sich auf Expansionskurs befindet, gehörte zuvor den Beteiligungsgesellschaften Paragon Partners und Syntegra Capital. *Bel*

Rechtsbruch wird belohnt

Irland trickst mit Hilfe der EZB bei Bankenrettung

Als erstes Krisenland der Euro-Zone will Irland im Dezember den Euro-Rettungsschirm wieder verlassen. Was im Vergleich mit Krisenländern wie Griechenland wie eine Erfolgsgeschichte aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als weit weniger glanzvoll. Dass Irland nun stolz verkünden kann, nach Erhalt einer letzten Rate Mitte Dezember ab 2014 keine Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds ESM mehr zu brauchen, ist nicht zuletzt Resultat einer geschickten Trickserei.

Die irische Regierung, die Zentralbank in Dublin und die Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich dabei so kunstvoll die Bälle zugeworfen, dass Otto Normalverbraucher kaum verstehen dürfte, was im Falle Irlands gespielt wurde. Der Hintergrund des irischen „Sanierungserfolges“ ist eine massive – eigentlich verbotene – Staatsfinanzierung. Zum Auffangen maroder Banken wie der „Anglo Irish Bank“ hatte sich die Regierung in Dublin bei Irlands Zentralbank zunächst Geld im Gegenzug für staatliche Schuldscheine geliehen. Mit anderen Worten, die Geldpresse wurde angeworfen. Es dauerte nicht lange, bis sich jedoch zweierlei herausstellte. Da Banken wie die „Anglo Irish“ heillos überschuldet waren, blieb der Staat auf den Kosten der Rettungsaktion sitzen, die auf Pump finanziert worden war. Zudem entpuppten sich die ausgegeben Schuldscheine, die „Promissory Notes“, im Volumen von 31 Milliarden Euro für Dublin als teure Angelegenheit. Trotz klammer Kassenlage mussten jährliche Tranchen von 3,1 Milliarden Euro zurückbezahlt werden. Abhilfe schaffte die EZB. Mit deren Einverständnis wurden die Schuldscheine, welche die irische Zentralbank in der Bilanz hatte, gegen eine Staatsanleihe ersetzt. Der Effekt, der vom deutschen EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Assmussen ausgehandelten Vereinbarung: Als Zinslast muss Dublin auf die Staatsanleihe nur noch drei Prozent zahlen statt acht für die Schuldscheine. Statt einer jährlichen Rückzahlung braucht die Anleihe von Irland obendrein erst ab 2038 bedient zu werden. Im Rück-blick hat sich für Irland der Griff zur verbotenen Staatsfinanzierung durch die Zentralbank damit als voller Erfolg ausgezahlt.

Staatsbankrott nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben?

Mit Sicherheit aufmerksam studiert wurde dieses Modell in Athen. Im Fall Irlands bleibt aber die Frage, ob mit derlei Tricks der Staatsbankrott nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wurde. Die Staatsverschuldung wird laut IWF-Schätzungen in diesem Jahr 122 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen. Ein Rekordwert, der weit über der tragfähigen 80-Prozent-Grenze liegt. Dazu sind neue Gefahren für Irland auszumachen. So leidet die Exportindustrie durch die maue Konjunkturlage in Europa. Ein zusätzlicher Rückgang der Ausfuhren droht durch ein „Patent Cliff“, sprich: Wichtige Patente für Medikamente wie etwa das Mittel Viagra sind ausgelaufen. Während bisher wichtige Inhaltsstoffe für die Potenzpille und andere Pharmazieprodukte in Irland produziert wurden, können Nachahmerprodukte künftig in aller Welt produziert werden. Ein Effekt, der sich langfristig in Irlands Handelsbilanz niederschlagen wird: Pharma- und Chemieproduktion machen immerhin ein Drittel der irischen Wirtschaftsleistung aus. *N.H.*

Öffnung und Angriff zugleich

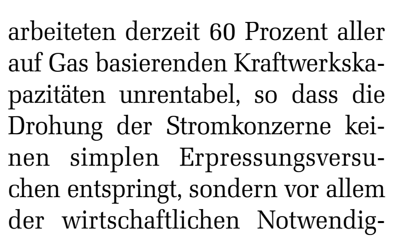
Shanghai wird Freihandelszone – Yuan wird vielseitiger

Chinas Regierung wagt ein besonderes Experiment und gibt als Pilotprojekt in Shanghai die Landeswährung Yuan/Renminbi auf dem Festland für Kapitaltransaktionen frei. Bisher spielte die Währung nur im Warenverkehr eine Rolle. Gekoppelt ist dieser Schritt mit der Eröffnung des neuen Freihandelszentrums in dieser bedeutenden Hafenstadt. Auf einer Fläche von fast 30 Quadratkilometern beginnt ein neuer Abschnitt für die Ökonomie der Volksrepublik.

Im Erfolgsfall soll die neue Freiheit des Wechselkurses auch für die Zinsentwicklung in ganz China gelten. In der Konsequenz bedeutet dies den endgültigen Schulterschluss mit dem globalen Finanz- und Wirtschaftssystem. Ein freier Wettbewerb im Finanzbereich wird dann auch für ausländische Banken möglich. Shanghai mit seinen 20 Millionen Einwohnern wird so neben London und New York zum größten Finanzzentrum auf dem Globus.

Vor allem der Yuan soll überall hoffähig und der ohnehin wachsenden Bedeutung der Währung gerecht werden. Immerhin sind etwa die USA der größte Schuldner der fernöstlichen Volksrepublik, in Afrika fungiert Peking als einer der kapitalkräftigsten Investoren. Bislang war die Währung nur in den Freihandelszonen Hongkong und Macau sowie in Singapur und Taiwan frei konvertierbar.

Die britische Großbank HSBC rechnet damit, dass der Yuan innerhalb der nächsten fünf Jahre weltweit frei handelbar ist. Im Gegensatz zu der verschwindend geringen Anzahl von 900 Finanzinstituten, die im Juni 2011 mit dieser Währung umgingen, machen heute bereits mehr als 10000 Geschäfte in der chinesischen Währung. Gleichzeitig ist das Handelsvolumen in Yuan explosionsartig angestiegen: Im ersten Quartal 2010 betrug es 18 Milliarden Yuan, 2011 bereits 173 Milliarden und 2012 sogar schon 245 Milliarden.



Will dem Dollar Konkurrenz machen: Der Yuan/Renminbi

Der gewagte Schritt soll gleichzeitig dazu dienen, die wachsende Macht der chinesischen Schattenbanken zu beschneiden, die zu einer gefährlichen Kreditblase im Land führte. Der Wettbewerb durch ausländische Banken soll den Kreditmarkt beleben. Nicht zuletzt erlaubt die Öffnung, die exorbitant hohen Fremdkapitalkosten der Unternehmen und Privathaushalte zu senken – ein Signal in Zeiten sich abkühlenden Wirtschaftswachstums.

J. Feyerabend

Gleichschaltung

Von Manuel Ruoff

Aus dem demokratisch unzureichend legitimierten Brüssel kommt selten etwas Gutes, aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Wenn im eigenen Land der Wahnsinn herrscht, während man im Ausland normal bleibt, kann eine Gleichschaltung positiv sein. Von daher sollten wir den Plänen des EU-Energiekommissars, den gesetzlichen Flickenteppich auf dem Strommarkt zu beenden (s. S. 7), offen gegenüber stehen.

Grüner Wahnsinn wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit seiner Subventionitis ist nämlich ein deutsches Spezifikum: der deutsche Nationalmasochismus, der sich für alles schuldig und verantwortlich fühlt, „the German Angst“, wie sie in der Reaktion auf Fukushima einmal wieder fröhliche Urständ feiert, sowie die gerade von Gutmenschen hinsichtlich des Kaiserreiches so gerne kritisierte, aber bei der Klimapolitik selber praktizierte oberlehrerhafte Attitüde, dass am deutschen Wesen die Welt genesen möge, ist anderen Völkern weitgehend fremd.

Letzteres ist normalerweise bedauerlich, da für Deutschland ein echter Standortnachteil. Im Falle einer Harmonisierung oder gar Europäisierung des Strommarktes könnte es uns jedoch zum Vorteil gereichen.

Schröder hat Recht

Von Rebecca Bellano

In ihrem letzten großen „Spiegel“-Interview in ihrer Funktion als Familienministerin hat Kristina Schröder deutlich gemacht, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar umsetzbar sei, jedoch einen Preis habe. Sofort stürzten sich die Medien darauf und es hieß, Schröders Aussage, sie wolle mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen, würde die Mütter-nach-Hause-Befürworter bestärken.

Angesichts einer derartigen Alles-oder-Nichts-Denke fragt man sich, was Journalisten, die diese Sichtweise verbreiten, antreibt? Ist es nicht vielmehr so, dass sie die Frauen statt in das Kind-und-Küche-Korsett der Vergangenheit nur in das der Karriere-Mutter zwängen wollen?

Schröder hat Recht, wenn sie betont, dass Arbeit und Familie auch Verzicht bedeutet. Hier geht es dann zwar nicht um den finanziellen, der bei einer nicht berufstätigen Mutter besteht, sondern um den ideellen. Denn Arbeit bedeutet Verzicht auf Zeit mit dem Kind. Hat man dann Feierabend, gehört davon fast jede Minute dem Kind oder dem Haushalt. Zeit für die Mutter selber bleibt dann nur noch in Ausnahmefällen. Zudem kommt das ständig schlechte Gewissen hinzu, weil man das Gefühl hat, nichts 100-prozentig zu machen.

Und als wollte das Schicksal diese Aussagen unterstreichen, kam gestern der Anruf aus der Krippe, dass das Kind der Verfasserin dieser Zeilen wegen Durchfall abgeholt werden müsse. So entstehen diese Zeilen vom Computer daheim aus, während das Kind im Hintergrund mit Textmarker den Schrank anmalt. Und schon ist es wieder der reinste Balanceakt, Arbeit und Kind zu vereinbaren.

Warme Worte zum Gedenken

Von Michael Leh

Eine Gedenktafel erinnert jetzt an den gewaltsamen Tod von Jonny K. am Berliner Alexanderplatz. An seinem ersten Todestag wurde die in den Boden am Tatort eingelassene Platte gemeinsam von der Schwester des Opfers, Tina K., und dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit enthüllt. Die Tat geschah kaum mehr als 100 Meter von dessen Rathaus entfernt. Seither sind ihr zahllose Gewalttaten gefolgt, auch am Alexanderplatz. In der Regierungszeit Wowereits, unter seiner Verantwortung, wurden tausende Polizeistellen in Berlin gestrichen. Doch dazu sagte er in seiner kurzen Ansprache zum Gedenken an Jonny nichts. Dafür gab er Sprüche zum Besten wie „Gewalt ist keine Lösung“ oder dass „Gewalt niemals ein Weg“ sein dürfe. In einer Pressemitteilung verkündete Wowereit Weisheiten wie „Gewalt vergiftet zwischenmenschliche Beziehungen und verhindert Toleranz.“

Bei der Enthüllung der Gedenktafel war er gewiss auch nur anwesend, weil sein Fehlen sonst negativ vermerkt worden wäre. Der Fall Jonny K. war einfach längst zu „prominent“ geworden, zum einen durch den Tatort Alexanderplatz, zum anderen durch das medienwirksame Engagement der Schwester des Opfers. Da darf man dann als Politiker nicht fehlen, zumal wenn die Kameras der Presse klicken. Andere Gewaltopfer in Berlin beziehungsweise deren Angehörige bekommen von Vertretern der Stadt nicht einmal eine Beileidskarte und es kommt auch niemand zur Beerdigung.

> Die Gewalt geht in Berlin weiter wie bisher

Während der Ansprache Wowereits rief eine ältere Dame: „Wir brauchen härtere Gesetze“. Darauf entgegnete er routiniert: „Wir brauchen keine härteren Gesetze. Es geht um die innere Einstellung.“ Vielleicht hätte jemand besser rufen sollen: „Wir brauchen mehr Polizei.“ Oder: „Wir brauchen Richter, die Strafrahmen besser ausschöpfen.“ Fünf der Täter im Falle Jonny K. sind derzeit auf freiem Fuß, ihre Urteile sind noch nicht rechtskräftig, die Anwälte haben Revision eingelegt.

Eine gute Rede hielt Innensenator Frank Henkel. In ihr war auch eine verdeckte Spitze gegen Wowereit. Dieser hatte letztes Jahr salopp erklärt, Jonny K. sei „zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen.“ Henkel sagte jetzt: „Man könnte sagen, dass Jonny zur falschen Zeit am falschen Ort war. Aber der Gedanke, dass es in unserer Stadt einen falschen Ort und falsche Zeit geben soll, lässt mir keine Ruhe.“ Es bleibt zu hoffen, dass ihm dies wirklich keine Ruhe lässt. Bis jetzt handelt er nämlich zu wenig. Es dauerte quälend lange, bis er auch nur eine „mobile Wache“ am Alexanderplatz einrichten ließ. Und erst als vor Kurzem der „Berliner Kurier“ titelte: „Henkel gibt den Alex auf“, wurden mehr Polizeistreifen am Alexanderplatz angekündigt.



Trauer als Pflichtübung: Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit, hier mit der Schwester des ermordeten Jonny K.

Bild: pa

Gastbeitrag

Den Mullahs ist nicht zu trauen



Von Saeid Yeganeh

Die verfassungsmäßig verankerte „Velayat-e Faqih“ – die totale Herrschaft des obersten Rechtsgelehrten – verleiht dem religiösen Oberhaupt im Iran, Ali Khamenei, uneingeschränkte Machtbefugnisse. Nach der Verfassung kann er den vom Volk direkt gewählten Präsidenten ablehnen, hat das Oberkommando über Armee und Revolutionsgarde inne und ernennt ihre Kommandeure, vom Chef des Generalstabs bis zu den Kommandeuren aller drei Teilstreitkräfte. Er bestimmt den Oberbefehlshaber der Polizei- und Ordnungskräfte. Er steht über allen: dem Staatspräsidenten, der Regierung, dem Parlament und der Justiz. Über die Außenpolitik und das Atomwaffenprogramm hat er das letzte Wort. Niemand, nicht einmal der Staatspräsident, kann ohne seine Zustimmung eine strategische Entscheidung treffen. Auch eine Verfassungsänderung kann nur mit seiner Billigung durchgeführt werden. Daher ist eine Reform im Iran vor einer Änderung des Systems im Ganzen ausgeschlossen. Die verschiedenen Flügel und Politiker des Regimes sind daran gebunden; es gibt innerhalb des Regimes keine Opposition, denn alle Personen, Parteien und Fraktionen gehorchen auch bei kritischer Haltung dem „Führer“, der „Velayat-e Faqih“.

> Iran hat ausreichend Öl und Gas und benötigt keine Atomenergie

Bei der Wahl im Juni 2013, die eher die Züge einer Scheinwahl trug, hat der Wächterrat 678 von den 686 zur Wahl des Präsidenten registrierten Kandidaten (98,8 Prozent) disqualifiziert. Nur die Kandidatur von acht der Funktionäre des Regimes (1,2 Prozent) wurde zugelassen. Der Wächterrat setzt sich aus Mullahs zusammen, die Khamenei ernennt; er ist eines von mehreren Kontrollorganen, die ihm direkt unterstehen. Diesmal wurde Hassan Rouhani als Präsident der Mullahs der Nachfolger Ahmadinejads. Rouhani war 16 Jahre lang Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, 13 Jahre lang nationaler Sicherheitsberater der ehemaligen Präsidenten und elf Jahre lang stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Während der landesweiten Aufstände im Jahre 2009 äußerte er im staatlichen Fernsehen: „Den Demonstranten muss mit aller Härte begegnet werden.“ Dabei wurden hunderte von Menschen getötet und tausende weitere verhaftet und schwer gefoltert. Rouhani machte in seiner ersten Pressekonferenz nach der Wahl im Juni 2013 deutlich, dass der Iran das Atomprogramm fortsetzen werde. Er unterstrich auch seine Bindung an das religiöse Oberhaupt.

Auch sein Kabinett spricht für sich; hier nur zwei Beispiele: Der Verteidigungsminister Hossein Dehgan gehörte zu den Studenten, welche am 4. November 1979 die US-Botschaft in Teheran stürmten und 53 US-Diplomaten als Geiseln nahmen. Er gehörte auch zu den Gründern der Hisbollah im Libanon. Der Justizminister Mostafa Pourmohammadi ist ein bekannter Verbrecher. Er hat die Exekution von Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren befohlen und gehörte zu den ranghohen Vertretern der Führungsschicht, die für den Massenmord an 30 000 oppositionellen Volksmudschahedin im Jahre 1988 verantwortlich sind.

Für die Verhandlungen über das Atomprogramm will Rouhani auf keine Vorbedingungen festgelegt werden. Ein Verzicht auf die Urananreicherung als Zeichen des Einlenkens kommt für die Mullahs nicht in Frage. Als das iranische Atomwaffenprogramm 2002 durch die Hauptopposition Volksmudschahedin (PMOI/MEK) und den Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI) ans Licht gebracht wurde, reagierten viele Politiker und Regierungen des Auslands darauf nicht, weil ihnen die Iran-Geschäfte wichtiger waren. Die Beschwichtigungspolitik des Westens bescherte den Mullahs einen bedeutenden Zeitgewinn. Heute aber muss man die Warnung der iranischen Oppositionsführerin Maryam Rajavi vor dem religiösen Faschismus, der den Weltfrieden gefährdet, unbedingt ernst nehmen.

Der Iran verfügt über unendliche Erdöl- und Erdgasquellen, so dass er auf die teure Atomenergie niemals angewiesen sein wird. Es ist ein fruchtbares Land, mit Landwirtschaft und vielen Rohstoffen – ausreichend für Nahrung, Bau und Technologie. Daher sind die Behauptungen der Mullahs, sie benötigen die Atomenergie, absurd.

Rouhani hat kürzlich in den staatlichen Medien hervorgehoben, dass er in den vergangenen Jahren die mit der Vermittlung in dem Atomstreit befasste, aus den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands gebildete „EU-Troika“ getäuscht habe, um das Programm des Regimes zur Entwicklung von Atomprogramm voranzubringen. Nun kündigt er schnelle Verhandlungen über das iranische Atomprogramm an, während er zugleich auf dem Recht seines Landes auf Urananreicherung beharrt.

> Syrien gilt für Teheran praktisch als 35. Provinz des Iran

Rouhani bezeichnete in seiner vor der UN-Vollversammlung am 24. September gehaltenen Rede sein Regime als „Anker der Stabilität in einer Region der Instabilität“ und schlug sich selbst als Vermittler in der Syrien-Frage vor. Aber die Tatsachen zeigen umgekehrt, dass die Mullahs Paten des internationalen Terrorismus sind.

Am 26. Januar 2013 machte Mullah Taeeb, der Kommandeur der paramilitärischen Kräfte im Iran und einer der führenden Ideologen des Regimes, die Strategie der Mullahs deutlich: „Syrien gilt für uns als 35. Provinz des Iran und ist wichtiger als die Provinz Khuzestan (dort liegen die Ölfelder des Iran). Wenn wir Khuzestan verlieren, können wir es zurückerobern. Aber wenn wir Syrien verlieren, werden wir auch Teheran nicht halten können.“

Noch interessanter ist, dass Mohammed Ali Dschafari, der Kommandeur der iranischen Revolutionsgarde, sagte: „Die Feinde, die keine Macht haben, die Widerstandsfront in Syrien anzugreifen, werden auch nicht die Macht haben, irgendetwas gegen den Iran zu unternehmen“. Die „Verschwörung der arroganten Mächte“ gegen Damaskus und Teheran sei gescheitert, die USA hätten „eine Niederlage und ein Scheitern“ in Syrien erlebt.

Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, dass zehntausende iranischer Gardisten sich in Syrien aufhalten, um Assad an der Macht zu halten. Sollte das Assad-Regime tatsächlich Chemiewaffen eingesetzt haben, hätte das nur mit der Zustimmung von Khamenei geschehen können. Dann hätte es ein Test gewesen sein können, um herauszufinden, wie die Weltgemeinschaft reagieren würde, wenn der Iran den letzten Schritt zum Bau einer Atombombe unternähme.

Erfahrungen mit den Mullahs sind genug vorhanden. Man sieht, was den Iran betrifft, das Ende eines Verbrechersystems voraus. Wenn die Mullahs und Rouhani sich glaubwürdig machen wollen, müssen sie von sich aus die Urananreicherung, die Hinrichtungen und die Folter beenden. Seit der Wahl im Iran sind mehr als 200 Menschen hingerichtet worden. Ein Vampir wird niemals eine Taube in die Welt bringen. Die Reaktionen der Mullahs zeigen nur, dass die Sanktionen gewirkt haben. Aber sie haben keine Kapazität, sich zu ändern. Ohne freie Meinungsäußerung und Menschenrecht und solange die kriegerische Politik des Regimes in Syrien und im Irak anhält, wird sich nichts verändern; darüber darf die Weltgemeinschaft sich nicht täuschen lassen.

Saeid Yeganeh ist exiliranischer Publizist und Iranexperte. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Winnetou des Meeres

Ein gewisser Horatio Hornblower hat Napoleon zu Fall gebracht – behauptet Romanautor C. S. Forester

Am 21. Oktober jährt sich die Schlacht von Trafalgar von 1805. Damit begann Napoleons Stern auf See zu sinken. Entscheidenden Anteil daran soll Admiral Horatio Hornblower gehabt haben. Zumindest in den Romanen des britischen Autors C. S. Forester.

Wenn man auf das Jahr 1813 zurückblickt, das eine Wegmarke für die europäische Geschichte darstellt, wird notwendigerweise auch an die Seeschlacht bei Trafalgar erinnert, die mittelbar zu Napoleons späterer Niederlage auf dem Festland beitrug. Es war eine der letzten großen Seeschlachten unter ausschließlicher Beteiligung von Segelkriegsschiffen. Am 21. Oktober 1805 erzielte die britische Flotte unter Admiral Lord Horatio Nelson auf dem Atlantik in Höhe von Kap Trafalgar im Süden Spaniens einen vollständigen Sieg über die spanisch-französische Armada. Während die Royal Navy kein einziges Linienschiff verlor, hatte Frankreich den fast vollständigen Verlust seiner Linienschiffe zu verzeichnen. Die Auswirkungen waren verheerend. Insgesamt verloren 4850 Menschen ihr Leben, davon 449 auf britischer Seite. Nelson fiel durch die Kugel eines gegnerischen Scharfschützen.

Durch den Sieg der Briten bei Trafalgar war Napoleons Streben nach Weltherrschaft mit Hilfe einer alliierten Flotte zwar vereitelt. Der Kaperkrieg auf See dauerte jedoch an. Er wurde auf den Weltmeeren der westlichen Hemisphäre ausgetragen und fand erst mit der Abdankung Napoleons am 12. April 1814 ein Ende. Diese Ereignisse boten den Stoff für zahlreiche der im 20. Jahrhundert überaus beliebten Seeabenteuer-Romane.

Den Auftakt machte der englische Journalist und Autor Cecil Scott (C. S.) Forester (geboren 27.August 1899 in Kairo, gestorben 2. April 1966 in Fullerton/Kalifornien) mit seinen Romanen über den fiktiven Marineoffizier Horatio Hornblower. In englischer Sprache wurden von 1937 bis 1967 insgesamt elf Bände dieser Serie veröffentlicht. Die Ausgaben in deutscher Übersetzung erschienen 1938 sowie 1946 bis 1967. Generationen von Lesern in England, den USA und ganz Europa verschlangen die spannenden Schilderungen der Erlebnisse und Heldentaten Hornblowers, die sein „Erfinder“ C. S. Forester überaus wirklichkeitsnah und anschaulich geschildert hat. Die kompakten Romane brachten ihm Weltruhm ein, während sein Protagonist zur bekanntesten Figur dieser Literaturgattung avancierte.

Bild: Archiv

Nelsons „Victory“ segelt zum Sieg über die Franzosen: „Trafalgar“-Gemälde von William Turner

Die Handlung deckt den Zeitraum zwischen 1797 und 1814/15 ab. In diese Zeit fällt Hornblowers Aufstieg in der britischen Marine vom Fähnrich bis zum Lord und Admiral. Wie Karl May identifizierte sich auch Forester bis zu einem gewissen Grad mit seinem Hauptakteur. Er verlieh ihm bewunderungswürdige Fähigkeiten und Eigenschaften wie Loyalität sowie diplomatisches und strategisches Geschick. Auch zeichnete er ihn als mitfühlenden Menschen mit feinem Humor. Nicht zufällig trägt der vorbildliche Kommandant den Vornamen Nelsons, des größten englischen Nationalhelden.

Wie Nelson wird auch Hornblower zu Beginn jeder Reise seekrank. In jedem Band erhält der Leser aufschlussreiche Einblicke in den Alltag an Bord von Segelkriegsschiffen, erfährt viel über die Ausbildung der Offiziere und

Einmischung sogar in Preußen-Politik

Mannschaften sowie über die Funktionsweise der Takelage. Im Hintergrund ist ein facettenreiches Bild der gehobenen britischen Gesellschaft gezeichnet.

Die berühmten Seeschlachten der britischen Flotte unter Nelsons Kommando hat Forester in seinen Büchern nicht berücksichtigt. Hornblower nimmt daran nicht teil. Viele Episoden beruhen aber auf wahren Begebenheiten. Jedes einzelne Seeabenteuer könnte sich so oder ähnlich zugetragen haben. Der Autor hat die Romane nicht entsprechend der chronologischen Reihenfolge der vorkommenden Ereignisse verfasst. Der Stoff der ersten drei Bände bildete die Vorlage für den US-amerikanischen Film „Des Königs Admiral“ von 1951 mit Gregory Peck in der Hauptrolle. Im Mittelpunkt steht die Romanze zwischen Hornblower und Lady Barbara Wellesley, der Schwester des späteren 1. Duke of Wellington und Siegers der Schlacht bei Waterloo vom 18. Juni 1815. Die beiden verlieben sich ineinander, doch bis zum Happy End ist es ein weiter Weg.

Im Roman „Der Kommodore“ hat Forester ziemlich gewagt historische Tatsachen und Fiktion vermischt. 1812 operiert Hornblower mit einem Geschwader auf der Ostsee und demonstriert die Macht der britischen Seestreitkräfte. Offiziell mit der Jagd französischer Kaperschiffe beauftragt, ist er außerdem in geheimer Mission unterwegs. Er soll die Schweden davon abhalten, sich in diesem Krieg auf die französische Seite zu schlagen, was auch gelingt. Hornblower trifft mit Zar Alexander I. zusammen und kann ihn davon überzeugen, dass es ratsam sei, ein Bündnis mit den Engländern einzugehen. Mit seinen Kriegsschiffen unterstützt er den Chef des Generalstabs der russischen Besatzung von Riga, Carl von Clausewitz, während der Belagerung der Stadt durch die Franzosen. Schließlich gelingt es Hornblower, ein Zusammentreffen der Russen um Feldmarschall Diebitsch mit dem preußischen General Yorck an der russisch-preußischen Grenze in die Wege zu leiten.

Bekanntlich wurde am 30. Dezember 1812 bei Tauroggen ein denkwürdiges Waffenstillstandsabkommen zwischen Preußen und Russland geschlossen. Bei Forester heißt es: „Der Abfall der preußischen Armee lieferte der Welt den stärksten Beweis für die Brüchigkeit des napoleonischen Reiches. Der Entschluss dazu lag bei Yorck.“ So wird Seeheld Hornblower zum Wegbereiter der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 und damit letztlich des Friedens. *D. Jestrzemski*



Ullstein-Titel eines „Hornblower“-Romans

Ins Ehe-Elend getrieben

»Kuma« ante portas – DVD-Start des prämierten Films über das Thema Zweitfrauen bei Einwanderern

Mit kleinen Filmpreisen überhäuft, bei der Berlinale gefeiert – aber an den Kinokassen gnadenlos gescheitert. Das große Geld jedenfalls dürfte der in Österreich lebende Regisseur Umut Dag, Sohn einer kurdischen Einwandererfamilie, mit seinem Film „Kuma“ nicht verdient haben. Aber vielleicht findet das Werk bei seinem DVD-Start am 22. Oktober einige Käufer. „Kuma“, was auf Deutsch „Zweitfrau“ bedeutet, nimmt sich nämlich eines interessanten Themas an, das kein deutscher Regisseur je hätte aufgreifen können, ohne als Rassist gebrandmarkt zu werden, zumal Dag massiv in die Klischeekiste greift, um seinem Film die nötige Dramatik zu verleihen.

Regisseur hat einen Tabubruch gewagt

Trotzdem rührt „Kuma“ an. Schon in der ersten Szene sieht man eine verunsicherte anatolische Braut am Fenster stehen. Sie schaut eher wie ein verängstigtes Tier, dem die Schlachtbank droht, als wie eine Frau, die nun den Mann ihres Lebens heiratet. Doch das ist auch nicht der Fall. Zwar sieht Hasan, der aus Wien angereiste Bräutigam, sehr ansprechend aus, doch auch er blickt wie ein Getriebener. Die einzige Person, die in dem ganzen Hochzeitstrubel wirklich zufrieden wirkt, ist Fatma, die Schwiegermutter der Braut Ayse.

Der nächste Szenenwechsel, der die Familie bei ihrer Ankunft in ihrer Wohnung in Wien zeigt, macht dann deutlich, warum. Die Hochzeit ist auf Fatmas Drängen arrangiert worden, denn obwohl sie schon seit Jahrzehnten in Österreich lebt, denkt sie noch in den Traditionen ihrer Heimat: Die krebskranke Mutter von fünf Kindern, der jüngste ist erst zehn Jahre alt, will ihre Familie nach ihrem Ableben nicht unversorgt wissen und hat in Wirklichkeit für ihren Mann Mustafa Ayse als Zweitfrau bestimmt.

Der Auftakt zur Hochzeitsnacht von Ayse und ihrem Schwiegervater, der kurz zuvor noch mit Hasan und Fatma in einem Raum waren, inszeniert Dag beklemmend. Die ganze Familiensituation gerät aus den Fugen. Vor allem Fatmas Töchter, die fast so alt sind wie die 19-jährige Ayse, wollen das Spiel nicht mitspielen. Sie sind im Westen aufgewachsen und reagieren vor allem Ayse gegenüber aufmüpfig.

Dag wählt eindringliche Bilder und Momente, um die Beziehungen der Personen untereinander zu verdeutlichen. Besonders markant ist es, wenn Ayse Mustafa erzählt, dass sie schwanger ist, und dieser das Mädchen auf die Stirn küsst und danach lange liebevoll seiner Frau tief in die Augen blickt. Ayse pflegt die unter der Chemotherapie leidende Fatma fürsorglich. Die Schwiegermutter ist überzeugt, richtig gehandelt zu haben, doch dann geht ihr Plan nicht auf, denn statt ihren Tod hat die Familie ein anderes Ableben zu beklagen.



Filmplakat: Ayse mit Schwiegerhexe Bild: Verleih

Die Beerdigungsfeier in Anatolien bietet einen perfekten Überraschungsmoment. Von nun an läuft nichts mehr wie erwartet. Unter anderem damit Hasan weiterstudieren kann, bietet sich Ayse an, arbeiten zu gehen.

Ihre inzwischen geborene Tochter wird fortan von der genesenden Fatma betreut, wenn Ayse im türkischen Supermarkt in Wien Geld verdient. Da Hasan ihre Annäherungsversuche ignoriert, ist die junge Frau für die Avancen ihres Kollegen Osman empfänglich und es kommt wieder zu einem dramaturgischen Höhepunkt: Fatma will die sonst treue Ayse vernichten, aber ihre eigenen Kinder begehren gegen das von der Mutter inszenierte Theater auf.

Der Regisseur sieht seinen Film jedoch keineswegs als Anklage bezüglich der mangelnden Integrationsbereitschaft von Türken. „Ich denke“, so Dag in einem Interview, „diese Geschichte könnte auch in einem Tiroler Bergbauerndorf geschehen. Nicht mit einer Zweitfrau, aber mit einer jüngeren Frau, die einheiratet. ‚Kuma‘ ist eine Familiengeschichte, wo verschiedene Wertvorstellungen zusammenkommen. Eine chinesische Familie, die vor 30 Jahren nach Wien gekommen ist, wird ähnliche Probleme mit den Generationen kennen. Es ist ein prinzipielles Thema, das Zuwanderung mit sich bringt, aber kein kulturspezifisches Phänomen.“

Da „Kuma“ mit dem Thema Zweitfrau ein Randproblem aufgegriffen hat, dient er nicht unbedingt als Grundlage für Debatten um Integration. Was Dag ganz gezielt geschaffen hat, ist ein dramatisches Kunstwerk, das nur wenig grundsätzliche Gesellschaftskritik in sich birgt. Trotzdem ist der Film unter künstlerischen Gesichtspunkten durchaus sehenswert. *Rebecca Bellano*

Jahrestage

Otfried Preußler und die Emmas

Am 20. Oktober hätte der Kinderbuchautor Otfried Preußler seinen 90. Geburtstag feiern können. Doch der im nordböhmischen Reichenberg geborene und aus seiner Heimat vertriebene Autor solcher bekannten Kinderbuchklassiker wie „Der Räuber Hotzenplotz“ oder „Krabat“ starb bereits am 18. Februar dieses Jahres in Prien am Chiemsee. So muss Preußler wenigstens nicht miterleben, wie einige seiner Bücher demnächst wohl in ein „politisch korrektes“ Deutsch umgeschrieben werden.

Auf Druck von Sprachmoralisten hatte er selbst noch eine Neufassung von „Die kleine Hexe“ autorisiert, die wenige Monate nach seinem Tod erschienen ist. Das böse Wort „Neger“, an dem sich ein Leser-Streit zwischen Puristen und Moralisten um diskriminierende Begriffe in Preußlers Werken entzündet hatte, war nun getilgt. Nun kommen keine „Negerlein“ mehr auf die verschneite Dorfstraße, sondern „Messerwerfer“. Und aus „Türken“, „Eskimofrauen“ und dem „Hottentottenhäuptling“, die den Zirkus bereichern, sind jetzt „Cowboys“, „Indianerinnen“ und ein „Seeräuber“ geworden.

Noch zu Lebzeiten hatte Preußler in seine Texte eingegriffen, um veraltete Begriffe oder Verhaltensweisen dem Zeitgeschmack anzupassen. Aus der „Muhme“ Rumpumpel wurde eine zeitgemäße „Tante“, aus dem „Weib“ eine „Frau“, aus dem dialektgefärbten „wichsen“ „verhauen“, und statt „Kaffee“ wird nun magenschonender „Tee“ getrunken.

Bei einer „Pippi Langstrumpf“-Lesung vor Grundschülern hatte (Noch-)Familienministerin Kristina Schröder Aufsehen erregt, als sie aus dem „Negerkönig“ kurzerhand einen „Südseekönig“ gemacht hatte – angeblich um das Kinderwohl nicht zu gefährden. Zu welchen Blüten wird diese sprachliche Selbstversklavung im Falle Preußlers wohl führen? Der Titel seines Buches „Die kleine Hexe“ blieb in der Neufassung noch unangetastet. Müssen wir uns demnächst an „Die kleine Emma“ gewöhnen? *Harald Tews*

Frau Friedrich Schlegel

Auf ihrem Grabstein steht das Geburtsjahr 1763 und auch in den meisten zeitgenössischen Briefen und Dokumenten heißt es, dass Dorothea Schlegel vor genau 250 Jahren am 24. Oktober geboren sei. Mittlerweile glaubt die Forschung, dass die Autorin erst 1764 zur Welt kam, zumal ihr Mann, der 1772 geborene Literaturkritiker Friedrich Schlegel, stets von seiner siebeneinhalb Jahre älteren Frau sprach.

Unbestritten ist, dass sie in Berlin geboren wurde, und zwar als Tochter des jüdischen Aufklärers Moses Mendelssohn. Nach der Heirat mit einem Kaufmann lernte sie Schlegel kennen, ließ sich scheiden und wechselte für die neue Ehe zum protestantischen Glauben über (später konvertierte sie sogar zum Katholizismus). Von nun an saß sie im Zentrum des Jenaer Romantik-Kreises, der sie selbst zur literarischen Produktion antrieb. Ihr Werk „Florentin“ über einen adeligen Vagabunden gehört mit zu den Klassikern des Künstler- und Entwicklungsromans. Nach dem Tod Friedrich Schlegels erlahmte ihre Schaffenskraft abrupt. Sie zog sich nach Frankfurt am Main zurück, wo sie 1839 starb. *tws*

Der »Alexander Humboldt Australiens«

Statt in Preußen Wehrdienst zu leisten, erkundete Ludwig Leichhardt lieber den fünften Kontinent

In Australien ist Leichhardt überaus bekannt, da er ein Bestandteil des dortigen Geschichtsunterrichts ist. In Deutschland hingegen, wo er vor 200 Jahren zur Welt kam, kennt man ihn weniger. Zu Unrecht, wie eine Beschäftigung mit seinem Leben und Wirken zeigt.

Am 3. April 1848 schrieb der damals 34-jährige Forschungsreisende Ludwig Leichhardt in einem letzten Brief: „Wenn ich bedenke, wie glücklich ich bei meinem Vorwärtsdringen bis hierher war, so bin ich von der Hoffnung erfüllt, daß unser allmächtiger Beschützer mir gestatten wird, meinen Lieblingsplan zu einem erfolgreichen Ende zu führen.“ Bei jenem Unternehmen handelte es sich um eine großangelegte Forschungsexpedition, den ziemlich wagemutigen Versuch, Australien von Ost nach West in voller Breite zu durchqueren und das bis dato völlig unbekannte Innere des Kontinents wissenschaftlich zu erkunden. Am 5. April 1848 wurden Ludwig Leichhardt und seine Begleiter letztmals gesehen. Mehrere zwischen 1851 und 1953 unternommene Suchexpeditionen blieben erfolglos. Ein Wegzeichen Leichhardts, ein in einen Baum eingeritztes „L“ am Elders Creek, scheint allerdings darauf hinzudeuten, dass er zumindest noch den geografischen Mittelpunkt von Australiens passierte, bevor ihn wahrscheinlich räuberische Aborigines niedermetzelten. Damit war Ludwig Leichhardt auf seiner dritten Forschungsexpedition gescheitert, während ihm seine beiden vorangegangenen Erkundungen Australiens wissenschaftliche Anerkennung und auch eine Goldmedaille der „Geographical Society“ in London eingebracht hatten.

Friedrich Wilhelm Ludwig Leichhardt, so der vollständige Name, stammte aus dem brandenburgischen Dörfchen Sabrodt, das etwa zehn Kilometer südlich von Beeskow liegt und heute zum Ort Trebatsch gehört. Dort kam er vor 200 Jahren, am 23. Oktober 1813, als Sohn eines „Torfinspektors“ zur Welt. Die Familie war kinderreich, doch dank der Förderung durch den Dorfpfarrer Roedelius gelang es dem ehrgeizigen Jungen, die nötigen Vorkenntnisse für den Besuch des Gymnasiums in Cottbus zu erwerben. Nachdem er die Schule als einer der besten Schüler verlassen hatte, studierte der wissensdurstige Abiturient in Berlin und Göttingen anfangs Philosophie und Philologie, später dann aber Naturwissenschaften, jedoch auch Medizin, ohne indes zu einem formellen Studienabschluss zu gelangen.



Vor 200 Jahren im brandenburgischen Sabrodt geboren: Ludwig Leichhardt vor einer von ihm angefertigten Karte Australiens

1835 lernte er William Nicholson kennen. Er freundete sich mit dem reichen jungen Engländer an und wurde von diesem gefördert und bei seinen vielfältigen geologischen, zoologischen und botanischen Forschungen finanziell unterstützt. Einem Aufenthalt in Nicholsons englischem Elternhaus in Clifton folgten wissenschaftliche Studienreisen durch Frankreich und Italien. Ziemlich leichtsinnig ließ Ludwig Leichhardt 1839 mehrfach amtliche Aufforderungen unbeachtet, die ihn zur Ableistung seiner obligatorischen Wehrpflicht nach Preußen zurückriefen. Zu dieser Zeit träumte Leichhardt nämlich lebhaft davon, eine Forschungsreise nach Amerika zu unternehmen, anstatt „auf dem Cöpenicker Feld die Exerzitien zu lernen“. Folglich war ihm eine Rückkehr nach Preußen künftig verwehrt, weil er nunmehr mit seiner Verhaftung wegen Wehrdienstentziehung rechnen musste. Erst 1847 gelang es Leichhardts Verwandten unter Einbeziehung des am Hofe einflussreichen Gelehrten Alexander von Humboldt, den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zu seiner Amnestierung zu bewegen. Mittlerweile hatte der Forschungsreisende wissenschaftlichen Ruhm erlangt. Doch seine geliebte niederlausitzer Heimat hat der Gelehrte trotzdem nicht wiedergesehen.

Leichhardt war nämlich bereits 1841 nach Australien gereist. Von diesem Kontinent war bislang nur die Küstenlinie einschließlich der dahinter liegenden Landstriche bekannt. Ob es im Innern Seen oder Gebirge, Dschungel oder Wüsten gab, wusste noch niemand. Nachdem sich Leichhardt vor Ort akklimatisiert hatte, brach er 1844/45 zu seiner ersten großen Forschungsreise auf und durchquerte den Kontinent zuerst von Osten nach Norden. Leichhardts 1846/47 unternommene zweite große Expedition, eine Ost-West-Durchquerung Australiens, scheiterte allerdings an klimatischen Schwierigkeiten und einer dadurch bedingten Meuterei der anderen Expeditionsteilnehmer. Auf seiner dritten großen Expedition ist Leichhardt verschollen.

Aber die Publikation seiner hinterlassenen wissenschaftlichen Aufzeichnungen, etwa die im Jahr 1855 von Girard herausgegebenen „Beiträge zur Geologie Australiens“, sicherten ihm seinen verdienten wissenschaftlichen Ruhm auch postum. Vor wenigen Jahren bezeichnete der aus Australien stammende, bedeutende britische Historiker Christopher Clark Ludwig Leichhardt als den „Alexander Humboldt Australiens“, wo der Preuße selbst heute noch ungeheuer populär ist. In Deutschland erinnern hingegen an Ludwig Leichhardt nur ein Museum in Trebatsch und die nahegelegene „Ludwig Leichhardt Oberschule“ in Goyatz. Ein neu geschaffener, 54 Kilometer langer Rad- und Wanderweg von Trebatsch nach Cottbus wird seit vergangenem Mai offiziell als „Leichhardt-Trail“ bezeichnet. Und vorletzten Donnerstag schließlich hat die Deutsche Post AG eine Sonderbriefmarke zu Ehren Leichhardts im Wert von 75 Cent herausgegeben.

Jürgen W. Schmidt

Verarmt und einsam

Die LO-Kulturpreisträgerin Hilde Leest

Ihre fanatische Liebe zur Kunst prägte das Leben der Steinbildhauerin Hilde Leest. Die gebürtige Königsbergerin – am 22. Oktober wäre sie 110 Jahre alt geworden – stammte aus einer alten Handwerkerfamilie: Töpfer, Maurer und Zimmerleute waren ihre Vorfahren; ihr Großvater hatte eine Baufirma und ihr Vater war beamteter Baumeister. Schon als Kind hatte sie Freude daran, verschiedenen Materialien Gestalt zu verleihen. Nach dem Schulbesuch wurde Hilde Leest im schlesischen Bunzlau als Keramikerin ausgebildet. Danach studierte sie an der Königsberger Kunstgewerbeschule bei Professor Hermann Brachert, später an der Kunstakademie Königsberg bei Professor Stanislaus Cauer.

1928 ging die Ostpreußin nach Berlin. Viele ihrer Arbeiten wurden dort in Kunstausstellungen gezeigt, einige kaufte die Stadt an. Der Krieg jedoch zerstörte auch die Arbeiten Hilde Leests, sie selbst wurde dreimal ausgebombt.

Aus dem Nichts baute die Künstlerin nach Kriegsende ein neues Atelier auf. In erster Linie wandte sie sich jetzt den Themen Not, Vertreibung und Heimkehr zu. „Gefangener“, „Straße“, „Not“, „Gespräch“ und „Wiedervereinigung“ – die Namen einiger Plastiken zeigen die Problematik, die Hilde Leest durch ihre Werke veranschaulichte.

Die Monumentalplastik „Wiedervereinigung“ ist wohl ihre bekannteste und bedeutendste. Aus zwei je 100 Zentner schweren Natursteinblöcken schuf die Künstlerin in mühevoller Arbeit dieses Bildwerk, das dann am Berliner Mauerdurchlass Chausseestraße aufgestellt wurde.

Aber auch wenn ihr Name bekannt wurde und ihr Ruf durch die ganze Welt ging – die Kulturpreisträgerin der Landesmannschaft Ostpreußen (LO) des Jahres 1964 starb im Winter 1970 verarmt und einsam in einem Berliner Krankenhaus. Die Werke der ostpreußischen Bildhauerin werden jedoch auch weiterhin gerade durch die problematische Thematik die Betrachter zum Nachdenken anregen.

PAZ



„Wiedervereinigung“: Die Monumentalplastik wurde 1962 in Berlin-Wedding in einer kleinen Grünanlage an der Einmündung der Liesenstraße in die Chausseestraße errichtet

Bild: Archiv

Spuren eines Westfalen

Gleich mehrere Bauten in Ostpreußen stammen von Fritz Heitmann

Mit Fritz Heitmann wurde am 27. Oktober 1853 im Westen Preußens, in Ahlen, ein Mann geboren, der als Baumeister in Ostpreußen vielfältige Spuren hinterließ. Er entstammte einer alten westfälischen Familie. Die Kinderzeit verbrachte der Sohn eines Amtsgerichtsrats in Coesfeld, wohin der Vater bald nach der Geburt des Kindes versetzt worden war.

Fritz Heitmann besuchte in Coesfeld das Gymnasium und ging von der Unterprima zum Technikum Frankenberg in Sachsen, an dem er nach drei Jahren die Diplomprüfung für Ingenieure ablegte. Nach der Militärzeit in Wesel und der praktischen Ausbildung beim Katasteramt in Anklam war er im Dienst der Reichspost als Bauingenieur tätig und errichtete Neubauten in Anklam, Swinemünde, Rostock und Leipzig.

Bild: Archiv

Ein Werk Heitmanns in Königsberg: Die Lutherkirche

1886 beauftragte ihn die Reichspost mit der Leitung von Bauten in Pillau und Gumbinnen. Dann ließ sich Heitmann als freier Architekt in Königsberg nieder und gehörte bald zu den meistbeschäftigten Baumeistern der ostpreußischen Provinzialhauptstadt. Seine Entwürfe bereicherten das Stadtbild außerordentlich, nur wusste man in der Öffentlichkeit damals kaum, wer der Baumeister war.

Heitmann war zwar strenger Katholik, baute aber auch evangelische Kirchen wie die Königin-Luise-Gedächtniskirche auf den Hufen oder die Martin-Luther-Gedächtniskirche auf dem Viehmarkt. Auch die katholische Kirche zur Heiligen Familie auf dem Oberhaberberg und die Adalbertkapelle im Königsberger Vorort Amalienau waren sein Werk.

In der Provinz war der Westfale und Wahlostpreuße ebenfalls rastlos tätig. Katholische Kirchen entstanden in Allenstein, Groß Bosau, Pillau, Rastenburg und Tapiau, Profanbauten in Braunsberg und Gerdauen. Krankenhäuser errichtete Heitmann in Gerdauen und Mohrungen, dazu viele Gutshäuser auf dem Lande. Großvorhaben wurden in Königsberg realisiert, etwa 1885 die Villenkolonie Amalienau.

Der interessanteste Bau war aber wohl die „Palästra Albertina“, das erste Studentenhaus Deutschlands, die Stiftung eines Arztes, mit Turnsaal, Hallenschwimmbad, Fechtsälen, Mensa, Korporationsräumen mit Glaswappen und Tennisplätzen.

Alle diese Leistungen trugen Fritz Heitmann den Titel Baurat sowie deutsche und päpstliche Orden ein. Mit 61 Jahren zog der begeisterte Patriot noch 1914 ins Feld, wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, musste aber dann wegen einer schwerer Herzerkrankung entlassen werden. Fritz Heitmann starb 1921 in Königsberg, der Stadt, der er mit seinen Bauten seinen Stempel aufgedrückt hat.

E.B.

Einigung auf Ostpreußens Abtrennung

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz akzeptierten die Angloamerikaner Moskaus Forderung nach der deutschen Exklave

Im Oktober 1943 trafen die Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion in Moskau zusammen, um über das spätere Vorgehen nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zu beraten. In diesem Zusammenhang kam es auch zu ersten inoffiziellen Absprachen bezüglich territorialer Regelungen. So stimmten London und Washington der Moskauer Forderung nach einer Abtrennung Ostpreußens im Grundsatz zu. Ebenso wurden Probleme der weiteren Kriegführung besprochen, wobei zahlreiche Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zutage traten.

Nachdem es den Alliierten um die Jahreswende 1942/43 gelungen war, die strategische Initiative zu erlangen, begann die Zeit der Nachkriegsplanungen. Diese galten besonders in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich als dringlich, da zu befürchten stand, dass die zunehmend in Fahrt kommende Militärmaschinerie der UdSSR in weiten Teilen Europas für vollendete Tatsachen sorgen würde – zumal die bereits bekannt gewordenen Ansprüche Moskaus ja auch alles andere als bescheiden daherkamen. So hatte Josef Stalin dem britischen Außenminister Anthony Eden bereits im Dezember 1941 eröffnet, er wolle die 1939 annektierten Ostgebiete Polens behalten und Warschau dafür mit Ostpreußen abfinden.

Die Einigung erfolgte nur inoffiziell

Ein reichliches Jahr später, im März 1943, zeigten sich die Briten und US-Amerikaner dann intern darauf, diese Forderung im Grundsatz zu akzeptieren, weil Osteuropa ja ohnehin unter sowjetischen Einfluss geraten würde. Allerdings hielten sich Washington und London in der Ostpreußenfrage weiterhin nach außen bedeckt, da die polnische Exilregierung in England den Plänen des Kreml extrem ablehnend gegenüberstand.

Konkretere Vereinbarungen sollten dann Mitte Juli auf einer ersten gemeinsamen Konferenz der „Großen Drei“ Stalin, Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt in Alaska oder Sibirien getroffen werden. Doch dieses Treffen kam nicht zustande, weil der sowjetische Diktator durch die Verschiebung der westalliierten Landung in Frankreich ins Jahr 1944 hinein aufs Äußerste erbost war. Andererseits wollte Stalin das Tischtuch zwischen Moskau und den Westmächten aber auch nicht völlig zerschneiden. Deshalb erklärte er sich schließlich am 24. August 1943 mit einer vorbereitenden Konferenz der Außenminister der drei Mächte in Moskau einverstanden.

Und so trafen dann Wjatscheslaw Molotow, Anthony Eden und Cordell Hull vom 18. bis zum 30. Oktober 1943 in der sowjetischen Hauptstadt zusammen und diskutierten dort über die Behandlung Deutschlands nach der bedingungslosen Kapitulation, die seit der Casablanca-Konferenz vom Beginn des Jahres als die einzig akzeptable Option zur Beendigung des Krieges galt. Dabei traten teilweise recht unterschiedliche Standpunkte zutage: Hull schlug im Sinne Roosevelts und des US-Militärs die totale Zerstückelung Deutschlands vor, was Edens uneingeschränkte Zustimmung fand. Zugleich legte der Chef des State Department jedoch auch ein eigenes Memorandum vor, in dem er einen politisch dezentralisierten, föderalistischen deutschen Nachkriegsstaat favorisierte. Molotow wiederum bezeichnete die erste Variante als „Minimallösung“, wich aber ansonsten keinen Millimeter von Stalins territorialen Forderungen von 1941 ab und setzte sich damit am Ende auch durch, denn die abschließende diesbezügliche Einigung sah vor, dass Deutschland sämtliche seit 1939 angegliederte oder annektierte Gebiete wieder abgeben müsse – und ebenso auch Ostpreußen abgetrennt werden solle.



Unterzeichnung der Moskauer Deklaration: Cordell Hull, Wjatscheslaw Molotow und Anthony Eden (v.l.) Bild: pa

Offiziell hieß es dazu allerdings in der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, die nach anfänglichem Widerstand des Kreml schließlich auch noch vom chinesischen Botschafter in der UdSSR unterschrieben wurde, die territoriale Behandlung des besiegten Deutschen Reiches sei noch zu klären und solle einer gemeinsam zu bildenden Europäischen Beratenden Kommission (EAC) mit Sitz in London obliegen, die dann tatsächlich schon am 15. Dezember 1943 ihre Arbeit aufnahm. Ansonsten verständigten sich die drei Außenminister auf folgende Eckpunkte bei der Behandlung Nachkriegsdeutschlands: Besetzung durch alliierte Truppen und Übernahme der vorläufigen Regierungsgewalt mit nachfolgender Errichtung einer Demokratie, Entmilitarisierung und Liquidierung der Rüstungsindustrie, Auflösung der NSDAP und allgemeine „Entnazifizierung“, Aburteilung sämtlicher Kriegsverbrecher und Auferlegung umfassender Reparationen.

Nicht in der Abschlusserklärung erwähnt wurden hingegen die sonstigen Absprachen über die Fortführung des Krieges. So erklärten sich die Sowjets „im Prinzip“ damit einverstanden, dem Wunsch der US-amerikanischen Seite nach Landeplätzen auf sowjetischem Gebiet für Luftangriffe auf das Reich im „Pendelflugverfahren“ zuzustimmen. Molotow schlug zudem vor, die Türkei zum Kriegseintritt zu bewegen, um noch weitere Flugbasen zu gewinnen. Das jedoch lehnten Hull und Eden nach Rückfrage bei den Vereinigten Stabschefs der USA und Großbritanniens ab. Die Militärs sahen hier eher Risiken als Chancen und verwiesen im Übrigen auf die Möglichkeit, von Flugplätzen in Italien aus zu operieren.

Ebenso wollten Washington und London der Bitte Moskaus um Überlassung von Teilen der italienischen Kriegs- und Handelsflotte nicht entsprechen, denn es war vorgesehen, die Schiffe unter angloamerikanisches Kommando zu stellen und im Pazifikkrieg gegen Japan einzusetzen.

Weitere Divergenzen ergaben sich in der Frage des Umgangs mit den kleineren ost- und südosteuropäischen Staaten. Hier schmetterte Molotow den Vorschlag Edens ab, diese Staaten in Konföderationen zusammenzuschließen, denn die UdSSR verfolgte den Plan, in ihrem unmittelbaren europäischen Vorfeld eine Politik des Teilens und Herrschens zu betreiben. Das wiederum verärgerte die Briten, die auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer ehrgeizige eigene Ziele verfolgten, während Hull es für sehr viel wichtiger hielt, den Sowjets hier entgegenzukommen, um sie für eine weitere politische Zusammenarbeit über das Kriegsende hinaus zu gewinnen. Und tatsächlich gelang es ihm auch zu erreichen, dass Moskau die Erklärung über die Errichtung einer internationalen Friedensorganisation unterzeichnete, auf die sich US-Amerikaner und Briten im August 1943 in Quebec geeinigt hatten.

Alles in allem war die Moskauer Außenministerkonferenz also von einer deutlichen Appeasement-Haltung der Westmächte gegenüber der UdSSR geprägt, wozu nicht zuletzt auch gehörte, den sowjetischen Forderungen nach der Abtrennung Ostpreußens zuzustimmen. Damit hatte Stalin dann später die Möglichkeit, beim ersten tatsächlichen Zusammentreffen der „Großen Drei“ in Teheran auch selbst Anspruch auf Teile Ostpreußens anzumelden.

Wolfgang Kaufmann

Militärjet aus deutsch-französischer Koproduktion

Vor 40 Jahren erfolgte der Erstflug des von Dornier sowie Dassault und Bréguet entwickelten »Alpha Jet«

Der leichte, wendige „Alpha Jet“ stand immer ein bisschen im Schatten der größeren Kampfflugzeuge der Bundeswehr. Sein erster Prototyp startete am 26. Oktober 1973 im französischen Istres zum Jungfernflug. Wenige Monate später, im Januar 1974, folgte der Erstflug des zweiten Prototypen vom Dornier-Werksflugplatz in Oberpfaffenhofen.

Begonnen hatte alles in den späten 60er Jahren, als die französische Luftwaffe nach einem Nachfolger für ihre älteren Trainer und Jagdbomber (Jabo) suchte. Auch die Bundeswehr suchte nach einem leichten Jet für den Einsatz in der Pilotenausbildung, denn damals wollte man die in den USA durchgeführte Ausbildung aus Kostengründen zurück nach Europa holen.

Deutschland nutzte ihn als leichten Jabo

In Deutschland und Frankreich entstanden eigene Studien. Anfang 1969 schlossen Dornier und der französische Flugzeugbauer Bréguet einen Kooperationsvertrag. Mitte des Jahres hatten sich dann auch die Verteidigungsministerien beider Länder auf ein gemeinsames Vorhaben verständigt und schrieben einen Wettbewerb für einen zweisitzigen, zweistrahligen Trainer aus. An dem beteiligten sich drei Firmengruppen: Dassault-Bréguet/Dornier, VFW-Fokker sowie Messerschmitt-Bölkow-Blohm zusammen mit Nord und Sud Aviation aus Frankreich. Das Rennen machte schließlich der von Dornier und Dassault-Bréguet eingereichte Entwurf, wobei schließlich der Dornier-Entwurf zur Grundlage der neuen Konstruktion wurde. 1972 erteilten dann beide Staaten den Auftrag für vier Prototypen und eine Bruchzelle für Belastungstests am Boden.

Zunächst planten beide Luftwaffen, je 200 Maschinen zu beschaffen. Aber die Rahmenbedingungen änderten sich. Die Bundesluftwaffe erhielt aus den USA die Zusage, den Überschalltrainer Northrop T-38 „Talon“ weiter für die Fortgeschrittenausbildung und das Waffentraining nutzen zu können. Außerdem war im Süden Frankreichs nun doch kein Platz für das ursprünglich geplante deutsch-französische Ausbildungszentrum, was einen neuen deutschen Strahltrainer eigentlich überflüssig machte.

Nun brauchte die deutsche Luftwaffe aber auch einen Nachfolger des leichten Kampfjets Fiat G.91. Mit Blick auf die Kosten setzte die Politik durch, dass aus dem Fortgeschrittenentrainer ein leichter Jagdbomber wurde. So entstand neben dem „Alpha Jet“ E (E steht hier für Ecole oder Ausbildung) der „Alpha Jet“ A (A wie Appui oder Unterstützung) mit speziellem Waffenleitrechner, Radarhöhenmesser, der Fähigkeit zum extremen Tiefflug, einem bodenunabhängigen Navigationssystem mit doppelter Kreiselkompass-Plattform und Dopplerradar, vier Waffenstationen unter den Flügeln sowie der Möglichkeit, einen Kanonenbehälter mit einer 27-Millimeter-Kanone unter dem Rumpf anzubringen. An den beiden äußeren Pylonen konnten auch zwei Tanks mit zusätzlichem Treibstoff installiert werden.



Als leichter Jagdbomber in deutschen Diensten: „Alpha Jet“

Der „Alpha Jet“ blieb auch bei extremer Beladung sehr wendig und zeichnete sich durch gute Kurzstart- und Landeeigenschaften aus. Er war robust, wartungsfreundlich und im Betrieb unkompliziert. So waren bis zu fünf Einsatzflüge pro Tag möglich. Zudem konnte der Kampfjet auch im Feld, also von Autobahnteilstücken oder Graspisten mit einem Minimum an Personal und Bodengeräten, operieren. Insgesamt war er seinem Vorgänger, der Fiat G.91, deutlich überlegen. Die Bewaffnung bestand neben dem Kanonenbehälter aus Bomben und ungelenkten Raketen verschiedener Kaliber. Insgesamt konnte ein „Alpha Jet“ bis zu zwei Tonnen Zuladung tragen.

Frankreich nutzt ihn als Schulflugzeug

Nach der Flugerprobung begann 1975 die Serienproduktion. Frankreich erhielt im Laufe der folgenden Jahre 200 Trainer. Die Bundeswehr nahm von 1979 bis Januar 1983 175 Flugzeuge ab und rüstete mit ihnen drei Jagdbombergeschwader sowie das Ausbildungskommando im portugiesischen Beja aus. Ein weiteres Geschwader existierte nur als Geräteeinheit, um im Ernstfall mit Reservisten und den in Beja stationierten Maschinen aktiviert zu werden.

Dornier in Oberpfaffenhofen übernahm die Endmontage der deutschen Luftangriffsversion, während Dassault in Toulouse die französischen Trainer produzierte. Belgien war der erste Exportkunde und baute 32 Maschinen bei SABCA in Brüssel. Das „Alpha Jet“-Programm machte so gut wie keine Schlagzeilen. Budgets und Zeitpläne wurden eingehalten, in Einzelfällen sogar unterboten.

Trotzdem blieb das Flugzeug nicht mal 20 Jahre bei der Luftwaffe. Bereits Anfang der 90er Jahre kam das Aus. Die „Alpha Jet“-Geschwader wurden aufgelöst, und nur ein Ausbildungsverband flog den Typ noch bis 1997. Zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Kampfkraft und Manövrierfähigkeit wurden damit hinfällig.

Die „Alpha Jets“ wurden verkauft. Einige gingen an die portugiesische Luftwaffe, rund 20 Stück nach Thailand, andere an das militärische Test- und Erprobungszentrum des britischen Militärs und an US-Unternehmen, die Hochwertschulungen für die US-Luftwaffe durchführen.

Frankreich und Belgien nutzen ihre „Alpha Jets“ weiter als Trainer. Unter den Exportkunden sind Marokko, Nigeria, Togo, Ägypten und Kamerun, aber auch Katar. Zu den zivilen Nutzern gehört der Getränkehersteller „Red Bull“.

Friedrich List

Memelländer hatten kaum eine andere Wahl

Zu: Tragweite nicht erkannt (Nr. 39)

Bei der Rezension des Buches von Herbert Zebbities wird hervorgehoben, dass man „gute Erfahrungen mit Russen gemacht" habe. Das reizt zum Widerspruch, habe ich doch das Memelland zirka 30-mal bereist und vor Ort recherchiert, geforscht und Kontakte zu den verbliebenen Deutschen aufgenommen. Auch die einschlägige Literatur über Flucht und Vertreibung ist Grundlage folgender Klarstellungen.

Erstens: Den Memelländern bei der Wahl am 11. Dezember 1938 vorzuwerfen, „denn sie wussten nicht, was sie tun", ist nun wirklich weit hergeholt und wird der damaligen Situation im nördlichsten Ostpreußen nicht gerecht. Die deutschen Memelländer waren seit 1923 einem jahrelangen Volkstumskampf ausgesetzt, die Besatzungsmacht Litauen wollte sie mit aller Gewalt litauisieren. Da wurden sogar Leute zum Tode verurteilt. Zum Glück wurden die Urteile nicht vollstreckt. Sollten sie sich etwa bei der Wahl 1938 zu Litauen bekennen? Und wer blickte damals denn schon wirklich durch, „wohin die Reise" mit Adolf Hitler gehen würde. Hatten die Deutschen im Reich etwa einen besseren Durchblick? Im Übrigen erreichte die Deutsche Liste genau 87,2 Prozent der Stimmen, schon die Wahlen seit 1925 ergaben immer einen haushohen Stimmenanteil für die Deutschen. Und das obwohl die Litauer eine massive Einwanderungspolitik von Litauen ins Memelland betrieben. Zahlreiche Deutsche wurden dagegen nach Deutschland ausgewiesen.

Zweitens: Der Verfasser des Buches kann sich glücklich schätzen, im und nach dem Krieg immer nur „gute Erfahrungen mit Russen" gemacht zu haben. Leider dürfte das für die meisten Menschen aus Ostpreußen und somit auch aus dem Memelland nicht zutreffen. Sie waren dabei einer zügellosen russischen Soldateska ausgesetzt, die Plünderung, Vergewaltigung und Mord nach sich zog.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Pflegekräfte kann man sich sparen

Zu: Pflegekräfte verzweifelt gesucht (Nr. 38)

Wie kommen wir dazu, ausgebildete Fachkräfte für unsere Alten „einzuladen", damit diese ihnen die Windel umlegen? Mit welchem Recht werben wir Pflegekräfte an, die in ihren eigenen Ländern gesucht werden und dort auch ausgebildet wurden? Sind wir nicht moralisch dazu verpflichtet, unsere Omis, Mütter und so weiter aufzunehmen und zu pflegen?

Unsere Mütter und Väter haben uns das Leben geschenkt – das ist keine besondere Erkenntnis, aber wir „entsorgen" sie in Pflegeheimen oder – wenn es gar nicht anders geht – landen sie im Stift. Fremde Menschen, die nicht einmal ihre Sprache sprechen, sollen ihnen behilflich sein beim Umlegen der Windeln. Einfach unwürdige für ein Land der „Dichter und Denker".

Mein Vorschlag ist, einmal darüber nachzudenken, ob die Milliarden Euro, die diese Heime kosten, nicht im sogenannten Familiengeld oder in Familienheimen besser investiert sind. Man stelle sich vor, Omi und Opi bekommen vom Staat 5000 Euro Pflegegeld (denn so viel kosten diese Einweisungen mindestens, oft aber viel mehr) und schon können wir unseren Senioren garantiert ein würdiges Dasein fürs Altenteil geben.

Rüdiger Röthke, Berlin

Schlesien lebt!

Zu: Schlesischer Kuchenkrieg (Nr. 40)

Da kommen wieder Leute zu Wort, die sich mit der rechtlichen Situation nicht auskennen. Die Auflösung Preußens wurde für das Gebiet der DDR schon 1955 beendet. Somit besteht auch Schlesien formal wieder. Die Menschen vor Ort müssen sich nur artikulieren und die Anerkennung fordern, aber sich nicht von nicht legitimierten Wirtschaftsgemeinschaften wie der EU etwas vorschreiben lassen.

Alfred Schneider, Spremberg

PAZ denkt anders

Zu: Schlesischer Kuchenkrieg (Nr. 40)

Eine Frechheit! Erst wird den Schlesiern ihr Land weggenommen und jetzt versucht man auch noch, ihnen ihre Kultur (zu der zweifelsohne auch das Kochen und die Kochkultur gehört) wegzunehmen. Das ist doch eine Unverschämtheit!

Jeder hat das Recht, seinen Kuchen zu nennen, wie er will; nur scheint dieses Recht offenbar mal wieder nicht für uns Deutsche zu gelten. Und wie immer: keine Unterstützung von Regierung, Scheinopposition und Hauptstrommedien. Gott sei Dank ist die „Preußische Allgemeine" kein Hauptstrommedium, sondern eine eigenständig denkende Zeitung. Danke dafür!

Tom Orden, Berlin

Wohlfahrt am Ende

Zu: Ende des Wohlfahrtstaats (Nr. 39)

Falsch! Wir leben schon lange nicht mehr in einem Wohlfahrtsstaat. Wohlfahrt und Kreditaufnahme, das sind diametrale Begriffe. Man stelle sich doch nur vor, dass im Ostpreußen des letzten Jahrhunderts jeder Lorbas mit seinem Marjellchen beim Dorfschulte um seine Versorgungsration gebettelt hätte. Damals war Tauschhandel üblich. Das heißt, es gab nichts mehr, wenn die vorhandene gemeindeeigene Ware verteilt war. Wer sich unterversorgt fühlte, der musste bei den Habenden betteln oder stehlen.

Wohlfahrt im damaligen Preußen war also keine unmoralische staatliche, sondern eine moralische gesellschaftliche Einstellung. Wer die Ausplünderung unseres Landes als Wohlfahrt bezeichnet, der hat erfolgreich alle Umerziehungsmaßnahmen in der Nachkriegszeit mitgemacht.

Gerald Franz, Bonn



Bild: Archiv

Begeisterte die Anhänger und erregte die Gegner: Die Erinnerung an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß erhitzt auch ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod die Gemüter

Geplanter Ruin

Zu: Berlin: SPD-Schulpolitik am Ende (Nr. 39)

Im Artikel wird davon gesprochen, dass die SPD-Schulpolitik an die Wand gefahren ist und jetzt einem Trümmerhaufen gleicht. Wir sollten uns nicht irren. Die einzige Pleite dieser Schulpolitik ist die vergebliche Verhinderung von Privatschulen. Der Niedergang der Bildung dagegen ist politisch gewollt. Die Linken waren immer bestrebt, die Bildung zu ruinieren, weil sie von einer verdummten Bevölkerung größere Unterstützung und bessere Beherrschbarkeit erwarten. Da liegen sie richtig.

Gleiches muss man über ihre Sozialpolitik sagen. In den letzten 150 Jahren hat diese „Sozialpolitik" nur den erstrebten Unfrieden geschaffen und die Lage der Arbeitnehmer verschlechtert. Einem Arbeiter, dem es dreckig geht, kann man leichter seine Ideologie aufschwatzen.

Fritz Kleeberg, Dresden

Leistungen stehen hoch über Fehleistungen von Strauß

Zu: Verehrt, verhasst und schmerzlich vermisst (Nr. 38)

Sehr gut formuliert: Was Strauß tatsächlich geleistet hat, steht haushoch über dem und gegen das, was er „sich geleistet" hat. Dies bedeutet aber eine nicht unwesentliche Relativierung seines im Prinzip unbestreitbaren historischen Ranges.

Ich möchte daran erinnern, dass Strauß interne erstzunehmende Kritiker gehabt hat, nämlich den dieses Jahr verstorbenen Politiker Franz Handlos, der im Wahlkreis Deggendorf sogar mal das beste CSU-Ergebnis aller Zeiten eingefahren hat. Handlos mag zwar die Sache mit dem DDR-Milliardenkredit im Vergleich zum längerfristigen politischen Instinkt von Strauß überschätzt beziehungsweise falsch eingeschätzt haben, kritisierte aber zurecht die „Amigo-Verfilzungen" des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden.

Von allen Politikern der demokratischen Rechten in Europa hatte Strauß wohl den weitesten wirtschaftspolitischen, finanzpolitischen und außenpolitischen Horizont, vermochte sich aber dennoch nicht auch nur annähernd als so vertrauenswürdig zu positionieren, wie es Helmut Schmidt gelungen ist. Dies lag nicht nur am „Spiegel" und an den deutschen Intellektuellen, welche Strauß maßlos dämonisiert haben.

Ferner bleibt zu befürchten, dass die Westmächte einem Bundeskanzler Strauß im Vergleich zu dem „gutmütig" wirkenden Kohl die deutsche Wiedervereinigung nicht zugestanden hätten. Die Ängste waren bekanntlich groß, und es hätte nur wenig gebraucht, um die Waagschale auf die andere Seite kippen zu lassen, wobei auf Dauer freilich eine eigenständige DDR ungefähr auf dem Niveau der Slowakei sich so oder so nicht hätte halten können.

Der größte Fehler von Strauß war wohl innenpolitisch. Er hätte bei seiner Einsicht von Bad Kreuth bleiben müssen, dass eine einheitliche Unionspartei auf Dauer nicht regierungsfähig bleibt. Und dass für das politische Gleichgewicht in der Bundesrepublik eine demokratische Auswahl im rechtsliberalen, nationalliberalen und konservativen Bereich nötig wäre, also eine bundesweite Ausdehnung der damaligen CSU, allenfalls mit neuem Namen. Dass derzeit etwa 15 Prozent der Wählenden nicht im deutschen Parlament vertreten sind, ist eine Spätfolge dieser Fehlentscheidung beziehungsweise dieses Mangels an Mut. Dabei wusste Strauß ganz genau, dass die deutsche Rechte einer Domestizierung bedarf, um nicht der Gefahr einer unverantwortlichen Radikalisierung zu verfallen. In diesem Sinn deute ich seine Mahnung, dass rechts von ihm der Abgrund beginne.

Klar scheint auch, dass – abgesehen von der Breite des politischen Horizontes – AfD-Chef Lucke kaum über einen winzigen Bruchteil des Charismas von Strauß verfügt und erst recht nicht über dessen politisches Potenzial. Meines Erachtens hätte schon der Schweizer EU-Kritiker Christoph Blocher, ein Geistesverwandter von Strauß, jedoch nicht ganz von dessen politischem Weitblick, in Deutschland wohl mindestens die doppelte Wählerschaft von Lucke hinter sich scharen können, wohl allein schon aus Gründen der finanziellen Potenz. Dabei ist Blocher im Gegensatz zu den Haiders und Le Pens nicht als rechtsradikal, sondern als rechtsliberal-populistisch einzuschätzen, alles Wesenszüge, die auch Franz Josef Straus nicht fremd waren.

Was an der CSU heute noch als fast einziger Partei in Europa beeindruckt, ist das Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft einschließlich einer starken Betonung der heimatlichen und regionalen Tradition, wozu noch das allerdings verblassende und immer weniger glaubwürdige „Christliche" gehört. Im Sinne von Max Weber wäre das künftige Europa wohl eher auf das calvinistische Ethos der Arbeit denn auf katholischen Faschingsbetrieb angewiesen.

Dr. Pirmin Meier, Beromünster/Schweiz

Richtig gallig

Zu: Differenziert betrachten (Nr. 40)

Der Artikel gefällt mir: so richtig gallig. Vielleicht kann man sich wirklich nur noch mit Zynismus, Satire und Ironie über Wasser halten. Ich fürchte, dass es irgendwann so richtig knallt. Ich weiß auch schon, welche Weichlinge verlieren werden. Eigentlich schade um unsere gewachsene Kultur, sie brachte uns Wohlstand, aber auch Neider, Gutmenschen und Dummköpfe.

Adolf Breitmeier, Münster/Darmstadt-Dieburg

Totgeschwiegen

Zu: Differenziert betrachten (Nr. 40)

Ich weiß nicht, was an dieser EU und an dem Euro so gut ist, dass es Leute gibt, die alle Gegner verteufeln. Das Euro-Thema ist anscheinend tabu, denn beim Wahlkampf in Deutschland und in Österreich ist zumindest bei den EU-Fetischisten dieses Thema ausgeklammert worden.

Und noch ein Thema wurde ausgeklammert: die Überfremdung, die Zuwanderung speziell aus islamischen Ländern, der Asylmissbrauch und die schleichende Islamisierung. Das sind aber Themen die dem Volk zu Recht unter den Nägeln brennen. Klar, dass die Verursacher der betreffenden Parteien das Ansprechen derselben als Sakrileg brandmarken. Diese Themen werden uns allen noch auf den Kopf fallen. Wie schizophren. Gegen Islamisten führen wir im Ausland Krieg – Moslems die ihre Religion leben – und in unserer Heimat finanzieren wir den Unterricht für diese Glaubenslehre.

Alwin Häle, Zwischenwasser/Österreich

Ein Roma-Paradies

Zu: Spannungen mit Zigeunern (Nr. 40)

Im Artikel steht: „Ein Bürgerkomitee fordert, alle Roma bis Jahresende umzusiedeln." Na dann auf nach Deutschland! Dort sind sie mit ihrer Fröhlichkeit und Herzlichkeit eine Bereicherung für die Kultur und wegen ihrer fachlichen Qualifikation sowie ihres Arbeitseifers eine unverzichtbare Größe für die Wirtschaft.

Deshalb nur auf nach Deutschland. Sie werden erwartet mit Neubauwohnungen, Kindergeld- und Hartz-IV-Zahlungen. Der deutsche Steuerzahler verzichtet gerne für sie und arbeitet gerne noch ein paar Stunden mehr, damit es ihnen richtig gut geht und sie sich wohlfühlen.

Horst Vajen, Kärla vald/Estland

Der ideale Historiker verurteilt nicht

Zu: „Eine Tragödie, kein Verbrechen" (Nr. 39)

Ich begrüße die offene Diskussion über Geschichte in der *PAZ* und erlaube mir diese Stellungnahme. Die Geschichtsschreibung diente vor dem Historiker Leopold von Ranke gern der Heroisierung und dem – wie man heute sagt – Personenkult. Ranke dagegen baute bei seiner Geschichtsschreibung auf Quellen, also mühsame Archiv-Studien. Er begründete damit die eigentliche Geschichtswissenschaft, wofür er den persönlichen Adelstitel bekam (nicht vererbbar). Die Historiografie bekam die Chance einer objektiven Methode, die heute wieder verloren zu gehen droht.

Der Historiker darf Geschichte nicht unter Schuld und ideologischem Denken subsummieren. Das jedoch geschieht heute. Schon der Buchtitel „Der Griff nach der Weltmacht" des Historikers Fritz Fischer impliziert, dass die deutsche Politik schuld war am Ausbruch des Ersten Weltkrieges – mit möglicher Fortsetzung im Zweiten Weltkrieg. Aber ein Historiker darf bei machtpolitischen Handlungen in Geschichte und Zeitgeschichte weder Ankläger noch Richter über Schuld und Unschuld sein. Auch Siegerprozesse sind fragwürdig, solange es keine Welt-Verfassung gibt mit verfasster Außenpolitik. Auch der Historiker gerät in die Falle einer „ancilla politicae": Er macht sich zur „Magd der Tagespolitik" und von fertiger Schuldideologie.

Politik ist immer ein Macht-Kampf von vielen Kräften. Da gibt es keine Unschuld für irgendjemanden. Alles andere ist weltfremd. Außenpolitik zumal ist „im Urzustand" und nicht juristisch „aufzuarbeiten", allenfalls als sogenannte Siegerjustiz und Siegerethik im Sinne einer Erfolgsethik (erlaubt ist, was gelingt). Der Historiker kann nur objektive Tatsachen bereitstellen – hier für den Ausbruch von Kriegen – und zwar für alle Teilnehmer. Wenn Christopher Clark Geschichte als „Tragödie" versteht, so hat er damit eine Vokabel für das Menschengeschlecht gefunden, das sich ohne letzte Vernunft und ohne Ende bis zu seinem möglichen nuklearen Untergang bekämpft. Geschichte muss sich endlich wieder von Politik emanzipieren.

Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen

Wahlbeobachter

Zu: Außer Kontrolle (Nr. 40)

Soweit ich mich erinnern kann, betrafen alle bisher öffentlich bekannt gewordenen Auszählfehler Stimmen, die der Partei „Alternative für Deutschland" zugerechnet werden müssten. Das ist schon ziemlich auffällig.

Um Gerüchten über Wahlmanipulationen vorzubeugen, sollten die zukünftigen Landtagswahlen vielleicht unter internationale Aufsicht gestellt werden. Wenn es nichts zu verbergen gibt, sollten deutsche Politiker auch nichts dagegen haben. Im Gegenteil – eine Wahl unter internationaler Aufsicht, die ohne Unregelmäßigkeiten abläuft, würde den Gerüchten über Manipulationen entgegenwirken.

Frank Heitbrock, Lüneburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 42 – 19. Oktober 2013

»Zukunft kann man bauen«

6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg: Zusammenarbeit trägt Früchte



Vera Makarowa – Die für Dokumentation verantwortliche Mitarbeiterin des Königsberger Gebietsarchivs traf auf russischer Seite mit großem Engagement die organisatorischen Vorbereitungen. Sie verwaltet die Teilnehmerlisten und nimmt Vorschläge für Vortragsthemen entgegen. In diesem Jahr konnte sie sechs neue Teilnehmer vorstellen.



Vera Waschtschelina – Die Deutschleherin vermittelt in spielerischer Form die deutsche Sprache und Geschichte. Daneben betreut sie behinderte Kinder der Internatsschule Böttchersdorf. Durch ihre Unnachgiebigkeit gelang es, die Genehmigung für die Bergung des Epitaphs der Schönbrucher Kirche von den Moskauer Behörden zu erhalten.



Inessa Natalytsch – Als die Ärztin das Gebäude der ehemaligen Schule Waldwinkel erwarb, interessierte sie deren Geschichte so sehr, dass sie beschloss, ein Museum einzurichten. Ihrer Eigeninitiative sowie der tatkräftigen Unterstützung ehemaliger Schüler und der Kreisgemeinschaft Labiau ist es zu verdanken, dass der Plan Wirklichkeit wurde.



Angelika Spiljowa – Die Leiterin des Museums in Tilsit arbeitet eng mit der Kreisgemeinschaft Tilsit-Stadt zusammen. Dank ihres Engagements gelang es, einen Hauch des alten Tilsits wieder auferstehen zu lassen. Zur Zeit geht die Wiederherstellung des Parks Jakobsruh und der Wiederaufbau des Denkmals von Königin Luise voran.

Zum sechsten Mal veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) vom 11. bis 13. Oktober ihr „Deutsch-Russisches Forum – Zukunft braucht Vergangenheit“, das diesmal in Duisburg stattfand. Vertreter von Kreisgemeinschaften und ihre russischen Partner trugen Projekte vor, die deutlich machten, wie fruchtbar sich die Zusammenarbeit entwickelt hat.

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen.“ Inspiriert durch den Veranstaltungsort „Black Box“, einen für Behinderte konzipierten Theatersaal mit einem Restaurant namens „Der Kleine Prinz“, stellte die Leiterin des Forums, Brigitte Stramm, das Zitat Antoine de Saint-Exupérys als Motto der Veranstaltung voran. Der französische Schriftsteller und Pilot hatte Träume, und die hatten auch die Organisatoren des Deutsch-Russischen Forums, als sie 2008 erstmals Deutsche und Russen aus Ostpreußen zu einer gemeinsamen Tagung einluden. Alle Teilnehmer teilen das Interesse an der ostpreußischen Geschichte. Sie arbeiten daran, das Wissen darum zu bewahren und Traditionen zu pflegen. Für diese gemeinsame Aufgabe mussten zunächst eine Form des Austauschs entwickelt, Sprachbarrieren und Unsicherheiten im Umgang überwunden werden. Inzwischen ist ein Netzwerk entstanden, in dem bestehende Kontakte gepflegt und ausgebaut werden. Stramm begrüßte auch neue, jüngere Teilnehmer.

Dass die Kooperation ehemaliger und heutiger Bewohner Ostpreußens kein Traum geblieben ist, beweisen das rege Interesse am Forum sowie die steigende Zahl gemeinsamer Unternehmen.

LO-Sprecher Stephan Grigat brachte in seinem Grußwort seine Freude über die deutsch-russische Zusammenarbeit zum Ausdruck und betonte, dass die Zukunft den Foren gehört.

Nachdem Lorenz Grimoni, der die Vorbereitung vor Ort maßgeblich getroffen hatte, etwas über den Veranstaltungsort Duisburg, in dem das von ihm geleitete „Museum Stadt Königsberg“ beheimatet ist – das größte Königsberg-Museum Deutschlands – erzählt hatte, kamen die beiden Direktoren der ostpreußischen Einrichtungen in Lüneburg und Ellingen zu Wort. Wolfgang Freyberg, Moderator der Veranstaltung und Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Ellingen, selbst Organisator grenzüberschreitender Ausstellungsprojekte, schilderte die Schwierigkeiten bei den Grenzformalitäten, sprach aber auch von großen Möglichkeiten. In diesem Jahr eröffnete Freyberg eine Ausstellung im Dohnaturm, für 2014 sind 20 Tafeln über die Geschichte der Stadt Labiau in Vorbereitung, die zunächst im Ausstellungsraum des Gebietsarchivs gezeigt werden sollen, bevor sie später der Stadt Labiau zur Dauerausstellung übergeben werden. Das ist erst der Auftakt zu weiteren gemeinsamen Projekten, die Freyberg mit der Direktorin des Gebietsarchivs, Alla Fjodorwa, abgesprochen hat.









Rege Teilnahme am Deutsch-Russischen Forum: Lorenz Grimoni begrüßt die Teilnehmer (o.), LO-Sprecher Stephan Grigat, Brigitte Stramm, Bundesvorstandsmitglied und Kreisvertreterin von Labiau, sowie Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, gestalteten eine rundum gelungene Veranstaltung (v.l.n.r.) Bilder (alle): MRK

Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, stellte die Erweiterungspläne seines Museums vor. Weil die Ausstellung zum 75. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ eine zweisprachige sein soll, die in Königsberg auch im Deutsch-Russischen Haus gezeigt werden soll, um dann im Gebiet zu verbleiben, warb er um aktive Mithilfe russischer Partner.

Die Deutschlehrerin Vera Waschtschelina und Christian von der Groeben können auf Erfolge ihrer gemeinsamen Aktivitäten zurückblicken: Waschtschelina erhielt für ihre Idee, russischen Kindern in spielerischer Form Deutsch beizubringen, aus der Bundesrepublik Untersützung in Form von Videos und Tonbandaufnahmen. Sie organisiert Ausflüge nach Balga, säubert gemeinsam mit ihren Schülern Gebäude und Kriegsgräber. Außerdem betreut sie 70 behinderte Kinder rund um die Uhr. Von der Groeben freut sich darauf, dass im Sommer 2014 im Museum Friedländer Tor eine Ausstellung über seine Familie eröffnet wird.

Wo Licht ist, fällt auch Schatten. Einen herben Rückschlag musste Dmitri Suchin, Initiator des Projekts „InsterJAHR“ hinnehmen, als bei guter Ausgangslage die Bewegung auseinanderbrach, weil Einzelpersonen getrennt marschierten. Inzwischen werden die Kasernen in Insterburg abgetragen, die von seinen Studenten gezeichneten Pläne alter Gebäude verschwanden, der Bismarckturm müsste dringend restauriert werden, aber niemand regt sich, weder die Provinzregierung noch der Gouverneur zeigen Interesse. Aber er wäre nicht der Architekt Suchin, wenn er sich dadurch entmutigen ließe. Suchin ist Realist, er arbeitet an solchen Plänen weiter, deren Realisierung möglich ist. Vordringlich geht es um die Rettung der Scharoun'schen Häuser, der „bunten Reihe“ in Insterburg. Eines der Häuser soll eine Lehrbaustelle werden, auf der Menschen des Gebiets Handwerksberufe erlernen können. Das Fehlen von Handwerksbetrieben in der Oblast erschwert die Rettung von Baudenkmälern. Weil es keine Ziegelei im Gebiet gibt, können auch keine ostpreußischen Dächer nachgebaut werden. Dennoch hofft Suchin, dass er zum 125. Jubiläum Scharouns im Jahre 2018 Ergebnisse vorlegen kann. Hoffnung gibt es indes für die Schwedlersche Kuppel: Der Insterburger Rundlokschuppen hat einen neuen Besitzer gefunden.

Großes Interesse fand der Vortrag von Markus Podehl bei den russischen Teilnehmern, vor allem die Präsentation von Fotos und Plänen aus der Nachkriegszeit. Offensichtlich waren diese unbekannt. Wegen der Kürze der Zeit blieben viele Fragen offen, aber das Interesse an Podehls Buch zeigt, dass die Intention des Autors, mit seiner Arbeit den deutsch-russischen Dialog zu fördern, aufgegangen ist.

Im Anschluss an den Geschichtsvortrag von Walter Rix über die Konvention von Tauroggen 1812 berichtete Angelika Spiljowa von der Einweihung des Denkmals Tauroggen, an dem zahlreiche Ehrengäste aus der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Litauen und der Russischen Föderation teilnahmen. Dank der guten Zusammenarbeit von Spiljowa und Hans Dzieran, dem Kreisvertreter der Stadt Tilsit, hat sich bereits vieles zum Positiven entwickelt. Vor vier Jahren wurde das alte Stadtwappen wieder eingeführt, Armin Müller-Stahl wurde Ehrenbürger der Stadt, und auch für die Zukunft ist vieles in Planung. So soll eine touristische Route an die Orte des Tilsiter Friedens erarbeitet werden.

In Pillau engagiert sich nach wie vor Ewa Schalaginowa für den Erhalt des ostpreußischen Kulturerbes. Geleitet von der Erkenntnis, dass deutsche Geschichte auch die der heutigen Bewohner Ostpreußens ist, plant sie Schülerprojeke auch zum sensiblen Thema Vertreibung der Deutschen. Mutig tritt sie der Zerstörung deutscher Kriegsgräber entgegen. Oft haben heutige Behörden keine Kenntnis von der Lage der Friedhöfe. Hier und auch bei weiteren Themen könnten Deutsche und Russen noch enger zusammenarbeiten. Schalaginowa ist überzeugt, dass auch russische Beamte ein Interesse an der Zusammenarbeit haben und von russischer Seite Fördermittel gewährt werden könnten.

Swetlana Postnikowa, Bibliothekarin der wissenschaftlichen Bibliothek im ehemaligen preußischen Archiv in Königsberg informierte darüber, dass heute viele Bücher zur Verfügung stehen, die bis zur Perestojka noch unter Verschluss waren, da sie als „faschistische“ Literatur galten.

Russen wird häufig nachgesagt, sie seien phlegmatisch und entwickelten kaum Eigeninitivative. Dieses Vorurteil entkräftigten gleich mehrere positive Beispiele. Sei es die Einrichtung des Schulmuseums Waldwinkel der aktiven Gründerin Natalytsch, in dem russische Schüler bei Ausflügen richtigen Unterricht absolvieren, oder die Privatinitiative des Reiseleiters und Dolmetschers Jewgenij Snegowskij, der in Palmnicken ein deutsches Haus von 1936 bewohnt, in dem er Gäste bewirtet und zu Abenteuern in der Natur begleitet: Sie beweisen, dass sich etwas zum Positiven bewegt.

Zur Tourismusförderung wollen zwei neue Teilnehmer beitragen, indem sie ein „Projekt E.T.A. Hoffmann“ ins Leben riefen. Neben einer Neuausgabe der Hoffmann-Märchen wollen sie den Dichter zur Visitenkarte der Region machen.

Mit dem Fazit „Ich nenne das Faszination Ostpreußen“ schloss Brigitte Stramm das diesjährige Forum. Die vielfältigen Projekte auf allen Gebieten zeigen, dass die Zusammenarbeit auf einem guten Weg ist. *M. Rosenthal-Kappi*



Markus Podehl – Der Architekt mit ostpreußischen Wurzeln stellte sein Buch „Architektura Kaliningrada“ vor, in dem er über den Formungsprozess eines ursprünglich deutschen Stadtkörpers in einen kommunistisch geprägten Raum am Beispiel Königsbergs schreibt. Seine Erkenntnisse basieren auf der Erforschung historischer Architekturpläne in einem Zeitraum von 1255 bis ins Jahr 2005.



Walter Rix – Ausführlich referierte der versierte Wissenschaftler über die „Konvention von Tauroggen 1812“, mit der die Feindschaft zwischen Preußen und Russland aufgrund einer eigenmächtigen Entscheidung des preußischen Generals Yorck beendet wurde. Seit Tauroggen zeichnete sich ein positiver Prozess in den deutsch-russischen Beziehungen ab.



Joachim Mähnert – Der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseum (OL) in Lüneburg berichtete über die geplante Erweiterung des Museums. Um Menschen neugierig zu machen auf den Osten, benötige das OL die Hilfe russischer Partner. Konkret ist eine zweisprachige Ausstellung zum 75. Jahrestag der Reichskristallnacht in Planung.



Christian von der Groeben – Der Kreisvertreter von Bartenstein, Nachkomme einer ostpreußischen Adelsfamilie, berichtete über einen grandiosen Erfolg: Seine russische Partnerin half, das wiedergefundene Epitaph Otto von der Groebens (17. Jahrhundert) aus der zerstörten Kirche von Schönbruch zu bergen. Es wird beim Deutsch-Russischen Haus in Königsberg aufgestellt



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

unsere *PAZ* wird in aller Welt gelesen, das beweisen die Posteingänge, von denen einige auch für unsere Ostpreußische Familie wichtig sind. Da ist zum Beispiel eine E-Mail aus Königsberg, die uns Frau **Victoria Restschikowa**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am „Bernsteinmuseum Koenigsberg“, gesandt hat, für die wir keine Unbekannte sind, denn sie schreibt, dass sie schon viel von uns gehört habe. Sie wendet sich nun an uns, weil sie im Internet einen für sie sehr interessanten Beitrag gelesen hat, der vor längerer Zeit in der *PAZ* erschienen war. Es handelt sich um einen von mir verfassten Artikel über die Staatliche Bernsteinmanufaktur in Königsberg und um ihren letzten Direktor, **Gerhard Rasch**, den ich gut gekannt hatte. Wie die russische Wissenschaftlerin schreibt, will das heutige Museum das historische Gebäude der staatlichen Bernsteinmanufaktur übernehmen mit dem Ziel seiner Rekonstruktion. Zu diesem Zweck wird alles Material gesammelt, das mit der Geschichte dieses einstmals weltbekannten Unternehmens verbunden ist, vor allem Fotos von der Produktion und dem Verkauf in Königsberg und nach dem Krieg in Hamburg. Sie würden in der Museumsexposition und in der wissenschaftlichen Arbeit als Kopien verwendet. „Wir wären Ihnen für jeden Tipp sehr dankbar“, schreibt Frau Restschikowa. Natürlich kann ich ihr mein Archivmaterial und auch einige persönliche Erinnerungen an den letzten Direktor, der ob seiner unkomplizierten, verbindlichen Art „Papa Rasch“ genannt wurde, zukommen lassen, reiche aber zugleich die Bitte der russischen Wissenschaftlerin weiter an unseren Leserkreis, in dem sich vielleicht auch noch für die Dokumentation geeignetes Material befindet. Es kann in Ruhe gesichtet werden, denn wir werden uns zunächst einmal mit Frau Victoria Restschikowa in Verbindung setzen, um Näheres zu erfahren.

Ein Brief aus Australien, der von einer großen Überraschung berichtet und uns auch eine solche bereitet. Sie wurde ausgelöst durch unseren „Fund“, über den wir in Folge 35 berichteten, nämlich um das Evangelische Gesangbuch, das wahrscheinlich einer im Jahr 1924 geborenen Ostpreußin zur Konfirmation geschenkt wurde. Zwar hat sich weder Frau **Grete Szelies**, deren Name auf der Rückseite des kostbar gebundenen Gesangbuches in Goldbuchstaben eingeprägt ist, noch jemand aus ihrer Familie gemeldet, aber ein Verwandter des Verlagsbuchhändlers **Ludwig Sakuth** aus Szillen, der das Buch verlegt und herausgegeben hat. Herr **Rüdiger** Sakuth aus Tamborine ist ein Großneffe des genannten Verlegers, der ein Bruder seines Großvaters war. Er setzte sich gleich mit der Tochter einer verstorbenen Kusine in Verbindung, die sich gut in der weitläufigen Verwandtschaft auskennt. Frau **Anne Daniels** war natürlich auch überrascht und wird sich bei uns noch melden. Wir freuen uns über das Foto, das Herr Sakuth uns übersandte: Es zeigt das „Geschäftshaus Sakuth“ mit der „Christlichen Verlagsbuchhandlung“, ein wohl für den kleinen Ort markantes Gebäude, an das sich alte Schillener sicher erinnern werden. Vielen Dank für Brief und Bild, lieber Landsmann, ebenso für Ihre netten Worte der Anerkennung für unsere Arbeit, die immer wieder die Vergangenheit lebendig werden lässt.



Das Geschäfts- und Verlagshaus Sakuth in Szillen — Bild: privat

Da genügt manchmal nur ein kleines Foto, und schon spult die Zeitmaschine rückwärts. So auch für unsere treue Leserin in den USA, Frau **Irmgard Christina Gilliland**, die in Folge 24 das Foto von Schwester und Bruder entdeckte, das sie wieder in ihre Kinderzeit in Cranz versetzte. „Das erinnert mich sehr an **Ursula – Ulla –** und ihren Bruder. Wir gingen gemeinsam zur Schule, sie wohnten am Wasserturm. Während ich mit Ulla und ihren Puppen in unserem Garten Tee aus kleinen, zierlichen Tassen trank, wurden wir fast immer von ihrem Bruder **Gerhard** und dessen Freunden genervt, sie unterbrachen uns ständig!“ Eine kleine Begebenheit nur, aber sie bringt ein Stück Kindheit zurück, an die Frau Gilliland liebevolle Erinnerungen hat.

Aber es gab ja für viele unserer Leserinnen und Leser auch dunkle Stunden in ihrer Kinder- und Jugendzeit, als sie aus der Geborgenheit, die ihnen Elternhaus und Heimat gaben, so jäh herausgerissen wurden. Es gibt Vertriebene, die vermögen auch heute nicht darüber zu sprechen – andere wiederum sind erleichtert, wenn sie sich endlich mitteilen können. Wenn dann ihre Erinnerungen an die Flucht zu einer Dokumentation beitragen, die in Buchform erscheinen wird, fühlen sie sich als Zeitzeugen bestätigt. Und auch unsere Wochenkolumne bekommt einen anderen Stellenwert, wenn ihre Aufgabe als Mittlerin in einer Anthologie anerkannt wird. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, als ich einen Brief von Herrn Timmreck aus Bad Salzuflen erhielt, in dem er mich über den gegenwärtigen Stand seines neuen Buchprojektes informiert. **Heinz Timmreck** ist Autor des Buches „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“, über das wir in mehreren Folgen berichtet haben. Das 2011 erschienene Buch fand eine interessierte Leserschaft, so dass sich Heinz Timmreck auf Anregung des Schriftstellers **Heinz Schön** entschloss, einen Ergänzungsband folgen zu lassen. Deshalb wandte sich Herr Timmreck im Dezember vorigen Jahres an mich und bat um Publizierung seines Vorhabens und damit um weitere Berichte aus unserem Leserkreis. Die erfolgten dann auch so reichlich, dass der Autor diesen Beiträgen in seinem geplanten Ergänzungsband, der den Arbeitstitel „Flucht mit der Bahn 1944/45“ trägt, ein ganzes Kapitel widmen will, wie ich aus dem vorläufigen Inhaltsverzeichnis entnehmen kann. Die Beiträge sollen so betitelt werden: Ergänzende Berichte zu den „Letzten Flüchtlingszügen aus Ostpreußen“, Auszüge aus „Ostpreußische Familie“ von Ruth Geede. Das Kapitel wird mit einem Auszug aus der Novelle „Der Brief meiner Mutter“ von Dr. **Detlef Arntzen** beginnen, in die der Sohn ein Schreiben der geflüchteten Königsbergerin einbindet, das diese nach der Flucht im Februar 1945 an ihre Schwester gerichtet hat. In diesem Bericht schildert sie ihre missglückte Flucht mit der Bahn, die dann über See erfolgte, aber leider durch das Zurückbleiben ihrer Fluchtgefährtin in Pillau mit schweren Selbstvorwürfen belastet wurde. Detlefs Mutter hat von ihrer Freundin nie wieder etwas gehört.

Es ist also eine sehr bewegende Geschichte, mit der unser Familien-Kapitel beginnt, weil sie nicht nur die Situation in einem zur Umkehr gezwungenen Flüchtlingszug schildert, sondern auch ein nie gelöstes Suchproblem behandelt. Hier schließt sich nahtlos ein Bericht von **Ingo Noeske** an, der als Achtjähriger mit Mutter und zwei Geschwistern von seinem Heimatort Trinkheim, Kreis Preußisch Eylau auf die Flucht ging. Er konnte ebenfalls Ostpreußen mit dem Zug nicht mehr verlassen und erst mit Hilfe seines Vaters von Pillau aus mit einem Schiff entkommen. Wann und wie die letzten Züge über die Weichsel kamen und das in jenen Tag noch rettende Westufer erreichten, schildern mehrere Leserinnen und Leser. Am ausführlichsten **Eva Siemokat** geborene **Kulick** aus Bischofsburg, die ihren Erinnerungen nach mit dem letzten Zug, der von Königsberg nach Berlin fahren sollte, herauskam und sie bis Landsberg an der Warthe brachte. Ebenfalls in Bischofsburg begann die Fluchtgeschichte von **Helga Lendzian**, die dort ihren Verlobten besuchte, als gerade dessen Lazarett aufgelöst wurde. Er veranlasste, dass seine Braut einen schwer erkrankten Hauptmann begleiten durfte, der nach Westdeutschland ausreisen sollte. Sie bekamen tatsächlich in Königsberg Platz in einem hier eingesetzten, fast leeren Zug, der sich aber während der Fahrt mit flüchtenden Menschen so füllte, dass selbst in den Toiletten die Menschen Kopf an Kopf standen und er dann an keinem Bahnhof mehr hielt. Es könnte sein, dass dieses tatsächlich der letzte Zug war, der noch über die Weichsel kam. Das glauben auch weitere Zeitzeugen von ihrem Fluchtzug wie **Anny Grothe** geborene **Meiritz** aus Königsberg-Kalgen, und Prof. D. Ing. **Gerd F. Kamiske**, der als 13-jähriger Junge mit seinen Angehörigen noch Dirschau erreichen konnte. Wie der damals elfjährige **Hans Stanke**, der sich auch heute noch an die einzelnen Stationen seiner Flucht erinnern kann, so an den kurzen Aufenthalt in Elbing, wo der Russe bereits die Stadt erreicht hatte. Ein heute kaum vorstellbare Wirrnis jener Januartage 1945 zeigt der Bericht von **Helmut Herrmann** auf: Vater und Sohn kamen aus Allenstein, nachdem sie sich kurz vorher getrennt hatten, in entgegen gesetzter Richtung aus dem Kampfgebiet heraus. Der nach einer Blinddarmoperation im Marienkrankenhaus liegende Junge landete nach langer Irrfahrt in Königsberg, das er erst im April über See verlassen konnte, während der Vater, der sich auf dem Heimweg vom Marienkrankenhaus ein Bein gebrochen hatte, noch mit einem der letzten Lazarettzüge in den Westen gelangte. Als sich Vater und Sohn dann in Schleswig wieder fanden, glaubten sie an ein Wunder. Und das war es ja wohl auch.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Ja, das sind Erlebnisberichte, die über unsere Ostpreußische Familie zu Herrn Timmreck gelangten und unter diesem Namen als Sonderkapitel in seinem neuen Buch erscheinen werden. Aber auch die weitaus meisten Einzelbeiträge wurden von Landsleuten gemacht, die sich zum größten Teil aufgrund unserer Veröffentlichungen an Herrn Timmreck gewandt haben. Die Ostpreußische Familie wurde in vielen Fällen zum Verbindungsglied. Wie eng die Vernetzung ist, konnte ich dem vorläufigen Inhaltsverzeichnis entnehmen, das Namen von Autoren enthält, die Sonderthemen bearbeiten. Sie sind für unsere Ostpreußische Familie schon eine Art „Stammkapitel“, denn sie tragen mit ihren Kenntnissen oft zur Klärung schwieriger Fragen bei. So wird Herr **Dirk Oelmann** im Rahmen des Sonderthemas „Zugunglück bei Grünhagen“, mit dem wir uns auch stark beschäftigt haben, den „Analyseversuch eines Eisenbahners“ beisteuern. Mit ihm steht Herr **Rainer Claaßen** in Verbindung, dem wir den interessanten Beitrag „Auf den Spuren der Haffuferbahn“ zu verdanken haben, und der mich über die Informationen, die er Herrn Oelmann zukommen ließ, ausführlich unterrichtete. Auch die unseren Lesern vertraute Autorin **Marianne Peyinghaus** wird mit ihrem Beitrag „Flucht aus dem stillen Gertlauken“ in dem Nachfolgeband vertreten sein, dessen Herausgabe sich leider etwas verzögert. Wir wünschen Herrn Heinz Timmreck viel Kraft zur Realisierung dieses Projektes, an dem unsere Ostpreußische Familie so stark beteiligt ist, und geben gerne seinen Wunsch weiter: Herr Timmreck benötigt noch Aufnahmen von den Bahnhöfen Allenstein und Königsberg, als die letzten Flüchtlingszüge diese Bahnhöfe verließen. (Heinz Timmreck, Schwalbenweg 7 in 32107 Bad Salzuflen, Telefon 05222/7403, E-Mail: mail@heinz-timmreck.de)

Von dem Naturschriftsteller **Henry Makowski**, der in Folge 25 nach dem Schicksal der verlassenen oder auf die Flucht mitgenommenen Hunde fragte, soll ich ein ganz großes Dankeschön übermitteln. Er war über das Ausmaß der Aktion, das sich aus einer Vielzahl von Zuschriften und Telefonaten ergab, sehr überrascht und erfreut. Henry Makowski ist jetzt dabei, die Berichte wissenschaftlich aufzuarbeiten, was noch einige Zeit dauern wird. Das Ergebnis, über das er alle Teilnehmer unterrichten will, wird sich auch in unserer Kolumne widerspiegeln. Angeregt durch diese positive Resonanz bringe ich heute eine Geschichte, die zu dem Thema passt.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Lorchen nahm die halbe Hundehütte mit

Erinnerungen an einen treuen Hund in wirrer Zeit

Aufgrund des Aufrufes von Henry Makowski haben wir mehrere Beiträge zugesandt bekommen, darunter auch von Anita Motzkus. Sie überließ uns einige von ihr archivierte Aufzeichnungen von Bewohnern ihres Heimatkirchspiels Mulden, Kreis Gerdauen. Darunter befand sich auch die nachfolgende Geschichte von Fritz Waselowski, die der inzwischen Verstorbene im Jahr 1997 niederschrieb. Es ist die Geschichte eines Wiedersehens nach missglückter Flucht – ein Wiedersehen mit dem treuesten Freund des Menschen, dem Hund. Fritz Waselowski hat sie als 14-jähriger Junge erlebt, als er in seinen Heimatort Bokellen zurückkehren wollte.

„Nach etwa 400 Kilometern Fußmarsch, Hunger und viel Elend erreichten wir am 21. Juni 1945 auf der Rückkehr unseren Nachbarort Astrau. Hier erfuhren wir, dass wir nicht nach Bokellen durften, denn dort hatten sich Russen und Polen eingenistet. Es war verboten, nach Bokellen zu gehen, doch was scheren Verbote einen 14-Jährigen? Ich sagte zu meiner Mutter: ‚Sobald sich die Gelegenheit bietet, gehe ich dorthin.‘ Ich wollte nachschauen, ob noch etwas von unserem Hausrat zu finden war. Meine Mutter versuchte, mir das auszureden. Sie wusste aber, wenn ich mir etwas vornehme, dann führe ich es auch durch. Aber sie bat mich, vorsichtig zu sein und mich nicht von den Russen erwischen zu lassen. Den nächsten Tag hatten wir frei, um uns einzurichten. Bloß was gab es da viel zu tun? Möbel hatten wir keine, und die Betten bestanden aus einem Bündel Stroh. So machte ich mich am nächsten Morgen gegen 8 Uhr auf den Weg, es waren ja nur zwei Kilometer. Herrlicher Sonnenschein lag über unserem Dorf, und es sah fast alles aus wie früher. Ein paar Häuser waren Ruinen, aber unser Haus stand noch, und ein Giebelfenster war offen. Da keine Gardinen hingen, konnte ich in das Zimmer schauen. Die jetzige Besitzerin meinte aber, ich wollte stehlen. Ich erklärte ihr, dass ich hier gewohnt habe, und da wurde sie freundlich und zeigte mir alle Räume. Unsere Möbel waren noch vorhanden und irgendwie gab es mir einen Stich, dass sie nun von Polen benutzt wurden. Die Frau bot mir ein Glas Saft an – aus Mutters Vorrat, da lehnte ich dankend ab. Dann ging ich weiter durch Bokellen. Als ich am Nachbarhaus vorbeikam, hörte ich das Gebell eines Hundes, das jedoch in Jaulen überging. Ich schaute mir mein Heimatdorf an und dachte an die Zeit vor der Flucht zurück. Auf dem Rückweg schlug der Hund wieder an, und da wurde ich neugierig. Ich blickte durch die Hecke. Vor der Hundehütte saß ein Hund, der wie unser Lorchen aussah. Wir hatten Lorchen auf die Flucht mitgenommen, aber nach zwei Tagen hatte sich die Hündin vom Wagen losgerissen und war verschwunden. Der Hund schaute auch zur Hecke und wedelte mit dem Schwanz. Als ich ‚Lorchen‘ rief, riss er wild an der Kette. Ich schlug mich durch die Hecke, und als ich mich ihm näherte, sprang er an mir hoch und gebärdete sich wie toll. Es war Lorchen!

Durch den Lärm aufmerksam geworden, kam ein Pole aus dem Haus. Er schimpfte und sagte, dass ich abhauen sollte, sonst würde er den Hund auf mich hetzen. Als ich lachte, sagte er etwas auf Polnisch, aber der Hund zeigte ihm seine ‚Beißerchen‘ und nicht mir. Ich erklärte ihm, dass der Hund mir gehört habe. Er sagte aber, dass ich ihn nicht bekomme! Ich dachte, dass es wohl auch das Beste für Lorchen sei, denn wir hatten ja selber kaum etwas zu essen, wie sollten wir da noch einen Hund durchfüttern! Traurig ging ich weiter. Kaum war ich an der Hausecke, da hörte ich ein lautes Scheppern, und Lorchen kam mit der halben Hundehütte hinter mir her. Da sagte der Pole, ich solle den Hund mitnehmen. Allein war ich nach Bokellen gegangen, nun kamen wir zu zweit zurück. Kurz vor Astrau wurde Lorchen unruhig. Als ich sie von der Leine ließ, schoss sie wie wild davon, als ob sie wüsste, wo meine Mutter und meine Schwester wohnten. So war es dann auch, die Freude über das unerwartete Auffinden von Lorchen war groß, denn sie war ja ein Stück Familie und gehörte nun wieder zu uns.“

Leider dauerte die Freude nicht sehr lange, denn Frau Waselowski verstarb bald darauf. Als der Junge dann auch noch erkrankte, wurde Lorchen von Russen gestohlen. Wie ihr weiteres Schicksal war, hat Fritz Waselowski nie erfahren. Es blieb aber immer die Erinnerung an einen treuen Hund, dem er mit dieser kleinen Geschichte einen späten Dank abstatten wollte. *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Hoyer, Erich, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Oktober
Seydlitz, Frieda, geb. **Bartlik**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 22. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Tharra, Margarete, geb. **Nieß**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartschat, Fritz, aus Skattegirren, Kreis Tilsit, und aus Kreuzingen, und aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 19. Oktober
Heinig, Meta, geb. **Batschkus**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Heise, Herta, geb. **Kliese**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 23. Oktober
Preusker, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Wiedenhöft, Frieda, geb. **Krauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fiedler, Walther, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 19. Oktober
Hofmann, Herta, geb. **Tarschinsky**, aus Parschwitz, Kreis Samland, am 23. Oktober
Kaiser, Hans-Joachim, aus Schlesien, am 19. Oktober
Nagaitschik, Rudolf, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Nowinski, Martha, geb. **Buck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Saffran, Johannes, aus Mohrungen/Abbau, am 23. Oktober
Schwarzin, Hildegard, aus Lyck, am 20. Oktober
Schweiger, Lori, aus Pobethen, Kreis Samland, am 25. Oktober
Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Wrobel, Helmut, aus Wehlau, Pinnauer Straße 4, am 20. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arnhold-Gitt, Hildegard, geb. **Gitt**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Baumgart, Erwin, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Bonitz, Gertrud, geb. **Juschka**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Dahlke, Magdalene, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober
Holweck, Irmgard, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kaleck, Käthe, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober
Kozakiewicz, Erika, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Leipacher, Kurt, aus Gruten Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Macht, Veronika, aus Ortelsburg, am 25. Oktober
Voelz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober
Zanter, Christel, geb. **Zielasek**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ernst, Lieselotte, geb. **Behrendt**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Fritz, Lieselotte, geb. **Schwabe**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Gollub, Waltraut, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Grube, Christel, geb. **Meier**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Kosack, Meta, geb. **Windeit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Kühne, Hedwig, geb. **Stannehl**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Pasch, Willi, aus Neidenburg, am 24. Oktober
Pawelzik, Hildegard, geb. **Brzoska**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Rosenau, Edith, geb. **Rautenberg**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Schulz, Ruth, geb. **Lamprecht**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eberhardt, Gertrud, geb. **Gnosa**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Feierabend, Heinz, aus Ortelsburg, am 24. Oktober
Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Karlein, Marta, geb. **Brose**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Nolte, Friedrich, aus Treuburg, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barth, Helene, geb. **Dombrowski**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Gerull, Werner, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Lindenstraße 12, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Mattern, Erika, geb. **Vohs**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Mey, Bernhard, aus Lochstädt, Kreis Samland, am 19. Oktober
Miklas, Willy, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Sarnoch, Alfred, aus Giesen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Schmalfeldt, Helene, geb. **Schulz**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober
Weißfuß, Ilse, geb. **Deutschmann**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Welsch, Bruno, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Zwirlein, Elfriede, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Arno, aus Wehlau, Oppener Straße 9, am 22. Oktober
Bajorat, Ulrich, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Böhm, Herbert, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober
Burdorf, Irmgard, geb. **Baranowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Oktober
Buttkus, Horst, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Czwikla, Gerhard, aus Lyck, Soldauer Weg 18, am 21. Oktober
Frohnert, Christel, geb. **Brosch**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Groß, Hedwig, geb. **Malk**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 21. Oktober
Hanke, Elfriede, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, am 20. Oktober
Irmer, Margarete, geb. **Auga**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 23. Oktober
Kaminski, Anneliese, geb. **Rauschek**, aus Balzhöfen, Kreis Lötzen, am 22. Oktober
Korzen, Ernst, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Liedtke, Margarete, geb. **Daniel**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Miklautsch, Hedwig, geb. **Brozio**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Mülling, Edith, geb. **Karp**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Oktober
Neumann, Bruno, aus Wilkendorf, Wilkendorf Abbau, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Putzler, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Altstraße 2, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Schulz, Gerhard Heinz, aus Tapiau, Wasserstraße 8, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Schwade, Gerda, geb. **Engelke**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Sczeppek, Anneliese, geb. **Grohnert**, aus Rudau, Kreis Samland, am 21. Oktober
Tschacher, Herta, geb. **Piekatz**, aus Schobensee, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Wesolowski, Herta, geb. **Tiburski**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober
Wrobel, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahlden, Ruth, geb. **Bussler**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Bartschat, Horst, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Böhnke, Hiljan, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Braun, Lieselotte, geb. **Schwarzat**, aus Ulmeneau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Eckert, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Ertl, Waltraut, geb. **Kinas**, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Freis, Inge, geb. **Steinke**, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 20. Oktober
Fritzenkötter, Margot, geb. **Böhm**, aus Obrotten, Kreis Samland, am 19. Oktober
Hebemüller, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Oktober
Leibenath, Horst, aus Ebenrode, am 25. Oktober
Patz, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Rahn, Kurt, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. Oktober
Rosema, Hannelore, geb. **Wittesch**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Scholten, Helene, geb. **Gerlach**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Schwarz, Ursula, geb. **Singer**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Stabbert, Erwin, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Thamm, Ursula, geb. **Turkowski**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Thieme, Edeltraut, geb. **Mlodoch**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Tillwikat, Helmut, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Winckler, Margarete, geb. **Wittrin**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Woweries, Christel, geb. **Lobbe**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 21. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bleu, Inge, geb. **Blöck**, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Böckler, Doris, geb. **Schwirrat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Bogena, Lotte Erna, geb. **Schött**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Bork, Hans-Martin, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 22. Oktober
Göbel, Christine, geb. **Küffel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 24. Oktober
Henze, Sabine, geb. **Schlaugieß**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Horn, Charlotte, geb. **Barwich**, aus Tapiau, Königsberger Straße 8, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Kohnert, Dietrich, aus Schwengels, OT. Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober
Laser, Manfred Dieter, aus Kruglanken, Kreis Angerburg, am 23. Oktober
Nause, Sigrid, geb. **Dregenus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Oktober
Salitter, Mike, aus Treuburg, am 25. Oktober
Schlisio, Wilma, geb. **Koch**, aus Goldbach, Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Stobbe, Ulrich, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Oktober
Tamkus, Werner, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 19. Oktober

TERMINE DER LO

Jahr 2013

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltung: Mittwoch, 30. Oktober, 19 Uhr: **„Berggorillas und Vulkane“.** Vortrag von Armin Püttger-Conradt, Eine Veranstaltung des Naturwissenschaftlichen Vereins Lüneburg. Eintritt frei.

Eines der schönsten Länder Afrikas ist Ruanda im Herzen des Kontinents. Land der tausend Hügel wird es genannt und mit fruchtbaren Berglandschaften, Seen sowie romantischen Dörfern wirkt es ein wenig wie eine afrikanische Schweiz. An den Hängen einer märchenhaft anmutenden Vulkanlandschaft im Grenzgebiet zum Kongo lebt auch eines der faszinierendsten Tiere der Erde, der Berggorilla. Kein Tier erinnert so stark an uns selbst wie die großen Menschenaffen. Das Zusammentreffen mit ihnen ist ein unvergesslich beeindruckendes Ereignis. Mehrfach wurde der Referent, der lange Zeit als Biologe in Afrika tätig war, von den Behörden zum Besuch der Gorillareservate im Kongo und in Ruanda eingeladen. Er erklomm einige Vulkane, erlebte die nahen Urwälder und besuchte den Nationalpark Akagera ebenso wie die in dessen Nähe lebende Bevölkerung. Landhunger und Bürgerkriege gefährden die wunderbare Welt des ursprünglichen Afrika,die sich gerade in dieser Region in all ihrer Magie und Wildheit erhalten konnte.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-10, E-Mail: presse@ol-lg.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 19. Oktober, 14. Uhr, ARD: Machtlos vor Somalia? Mit der Bundeswehr auf Piratenpatrouille.
SONNABEND, 19. Oktober, 14.15 Uhr, Phoenix: Napoleon und die Deutschen.
SONNABEND, 19. Oktober, 18.35 Uhr, ZDF: Wenn das Internet zur Falle wird. Reportage.
SONNABEND, 19. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Friedrich der Große – Alles oder Nichts. Doku.
SONNABEND, 19. Oktober, 21.15 Uhr, 3sat: Büchner-Protokoll. Das kurze Leben und Wirken Georg Büchners.
SONNABEND, 19. Oktober, 22 Uhr, 3sat: Woyzeck. TV-Psychodrama.
SONNTAG, 20. Oktober, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 20. Oktober, 11.35 Uhr, HR: Eine Herbstreise durch Westpreußen.
SONNTAG, 20. Oktober, 16.40 Uhr, Arte: Thementag: 200 Jahre Giuseppe Verdi.
SONNTAG, 20. Oktober, 17.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Nachspiel. Ägyptens Frauen schlagen zurück. Selbstverteidigung zwischen Notwehr und Sport.
MONTAG, 21. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Trotz Verbot nicht tot. Rechtsextremismus in Österreich. Doku.
MONTAG, 21. Oktober, 21.05 Uhr, 3sat: Jörg Haider – Der Mann, der Österreich erregte. Aufstieg, Fall und Erbe.
MONTAG, 21. Oktober, 22.03 Uhr, N-TV: Die letzten Tage der Sowjetunion.
MONTAG, 21. Oktober, 22.45 Uhr, ARD: Der Traum vom perfekten Kind. Reportage.
DIENSTAG, 22. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Unser Krieg (2). Der Kampfeinsatz in Afghanistan wurde mit Kameras und Handys begleitet wie kein anderer Krieg.
DIENSTAG, 22. Oktober, 22 Uhr, Arte: Juden und Muslime. So nah. Und doch so fern. Reportage.
DIENSTAG, 22. Oktober, 22.45 Uhr, BR: Der Fall Chodorkowskij: Russische Verhältnisse. Doku, D 2011.
MITTWOCH, 23. Oktober, 13.25 Uhr, 3sat: Österreich in Farbe. Besatzungszeit und Wirtschaftswunderjahre. Doku, D 2003.
MITTWOCH, 23. Oktober, 22.20 Uhr, Arte: Die Akte Zarah Leander. Doku, D 2013.
DONNERSTAG, 24. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Natur unter Beschuss. Ökologische Folgen des Krieges. Doku, D 2013.
FREITAG, 25. Oktober, 19 Uhr, 3sat: Die Preislüge. Welche Preise manche Billigprodukte real haben müssten.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Bundestreffen 2013: Stefan Hein als Bundesvorsitzender wiedergewählt. Ehrung langjähriger Vorstandsmitglieder – Am vergangenen Wochenende hielt der Bund Junges Ostpreußen (BJO) in Sigmaringen sein Bundestreffen ab. Die aus ganz Deutschland angereisten Teilnehmer konnten sich vom reichen Erbe der Hohenzollern in deren Stammland überzeugen und an der Schönheit des Naturparks Obere Donau erfreuen. Im Rahmen des Treffens fand auch die Bundesversammlung mit Vorstandswahlen statt. Stefan Hein aus Gelsenkirchen



Teilnehmer des Bundestreffens des BJO in Sigmaringen Bild: privat

(31 Jahre, Sozialarbeiter) wurde dabei mit großer Mehrheit bereits zum dritten Mal zum Bundesvorsitzenden gewählt. Deutlich wurde bei den Vorstandswahlen die Verwurzelung des Bundes Junges Ostpreußen in der Jugend der deutschen Volksgruppe in Ost- und Westpreußen. Drei Mitglieder des neuen Vorstands wurden dort geboren. Der gebürtige Danziger Rafael Glabikowski wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Verabschiedet wurden aus dem Bundesvorstand Martin Rautenberg und der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende Rüdiger Danowski, der im Rahmen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen 2014 in Kassel das Ehrenzeichen des Bundes Junges Ostpreußen erhalten wird. Stefan Hein würdigte die Arbeit der beiden scheidenden Vorstandsmitglieder. Rüdiger Danowski habe sich mit der Durchführung mehrerer politischer Seminare und nicht zuletzt mit der Gestaltung der neuen Internetseite des Verbandes bleibende Verdienste erworben.



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 23. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schlossstraße 92: Der Vortrag der 134. Preußischen Tafelrunde in Pforzheim vom 9. Oktober wird in Stuttgart wiederholt. Dr. Helga Tödt aus Kleinmachnow bei Berlin referiert über **„Die Krupps des Ostens – Schichau und seine Erben – Eine Industriedynastie an der Ostsee“.** Der Maschinenbauer Ferdinand Schichau schrieb deutsche Wirtschaftsgeschichte. Aus seiner 1837 gegründeten kleinen Maschinenfabrik in Elbing/Westpreußen entstand ein im Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbau weltweit exportierendes Unternehmen. Schichaus Schwiegersohn Carl H. Ziese führte die Erfolgsgeschichte fort, die seiner Familie im Kaiserreich zu Aufstieg und Reichtum verhalf. Selbst die Kronprinzessin Cecilie ging im Hause ein und aus. In der Weimarer Republik vollzog sich der Niedergang des Familienunternehmens. Nach staatlicher Sanierung war die F. Schichau GmbH im Zweiten Weltkrieg wieder Rüstungsbetrieb. Die Danziger Schichau-Werft wurde Teil der Lenin-Werft, wo im Sommer 1980 die Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc stattfand. Nachfolgebetriebe der Schichau-Werke bestehen bis heute.

Esslingen – Sonntag, 20. Oktober, ab 14 Uhr: Anlässlich ihres 65-jährigen Bestehens lädt die Gruppe zum Festkonzert unter dem Motto „Musiklandschaft Ostpreußen“, dargeboten vom Malinconia-Ensemble Stuttgart, herzlich ein. Sie sollten diesen besonderen Termin unbedingt wahrnehmen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ludwigsburg – Dienstag, 22. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Herbstfest.

Stuttgart – Sonnabend, 26. Oktober, ab 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Kulturnachmittag, zweiter Teil des Vortrags von Herrn Dr. Klafki, Rastatt, „Westpreußen mit seiner 1919 abgetrennten Hauptstadt Danzig zwischen den beiden Weltkriegen als Problem der Friedensbewahrung“. Gäste sind willkommen.

Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Oktober, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Kitzingen – Freitag, 1. November, 15 Uhr, Neuer Friedhof: Totenehrung mit Kranzniederlegung am Uhr, Kreuz der Vertriebenen. Anschließend gemütliches Beisammensein in der Gaststätte Deutscher Kaiser mit Grützwurst-Essen. Anmeldung aus organisatorischen Gründen erforderlich. Telefon (09321) 4405.

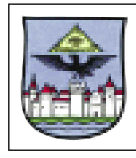
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Weiden – Erntedank bei den Ost- und Westpreußen – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald konnte zum Heimatnachmittag im Café Mitte viele Mitglieder und Gäste willkommen heißen. Zunächst gab er einen Rückblick auf den Festabend zum Tag der Heimat, im Mittelpunkt der Zusammenkunft stand jedoch diesmal das Erntedankfest. Der 1. Vorsitzende erinnerte an den Sinn des Erntedankfestes und ging vor allem auf die wichtige Rolle des Brotes ein, welches symbolhaft für die ganze Ernte stehe. Die Kassiererin Ingrid Uschald trug das Gedicht „Oktoberlied“ und die Erzählung „Ostpreußische Grützwurst“ vor. Anita und Norbert Uschald spielten mit Melodika und Flöte „Großer Gott wir loben dich“ und „Nun danket alle Gott“ sowie weltliche Danklieder. Die Kinder Andreas, Katharina und Barbara führten spontan einen kleinen Erntedanktanz auf. Die Gaben des kunstvoll mit Ähren, Blumen, Obst und Gemüse gestalteten Erntedanktisches durften anschließend von den Mitgliedern und Gästen mitgenommen werden. Mitglied Paul Wendt sprach dafür der Vorstandschaft im Namen aller Landsleute und Gäste seinen Dank aus. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ und den besten Wünschen verabschiedete man sich bis zum nächsten Treffen am 3. November um 14.30 Uhr im Café Mitte.

Berlin

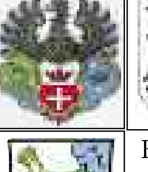
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

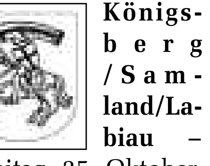
Landesverband – Sonnabend, 16. November, 10 Uhr, Rathaus Schöneberg: Kulturtagung der Landsmannschaften. Beginn mit einer ökumenischen Andacht. Feierliche Eröffnung im Anschluss an die Andacht im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg.

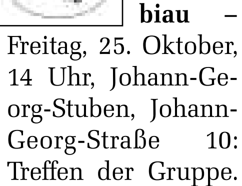




Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus: (03303) 403881.







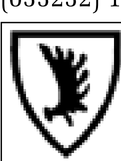
Königsberg/Samland/Labiau – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



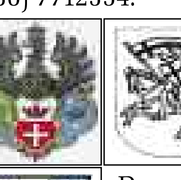
Lyck – Sonnabend, 2. November, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

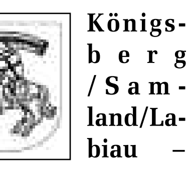


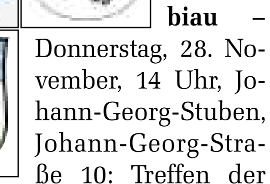
Rastenburg – Sonntag, 10. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



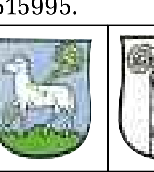
Frauengruppe – Mittwoch, 13. November, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Totenehrung und Landleben in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

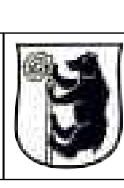




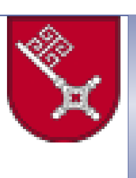


Königsberg/Samland/Labiau – Donnerstag, 28. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.





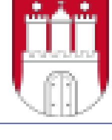
Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Bremerhavener Ostpreußen fahren nach Bremen – Am 20. Oktober liest der in Tilsit geborene Autor, Schauspieler und Rezitator Herbert Tennigkeit im Bacchuskeller des Bremer Rathauses aus seinen Büchern und den Werken ostpreußischer Dichter. Die Landsmannschaft Ost- / Westpreußen und Heimatkreis Elbing, Kreisgruppe Bremerhaven, fährt deshalb mit zahlreichen Mitgliedern und Freunden der ostpreußischen Sprache und Kultur nach Bremen in den Ratskeller, um Herbert Tennigkeit zu hören. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul kennt den Schriftsteller bereits von Lesungen hier in der Seestadt, bei denen Herbert Tennigkeit die Ostpreußen mit seinen Dialektkünsten zu begeistern wusste. Er befindet sich zurzeit auf einer Deutschland-Tournee und liest am 20. Oktober um 11 Uhr im Ratskeller zu Bremen.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 24. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Gruppenleitertreffen.

KREISGREUPPE





Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Treffen der Gruppe zum Schmandschinken-Essen mit einem sehr schönen, anspruchsvollen Unterhaltungsprogramm. Anmeldungen erforderlich unter Telefon (040) 7545878.

Hessen

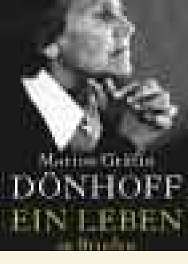
Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Bericht – Bei seiner Begrüßung im Kranichsteiner Bürgerhaus am See freute sich der Vorsitzende Gerhard Schröde über ein volles Haus. Selten seien so viele Besucher gekommen. „Blumenfee“ Waltraud Barth dankte er für ihren Blumenschmuck. Dieter Leitner (BdD) leitete seine Begrüßung mit dem Gedicht „Min Tohuske“ ein. Gerhard Turowski sprach von den Masuren, die ein frommes Völkchen gewesen seien. Goethes Wort „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ habe heute seine Bedeutung verloren. Die Kirche habe sich von der Wahrheit entfernt. Taten und Sprüche passten nicht mehr zusammen. Schröder berichtete, dass die Deutschen in den ehemaligen Ostgebieten bei der Bundestagswahl mitwählen durften. Eine neue Brücke über die Weichsel bei Marienwerder ist im Juli dieses Jahres eingeweiht worden. Er erzählte von seiner Reise mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk nach Königsberg. Die Überquerung der Grenze vom polnischen in den russischen Teil Ostpreußens dauerte drei Stunden, weil die Grenzabfertigung sehr schleppend war. Die Verkehrsverhältnisse im Königsberger Gebiet sind katastrophal und man brauchte die doppelte Zeit wie geplant. Zwar wird weiter viel gebaut, aber der Straßenausbau hinkt hinterher. – Anni Oest grüßte das einzige Mitglied zum Geburtstag mit dem Gedicht „Langsam kommen wir alle in die Jahre“. Ruth Lask las aus ihrem Buch „Mein Lebensweg“, das sie mit 80 Jahren für ihre Enkelkinder geschrieben hat. Die 86-Jährige stammt aus Großrosen im Kreis Johannisburg. Gauleiter Koch hatte eine Evakuierung aus Ostpreußen verboten. Mitte Januar 1945 war schon der Zugverkehr unterbrochen. Ostpreußen war eingekesselt. Dennoch wagte die Familie am 21. Januar die Flucht. Ihr Fuhrwerk wurde von den Russen überrollt. Diese hatten sie bald von Pferd, Pelzen, Uhren und Gold „befreit“, und das Gepäck wurde immer leichter. Ruth und ihre Schwester (14 und 17 Jahre alt) mussten sich in einer Scheune verstecken. Es folgten Arbeiten in einer Kommandantur, dann ab 30. April tagelange Märsche. Mit der geretteten Axt zimmerte man einen Handwagen mit Rädern vom Pflug und kampierte auf der Straße. Zum Essen holte man Kartoffeln und Grünkohl vom Feld und bettelte bei den Russen. Bei ihnen hatte man Wäsche gewaschen. Es gelang ihr dort zwei Kartoffeln und Brennnesseln mitzunehmen. Später musste sie auf einer Kolchose arbeiten. Endlich ging über Insterburg ein Transport mit einem Zug ohne Fensterscheiben in den Abteilen nach Deutschland. 14 Tage waren sie unterwegs und kamen im Oktober 1948 in Brandenburg an. Es folgte noch lange ein Lagerleben in Luckenwalde. Ein berührendes Schicksal.

Wiesbaden – Donnerstag, 24. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden- Rambach (ESWE-Busverbindung Linie 16 bis Halte-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Ostpreußisches Landesmuseum



Marion Gräfin Dönhoff: Ein Leben in Briefen Mittwoch, 23. Oktober, 19 Uhr: Vortrag von Irene Brauer. Marion Gräfin Dönhoff: Aristokratin, Studentin, Weltenbummlerin, Flüchtling, Journalistin, Chefredakteurin und Herausgeberin der „Zeit“. Eine Autobiographie hat sie nie geschrieben. In Briefen und Aufzeichnungen lässt sie jedoch den Leser an ihrem außergewöhnlichen Leben teilhaben. Irene Brauer, die zusammen mit Friedrich Dönhoff das Buch „Marion Gräfin Dönhoff. Ein Leben in Briefen“ herausgegeben hat, nimmt die Zuhörer im Ostpreußischen Landesmuseum auf eine fesselnde Reise durch ein faszinierendes Leben mit. Irene Brauer war 20 Jahre lang die persönliche Sekretärin Gräfin Dönhoffs bei der „Zeit“. Der Vortrag findet im Rahmen der Ausstellung „Impressionen aus Masuren und Krakau“ statt, die bis zum 3. November im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigt wird.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

stelle Ostpreußenstraße): Stammtisch. Serviert wird „Falscher Hase". Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 7. November, 19.30 Uhr, Halepaghenbühne: Helfried Weyer präsentiert in einem grandiosen Panoramavortrag die „Mongolei – Stille Klöster, goldener Sand, weiße Berge". Kartenvorverkauf bei Foto Köpcke und Allerleibuch, Torfweg 6. Anmeldung bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Oldenburg – Die Frauengruppe der Kreisgruppe Oldenburg feierte ihren **Erntedanknachmittag** mit einem umfangreichen Basar, vollbeladen mit Produkten der heimischen Ernte: Äpfel, Kürbis, Blumen, auch mit vielem Selbstgemachten wie Apfelmus, Marmelade oder Süßsauren. Die Damen und Herren (!) der Frauengruppe haben viel Fantasie entwickelt und sind fleißig gewesen. „Gedanken zum Danken" wurden von Gisela Borchers gelesen und Berthold Hirsch las die schöne Erzählung „Heute feiern wir den Plon" von Ruth Geede. Karl-Heinz Bonk las zwei Abschnitte aus seinem Roman „Herbstreise nach Ostpreußen", unter anderem die Feier des Erntedanks in einer polnischen Schule in Masuren. Mit vielen Liedern zum Herbst und dem Ostpreußenlied ging nach zwei Stunden ein kurzweiliger Nachmittag zu Ende. – Am 13. November erwartet die Gruppe Helmut Brauer aus Lübeck mit seinem Vortrag: „Spurensuche in Obornik, Regierungsbezirk Posen". Pastor Brauer folgt den Spuren seines Vaters im damals polnischen Obornik, wo dieser seit 1933 deutscher evangelischer Pfarrer war. Um 15 Uhr im Stadthotel Eversten.

Osnabrück – Dienstag, 22. Oktober, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Donnerstag, 31. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Dortmund – Montag, 21. Oktober, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ekke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 22. Oktober, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Vortrag von Professor Hans Meier „Wider den Ungeist des Hasses, der Feindschaft und des Revanchismus". Vertreibung und Versöhnung und ethische Erwägungen – 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz, Teil 1. – Sonnabend, 26. Oktober, 15 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Ostdeutsches Erntedankfest. – Dienstag, 5. November, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Konzert. Es gastiert das russische A-cappella-Vokalensemble „Cantabile Tilsit". – Mittwoch, 6. November, 15 Uhr, GHH/Raum 311 „Siebenbürger Sachsen": Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Dr. Guido Hitze „Kein parteipolitisches Spielzeug". Hans Lukaschek (1885–1960), erster Bundesvertriebenenminister – 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz, Teil 2. – Donnerstag, 7. November, 10 Uhr, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen-Hösel: Herbsttagung der AG Heimatstuben: Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten von Ostdeutschen Heimatstuben und Sammlungen. – 19.30 Uhr, GHH/Raum 412, „Ostpreußenzimmer": Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Gütersloh – Donnerstag, 7. November, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Neuss – Donnerstag, 7. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: **Tag der offenen Tür** mit Kaffee und Kuchen. Es wird die Fortsetzung des Films „Schätzkästchen Ostpreußen, Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945" gezeigt. – **Ostpreußen feierten Erntedank** – Die Tradition des Erntedankfestes setzt die Landsmannschaft Ostpreußen auch fern der Heimat fort. Viele Ostpreußen nennen auch die Erntezeit, die „Austzeit", die schönste Zeit des Jahres. Es ist eine Erinnerung an die unberührte Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Vorsitzende Peter Pott konnte auch viele Ehrengäste begrüßen, und die Stadtverordnete Ursula von Nollendorf schilderte ebenfalls das Erntedankfest in ihrem Grußwort. Pott hatte aber nicht nur Fröhliches zu verkünden in seinem Grußwort, denn am 17. September hat seine erste Stellvertreterin, Frau Dr. S. Bießner, ihr Amt niedergelegt, obwohl sie sich erst am 17. Februar hatte wiederwählen lassen. Er appellierte an seine Landsleute, dass sich jemand freiwillig für die Position melden solle. Es wird schwer sein, denn in diesem Amt muss auch gearbeitet werden. Der gesamte Vorstand ist zurzeit durch Krankheit geschwächt. Eine gute Landsmannschaft, dafür ist die Neusser Gruppe bundes- und landesweit bekannt, kann nur mit einem aktiven und funktionsfähigen Vorstand bestehen. Bei der Jahreshauptversammlung am 16. Februar 2014 soll eine Ergänzungswahl durchgeführt werden. Das Musik-Duo Joachim Heik und Alfred Schulz spielten wieder die richtige Musik für das Fest. Peter Pott war sehr erfreut über das gesamte Fest, denn in seiner elfjährigen Amtszeit mussten zum ersten Mal viele Tische nachgestellt werden, damit alle Gäste Platz hatten. Das Marienhaus war voll besetzt. Auch ist zum ersten Mal die Kuchentheke leergeräumt worden. Das Tanzbein wurde von allen geschwungen und die Tänzer wollten nicht aufhören zu tanzen. An diesem Erntedankfest ist ein Sonntag voller Harmonie und sehr guter Stimmung zu Ende gegangen und die Landsleute und Gäste werden noch lange davon zehren.

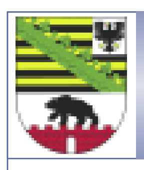
Witten – Montag, 21. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Die Gruppe feiert gemeinsam mit der LM Pommern Erntedank.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

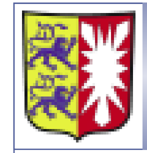
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Bahnhofsplatz 2: Besuch der Schiffsmühle in Ginsheim. Mit Einkehr. Abfahrt des Busses Linie 54 um 14.10 Uhr.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 25. Oktober, 15 Uhr, Sportgaststätte des TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 29. Oktober, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 23. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: Treffen der Gruppe – Die Veranstaltung steht dieses Mal unter dem Motto Bessarabien. Probst Horning, der aus Bessarabien stammt, wird einen Videofilm aus seiner Heimat zeigen und einen Vortrag über die Geschehnisse in diesem Land halten. Bessarabien liegt am Schwarzen Meer, heute aufgeteilt unter Moldau und der Ukraine. Die Bessarabiendeutschen waren eine deutsche Volksgruppe, die zwischen 1814 und 1940 dort lebte. Ende 1940 erfolgte die Umsiedlung nach Deutschland unter dem Motto „Heim ins Reich". Dieser Vortrag von Herrn Probst Horning wird bestimmt interessant werden, da er auch Zeitzeuge ist. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich freuen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Meiningen – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, „Wolkenlos": Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen mit Erntedankfest.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. November, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant".

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung impliziert somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreistreffen in der Patenstadt Münster

Wie in den vergangenen Jahren fand auch diesmal das Jahreshaupttreffen in der Johanniter-Akademie in Münster statt, und zwar am 21. und 22. September. Es begann mit der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft mit dem Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters. Zum Gottesdienst am Sonntag besuchten wir die nahe Heilig-Geist-Gemeinde. Gäste der katholischen Gemeinde waren auch wieder die evangelischen Braunsberger. Den Gottesdienst hielt Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer.

In der festlichen Stunde überbrachte Ratsherr Halberstadt die Grußworte des Oberbürgermeisters Markus Lewe und die schon altbekannte Freundin unserer Kreisgemeinschaft, Roswitha Möller, die des Bundes der Vertriebenen. Halberstadt erinnerte an das 2002 eingeweihte Denkmal der Vertreibung, das einerseits Zeugnis für die Vergangenheit ist, andererseits auch Signal für die Zukunft. Frau Möller berichtete vom der Idee von Erika Steinbach, dass es analog zu Ungarn auch bei uns einen Tag der Heimat geben sollte. Immerhin schlug der Bundestag schon einen Tag des Flüchtlings vor.

Seinen Festvortrag „Aktuelle Situation der Ermlandfamilie" begann Konsistorialrat Thorsten Neudenberger damit, dass für ihn Braunsberg einen besonderen Klang hat: Die Familie stammt aus Weideabfindung und die Taufe war in St. Katharina. Und zum Thema „Von Seiten der deutschen Bischofskonferenz gibt es sieben Thesen", hier die ersten zwei: 1. die Visitatoren werden überflüssig, weil die Erlebnisgeneration sowieso ausstirbt; 2. nach 66 Jahren haben die katholischen Christen Heimat in ihren neuen Diözesen gefunden, eine besondere Seelsorge ist daher nicht mehr nötig. Konsistorialrat Neudenberger berichtete hier von der Situation in seiner Gemeinde in Bergkamen, wo er 13 000 Katholiken in fünf Gemeinden betreut. Ob man da von „Heimat finden" reden kann? Merkwürdig ist ja auch, dass üblicherweise ein Alter von 75 gilt, ab dem ein Priester oder ein Bischof aus dem Dienst ausscheidet, für die Visitatoren der Heimatvertriebenen aber gilt schon das Alter von 70 Jahren. Auch ist nach dem Ausscheiden von Prälat Schlegel bisher nicht dem Wunsch der Ermländer entsprochen worden, einen neuen Visitator zu ernennen, obwohl Vorschläge gemacht wurden. Vermutlich hängt das alles auch mit Finanzfragen zusammen, schließlich wurde bisher die Arbeit der Ermlandfamilie zu einem großen Teil von der Deutschen Bischofskonferenz finanziert. Da es nun keine Zuschüsse mehr gibt, werden sich die Ermländer in Zukunft also weitestgehend selbst tragen müssen. Dazu wurde ein gemeinnütziger Verein „Ermlandfamilie" gegründet. Wie immer stiftete unsere Patenstadt Münster die Blumen und die Musik – diesmal sogar ein kleines Orchester (Reinhold Kollenberg), das die festliche Stunde richtig liebevoll umrahmte. Um 14 Uhr gab der Vorstand Auskunft über Vorhaben und weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft Braunsberg e. V. Anschließend war geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und Zeit für Gespräche. Das Jubiläumstreffen im Jahr 2014 wird aus Termingründen abweichend als üblich am ersten Oktoberwochenende sein, also am 4. und 5. Oktober , und zwar wieder in der Johanniter-Akademie Münster. *Manfred Ruhnau*



HEYDEKRUG

Kreisvertreter: Herbert Jaksteit, Tulpenweg 9, 51061 Köln, Telefon (0221) 637163, E-Mail HJaksteit@ t-online.de

Treffen der Coadjuthergruppe in Hannover

Gut gelaunt und bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich die Coadjuther vor dem Hotel Kronsberger Hof in Hannover. Die Tische wurden im Versammlungsraum von der Familie Schöntag in U-Form aufgebaut und die Plätze mit Namensschildchen versehen. Die Anlage zur Vorführung von Bildern war bereits aufgebaut, als jeder seinen Platz einnahm. Friedhelm Karpowitz begrüßte die Heimatfreunde und erklärte kurz, warum er diese Aufgabe übernommen hatte und bedauerte, dass Dennis Loeffke und Günter Uschtrin nicht dabei sind. Besonders das Fehlen unseres Heimatfreundes Günter Uschtrin – denn die Kirchentafeln von Coadjuthen waren seine Idee und jetzt konnte er die Krönung seiner Arbeit nicht miterleben. Auf die Initiative von Günter Uschtrin war Bernd Dauskardt bereit, seine Abreise aus dem Baltikum zu verschieben, um der Eröffnung der Kirchentafeln beizuwohnen und einen Film zu erstellen. Dieser Film, den sein Sohn digitalisiert hat, wurde nun aufgeführt. Mit viel lobenden Worten über die Kirche in Coadjuthen sowie über die Aktivitäten unserer Gruppe, hat Bernd Dauskardt den Film kommentiert. Als Dankeschön für seine Bereitschaft und Arbeit wurde ihm ein Präsentkorb mit eingravierter Widmung „Heimatfreunde Coadjuthen Memelland" auf ein Weinglas überreicht. Mit viel Beifall wurde Bernd Dauskardt für seine Ausführungen belohnt. Ruth Schöntag überreichte als Symbol der Weisheit eine Eule. Eine gute Idee. Es wurde viel Zeit für Meinungsaustausch sowie Diskussionen eingeräumt und man hat es lebhaft in Anspruch genommen. Nebenbei lief eine Diashow mit Bildern aus der Heimat. Für ihre unermüdliche, aufopfernde Arbeit wurde Ruth Schöntag und ihrem Mann herzlich gedankt und ein Präsentkorb übereicht. Es gab für beide viel Lob und Anerkennung. Die Leistung des Ehepaares Schöntag ist zu bewundern und sucht ihresgleichen. Ausführlich wurde über die Kirchentafeln berichtet, von der Übersetzung und den Schriftverkehr mit Pastor Moras bis zur Fertigstellung der Tafeln und deren Preis. Nochmals ein herzliches Dankeschön an alle Spender, auch wenn sie nicht an unserem Treffen teilnehmen konnten. Das Angebot, anteilmäßige Beträge zurückzuzahlen, hat kein Spender angenommen. Die verbleibende Summe bleibt nach Abzug aller Kosten, wie den Aufwand von Bernd Dauskardt für die Eröffnung der Tafeln und Spende für die Kirche, auf dem Konto von Günter Uschtrin. Aus diesem „Spendentopf" kann dann jederzeit der Kirchengemeinde von Coadjuthen geholfen werden. Es wurde auch die Finanzierung der Orgel angesprochen. Hier verwies man auf den Brief vom Orgelbauer Jörg Naß an Günter Uschtrin, auf den Zuschuss für die Kirchenorgel noch zu warten. Nach dem Abendessen hat Erika Milbrecht eine Diashow mit Bildern aus der Heimat und der Kirche zur Eröffnung der Tafeln präsentiert und kommentiert. Es war eine virtuel-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Collegium Albertinum

Freitag, 25. Oktober, 19.30 Uhr, Saal des Collegium Albertinum, Bonhoefferweg 2, 37075 Göttingen: Dr. Axel Walter von der Universität Osnabrück hält einen Vortrag mit Bildern zum Thema „Die Kurische Nehrung in der deutschen Literatur".

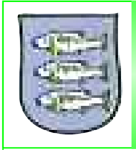
Informationen erteilt Sabine Pelzer, Geschäftsführerin Gemeinnützige Gesellschaft Albertinum e. V., Collegium Albertinum.

Telefon/Anrufbeantworter/Fax: (0551) 22437.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

le Reise in unsere Heimat. Sehr, sehr schön! Mit Spannung warten wir auf einen neuen Beitrag mit Bildern aus der Heimat. 37 Heimatfreunde haben diese Diashow mit Interesse verfolgt. Die Gespräche an den Tischen wollten einfach nicht enden und dauerten bis tief in die Nacht. Auch am nächsten Morgen wollte es kein Ende nehmen. Der Abschied fiel allen schwer. Aber er musste ja kommen. Ein Trost bleibt: Am 13./14. September 2014 sehen wir uns hoffentlich gesund und fröhlich in Hannover wieder.

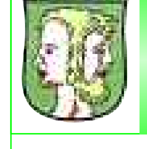


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Der besondere Tag

Es gibt sie – Märchen aus Ostpreußen! Nur, wer kann sie heute noch erzählen? Mit Angelika Rischer, eine der besten Erzählerinnen des Märchenforums Hamburg, kommt am 19. Oktober eine „Märchenfrau" in das Lötzener Heimatmuseum in Neumünster, die einfühlsam und in der ihr ganz eigenen Art eine Auswahl aus der Vielfalt ostpreußischer Märchen vorstellen wird. Beginn der Märchenstunde um 16.15 Uhr. Möglichkeit zur Besichtigung der Lötzener Ausstellung in der Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersiedlung) von 10 bis 16 Uhr. Eintritt frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Neue Kassenwartin

Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, Telefon (0421) 67 32 90 26. E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Reise in den Kreis Lyck

Horst Tregel (Ortsvertreter Rotbach) veranstaltet im nächsten Jahr eine Omnibus-Reise in den Kreis Lyck. Die Reise findet statt vom 17. bis 27. Juli 2014. Soviel bekannt, ist das die einzige Reise des Jahres 2014 in unsere engere Heimat. Die Reise wird deshalb von der Kreisgemeinschaft Lyck sehr empfohlen. Die Hinfahrt verläuft über Stettin (Übernachtung mit Stadtführung) und Danzig, wo zweimal übernachtet wird. In Danzig werden Führungen in der Stadt selbst, in Oliva und Zoppot angeboten. Der Hauptaufenthalt findet im Hotel Rydzewski (6 Nächte) in Lyck statt. Von Lyck aus: Fahrt mit der Kleinbahn nach Vierbrücken mit Picknick, Schifffahrt von Nikolaiken nach Rhein, Mittagessen in der Burg, anschließend Fahrt zur Wolfsschanze, Fahrt nach Eckertsdorf (orthodoxes Kloster) und Staken in Kruttinnen, Besuch bei der deutschen Minderheit am Wasserturm. Der Preis der Reise beträgt 810 Euro bei Halbpension, EZ-Zuschlag 170 Euro. Alle vorgenannten Leistungen sind im Reisepreis enthalten. Verbindliche Reise-Anmeldungen sind möglichst bald zu richten an: Horst Tregel, Auf den Steinen 7, 51503 Rösrath, Telefon (02205) 1531.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Hartmut Krause, Elbinger Straße 40, 28876 Oyten, Telefon (04207) 1045, E-Mail: krause.oyten@gmx.de. Stellvertretende Kreisvertreterinnen: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Heimattreffen in Bad Nenndorf

Ein von großer Gemütlichkeit und heimatlichen Gefühlen geprägtes Heimattreffen führte die Kreisgemeinschaft Mohrungen e. V. vom 6. bis 8. September in Bad Nenndorf durch. Besonders erfreut waren die Teilnehmer, dass eine Gruppe von sechs Mohrungern aus der Heimat die weite Reise nach Bad Nenndorf angetreten hatte. Unter ihnen war auch Krystyna Kacprzak, die Geschichtsbewahrerin und Mitherausgeberin der Zeitung „Zapiski Zalewski" (Saalfeld) für Geschichte, Kultur und Umwelt. Auch konnte der Vorstand wieder eine Gruppe aus Mohrungen/Thüringen begrüßen, mit denen die Kreisgemeinschaft seit Jahren freundschaftlich verbunden ist. Eröffnet wurde das Kreistreffen von der stellvertretenden Vorsitzenden und Kulturreferentin Gisela Harder mit der Ausstellung „Ostpreußen verzaubert", die von Diana Schönig und Dr. Wieslaw Roman Gogan vom Kulturzentrum Ellingen präsentiert wurde. An 13 Stellwänden zeigte sich das vielfältige Spektrum ostpreußischer Kultur und Lebensart aus Landschaften, Naturräumen, Schlössern, Burgen und Bauten sowie Geschichte und Persönlichkeiten. Wer in Bad Nenndorf ist, darf auch nicht einen Besuch im Agnes-Miegel-Haus versäumen. Bei herrlichem Sommerwetter spazierten die Teilnehmer zu dem ehemaligen Haus der „Mutter Ostpreußens", um einen sehr ausführlichen Vortrag über das Leben und Wirken zu hören und die erhaltene Einrichtung des Hauses zu bewundern. Traditionsgemäß besuchen die Mohrunger auch immer das Agnes-Miegel-Denkmal im Kurpark, um dort eine kleine Andacht abzuhalten. Der Abend gehörte dann ganz dem Wiedersehen und dem Gedankenaustausch der angereisten Teilnehmer aus nah und fern. Musik mit Tanz, lustige Vorträge und viel Gelächter gehören zu einem Heimattreffen selbstverständlich dazu.

Der Sonntag begann wie immer mit einer Feierstunde zum Gedenken an unsere Heimat und das Schicksal der vielen Opfer durch Krieg und Vertreibung. Nach der Begrüßung durch den neuen Kreisvertreter Hartmut Krause und dem Lied „Land der dunklen Wälder" sowie Grußworten der Gäste aus Mohrungen und Morungen, vertiefte Gisela Harder nochmals den Gedanken „Ostpreußen verzaubert" mit besinnlichen Worten und der Feststellung der Einmaligkeit unserer Heimat, dem Ostpreußischen Oberland. Die kleine Andacht wurde diesmal von Frank Panke gehalten, der in den Mittelpunkt den „Erntedank" stellte. Danach hob Elisabeth Krahn in ihrem Festvortrag „Tradition und ihre Bedeutung in Ostpreußen" die uns alle bewegenden Gedanken hervor, bevor mit „Ännchen von Tharau", der 3. Strophe des Deutschlandliedes und der Europahymne die Feierstunde beendet wurde. Nach dem Mittagessen wurde dann die Heimreise angetreten. *Hartmut Krause*



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Richtigstellung

Die in der Nr. 41 des Ostpreußenblattes veröffentlichte Würdigung der Tätigkeit von Betty Römer-Götzelmann war verfrüht. Die Angehörige des Kreistages der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit hat sich entschlossen, wie bisher in diesem Gremium weiterzuarbeiten. Dafür sei ihr gedankt.

Heimattreffen in Soest sehr gut verlaufen

Das schlechte Wetter sorgte wohl dafür, dass einige Teilnehmer des Heimattreffens der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit die Soester Stadthalle nicht pünktlich erreichen konnten. Deshalb wurde die Veranstaltung mit etwas Verspätung durch Winfried Knocks eröffnet, der darauf hinwies, dass die Heimattreffen inzwischen zu einer guten Tradition geworden seien. Mit dem Landtagsabgeordneten und Plöner Kreispräsidenten Peter Sönnichsen (CDU) und den Vertretern der Soester Kommunalpolitik, Waltraud Trick (CDU) und Prof. Dr. Dirk Bruns (SPD) konnte er gleich mehrere Ehrengäste begrüßen. Am Nachmittag kam noch die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Soest, Christiane Mackensen (CDU), hinzu. Das nachdenklich geistliche Wort sprach Pfarrer Martin Lipsch.

Die Kreisvertreter Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit), Manfred Romeike (Elchniederung) und Hans Dzieran (Stadt Tilsit) hoben in ihren Begrüßungen die Bedeutung der Heimattreffen für den Zusammenhalt der Ostpreußen hervor. Gleichwohl könne man die Augen nicht davor verschließen, dass auf Grund sinkender Mitgliederzahlen mittelfristig der Zusammenschluss von Kreisgemeinschaften unvermeidbar sei. Annette Subroweit bot eine eindrucksvolle Interpretation des schönen ostpreußischen Liedes „Ännchen von Tharau", sie wurde dabei von Matthias Hoffman am Flügel begleitet. Betty Römer-Götzelmann schilderte parallel dazu die geschichtlichen Hintergründe und die Entwicklung des Liedes.

In seinem Grußwort wies Dirk Bruns auf die Schwierigkeiten hin, die auch die Stadt Soest nach Ende des Krieges mit der Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen hatte. Die aber von den damals kommunalpolitisch Verantwortlichen gut gemeistert worden seien. Im Mittelpunkt des Vormittags stand die Festrede des Plöner Kreispräsidenten Peter Sönnichsen, der zunächst die Entwicklung von der 1952 beschlossenen und 1989 aufgekündigten Übernahme der Patenschaft für den Landkreis Tilsit-Ragnit bis zum 2006 beschlossenen Partnerschaftsvertrag zwischen dem Landkreis Plön und dem Rajon Neman schilderte. Desweiteren ging er auf seine – nicht immer positiven – Erfahrungen ein, die er bei seinen Besuchen im nördlichen Ostpreußen gemacht hat.

Kurz vor der Mittagspause bot der Männerchor „Kverneland Accord" Chormusik auf hohem Niveau und wurde erst nach einigen Zugaben entlassen. Das gesellige Beisammensein am Nachmittag wurde auf erfrischende Weise von den jungen Damen und Herren des Posaunenchores „St. Andreas Oströnnen" begleitet. Als unvermittelt die Melodie der ostpreußischen Hymne „Land der dunklen Wälder" erklang, standen die Veranstaltungsteilnehmer spontan auf und sangen mit. Kurz vor Ende der Veranstaltung konnte die stellvertretende Bürgermeisterin, Christiane Mackensen, in ihrem Grußwort noch die geschichtliche Entwicklung der Stadt Soest schildern. Sie entschuldigte sich auch für das schlechte Wetter am Veranstaltungstag.

Es war von vorherein klar, dass die sehr hohe Teilnehmerzahl des Heimattreffens 2012 in Halle, jetzt in Soest nicht erreicht werden konnte, zumal am gleichen Tag eine Großveranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wurde. Mit zirka 160 Teilnehmern war der für die Veranstaltung verantwortliche Kreisvertreter Dieter Neukamm jedoch zufrieden.

Das nächste Heimattreffen der drei Nachbarkreise wird erst im Jahr 2015 in der Grafschaft Bentheim stattfinden, da 2014 in Kassel das Deutschlandtreffen der LO durchgeführt wird.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Ostpreußisches Landesmuseum – Sammlungsaufruf



Küchensieb aus einem Stahlhelm Bild: OL

Das Ostpreußische Landesmuseum (OL) rüstet sich für die Zukunft – Das OL in Lüneburg ist weltweit das einzige Museum für Kultur, Kunst und Geschichte der früheren Provinz Ostpreußen, das sich in Gänze der Bewahrung, Erforschung, Erinnerung und Vermittlung des ostpreußischen Kulturerbes widmet. Das 1987 eröffnete Haus wird erweitert. Die jetzige Dauerausstellung wird ab 2014 um fast 50 Prozent vergrößert:. Zum einen entsteht eine deutschbaltische Abteilung, zum anderen wird die Dauerausstellung über das Jahr 1945 fortgeführt: Was geschah mit den Vertriebenen und was passiert heute in Ostpreußen? Für die künftige Dauerausstellung sucht das Museum nach originalen Objekten, die an den Verlust der Heimat, die Ankunft in Norddeutschland und die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen erinnern. Haben Sie Gegenstände, Dokumente, Fotografien oder persönliche Erinnerungsstücke, die Sie dem Museum dauerhaft zur Verfügung stellen möchten? Etwas, was Ihnen das Leben in der neuen Umgebung erleichtert hat? Militärgerät, das für Haushaltszwecke umgebaut wurde. Möbel oder Kleider? Weihnachten, Hochzeit und andere Feste im Stil der alten Heimat oder bereits im Kreis der neuen Nachbarn? Dr. Eike Eckert freut sich als zuständiger Wissenschaftler auf Ihre Mithilfe bei der Einrichtung unserer neuen Abteilungen. Melden Sie sich bitte beim Ostpreußischen Landesmuseum, Telefon (04131) 7599524, e.eckert@ol-lg.de.

Treuer Sohn Schillens

LO zeichnet Walter Klink für Engagement aus



Dieter Neukamm (l.) überreicht Walter Klink (r.) die Auszeichnungsurkunde Bild: privat

Walter Klink wurde am 1. Mai 1932 in Schillen im Kreis Tilsit-Ragnit geboren. Seine Eltern Emil und Erna Klink besaßen einen Hof von 104 Morgen Größe.

Nach seiner Schulzeit in Schillen begann für Walter Klink am 5. Oktober 1944 die Flucht aus der Heimat Ostpreußen. Sie endete in Dänemark. Dort wurde er im Herbst 1948 aus der Internierung entlassen.

Der weitere Weg führte ihn ins friesische Jeverland, wo er mit seinen Eltern in der Nähe des Jadebusens lebte. Hier erlernte Klink das Bäckerhandwerk und arbeitete einige Jahre lang in diesem Beruf. 1954 bewarb er sich erfolgreich beim Bundesgrenzschutz und wurde dort eingebunden. Mit der Aufstellung der deutschen Streitkräfte wechselte er 1956 zur Bundeswehr über. Nach entsprechender Ausbildung erfolgte seine Ernennung zum Berufssoldaten. Klinks Verwendungen reichten vom Führer und Ausbilder verschiedener Teileinheiten bis hin zum Dienststellenleiter. Im Jahre 1992 schied er im Range eines Stabsfeldwebels aus dem aktiven Dienst aus.

Walter Klink heiratete 1966 Traute Bischoff. Das Ehepaar bekam zwei Kinder. Seine Ehefrau ist am 12. Dezember 2006 verstorben.

Im Jahre 1988 wurde Walter Klink zum Vertreter des Kirchspiels Schillen gewählt. Bald darauf gehörte er dem erweiterten Vorstand des Kreistages an, war weiterhin verantwortlich für Schillen, aber auch für das Erstellen einer Chronik und die Einrichtung der Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Preetz.

Große Verdienste um Heimatstube

In den Aufbau, die Gestaltung und die stete Begleitung der Heimatstube investierte Walter Klink unzählige Arbeitsstunden. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Einrichtung zu einem Ort geworden ist, an dem man sich gerne aufhält, um stundenlang in den wohlgeordneten Archivalien zu stöbern und in der ostpreußischen Vergangenheit zu versinken. Als ein Beispiel seiner diesbezüglich verdienstvollen Tätigkeit sei ein in Litauen gefundenes Kirchenbuch genannt, dessen Ankauf er veranlasste, um das zum Teil fast unleserlich gewordene Dokument aufzuarbeiten und auszuwerten und es dann der Heimatstube zu übergeben. Eintragungen im Gästebuch der Heimatstube belegen zahlreich und deutlich das Interesse auch vieler Nicht-Ostpreußen an diesem Vorzeigeobjekt der Kreisgemeinschaft.

Sein Heimatort Schillen hinterlässt aufgrund von Kriegseinwirkungen und sozialistischer Zwangsherrschaft einen ähnlich traurig-verwahrlosten Eindruck wie die meisten der ehemaligen deutschen Gemeinden im heutigen Königsberger Gebiet. Walter Klinks Initiative allein ist es zu verdanken, dass das im Ort gelegene Haus Erzberger heute zu einem Blickfang geworden ist. Dank seines unermüdlichen Einsatzes ist das „Haus Schillen" genannte Gebäude - dieser Schriftzug befindet sich auf der Vorderfront – zu dem geworden, als was es sich heute darstellt, nämlich ein von einer verlässlichen, freundlichen, Deutsch sprechenden Russin liebevoll geführtes, charmantes Gästehaus und eine deutsch-russische Begegnungsstätte. Seit vielen Jahren verbringt Walter Klink jedes Jahr einige Wochen dort und bringt seit vielen Jahren Hilfsgüter verschiedener Art mit, die den Bewohnern des Ortes zugutekommen, hat aber auch Spendengelder für „sein" Haus Schillen dabei, die zweckgebunden für Reparaturen, An- und Umbaumaßnahmen und ähnliches verwandt werden. Bei jedem seiner Aufenthalte organisiert er ein Kinderfest, auf das sich die kleinen Bewohner des Ortes das ganze Jahr über freuen.

Vor einigen Jahren ist es Walter Klink gelungen, ein intaktes Röntgengerät nach Ostpreußen zu transportieren, das er dem Kreiskrankenhaus in Ragnit (Neman) übereignete. Seine Tätigkeit in Schillen ist den russischen Regional- und Lokalpolitikern nicht verborgen geblieben. In unregelmäßigen Abständen trifft er den einen oder anderen von ihnen zu Gesprächen.

In Deutschland organisiert Walter Klink regelmäßig Treffen der Angehörigen seines Kirchspiels in Plön. Vor diesen Veranstaltungen nimmt er stets Kontakt zu Kreis- und Gemeindepolitikern auf, die ihrerseits in der Regel seiner Einladung nachkommen, an den Kirchspieltreffen teilzunehmen. Wenn möglich, werden die Treffen mit einem Festgottesdienst verbunden, zu deren Teilnahme die Einheimischen öffentlichkeitswirksam und erfolgreich ermuntert werden. Auch am Bildarchiv Ostpreußen hat Walter Klink mitgewirkt und als zeitweilig zuständiger Administrator dafür gesorgt, dass inzwischen an die eintausend Aufnahmen allein aus dem Kreis Tilsit-Ragnit abrufbar sind.

Walter Klink hat seiner Heimat und darüber hinaus der ostpreußischen Sache außergewöhnliche Dienste erwiesen. Bereits 1998 wurde er mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Walter Klink das Goldene Ehrenzeichen. *P. W.*

Zeichen der Hoffnung

Louis-Ferdinand Schwarz reiste mit 35 Teilnehmern in die Heimat – Versöhnung von »unten nach oben«

Zum 22. Mal lud Louis-Ferdinand Schwarz zu einer besonderen Busreise in seine Heimat Ostpreußen ein. Diese Fahrten haben einen so guten Ruf erworben, dass sich die Reisegruppe aus 35 Teilnehmern aus ganz Deutschland zusammensetzte. Schwarz' langjährigen Erfahrungen und Kontakte ermöglichten ein Programm mit außerordentlich vielen eindrucksvollen persönlichen Begegnungen. Da waren zunächst die schmerzlichen, quälenden Erinnerungen an die Flucht in der Eiseskälte des 30. Januar 1945 über Land und das Frische Haff. Einer Mutter mit zwei kleinen Kindern war der Zugang zur Wilhelm Gustloff verweigert worden, so dass sie überlebten. Andere Familien der Reisegruppe sind bis heute verzweifelt über das schwere Schicksal und den Tod ihrer Angehörigen. Ebenso berührten die Ereignisse im „Krankenhaus der Barmherzigkeit", wo die Diakonissenschwestern in den letzten Kriegstagen gegen die Typhusepidemie kämpften und dabei verstarben. Auf der großen Rundreise sah man, dass sich die einstige Kornkammer Deutschlands in eine Steppe verwandelt hat, unbebautes Brachland bis zum Horizont, die ehemaligen Güter nicht mehr existent. Aber immer noch ist es ein Paradies für unzählige Störche, die schon eifrig für den großen Zug nach Süden trainierten. Ehemals wunderschöne Backsteinkirchen aus der Ordenszeit (zum Beispiel in Medenau), die die Kriegszeit überstanden hatten, sind bis auf wenige Mauerreste zerstört. Als diese Region hermetisch abgeriegelt war, wurden die Ziegel von Anwohnern als wertvolles Baumaterial genutzt oder wegen der bitteren Not am Straßenrand verkauft.

Zwar fanden einige Reiseteilnehmer ihre Häuser wieder und kamen auch mit den jetzigen Bewohnern ins Gespräch, andere konnten ihr einstiges Zuhause nicht einmal erahnen. Eine Zukunft ohne Versöhnung gibt es nicht. So nahmen auch die Begegnungen, die diesem Ziel dienten, breiten Raum ein. Besonders eindrücklich war die Ehrung der Toten mit Blumen und Ehrenschleife am Ehrenmal in Fischhausen [Primorsk]. Ex-Bürgermeisterin Glafira Grigorenko, eine 77jährige Dame und langjährige Freundin von Schwarz, rief in bewegenden Worten den Wahnsinn des Krieges mit seinen maßlosen Verlusten in die Erinnerung zurück und betonte, dass nur „Völkerverständigung auf der untersten Ebene" eine Zukunft in Frieden garantiere. Dem konnte Schwarz nur zustimmen.



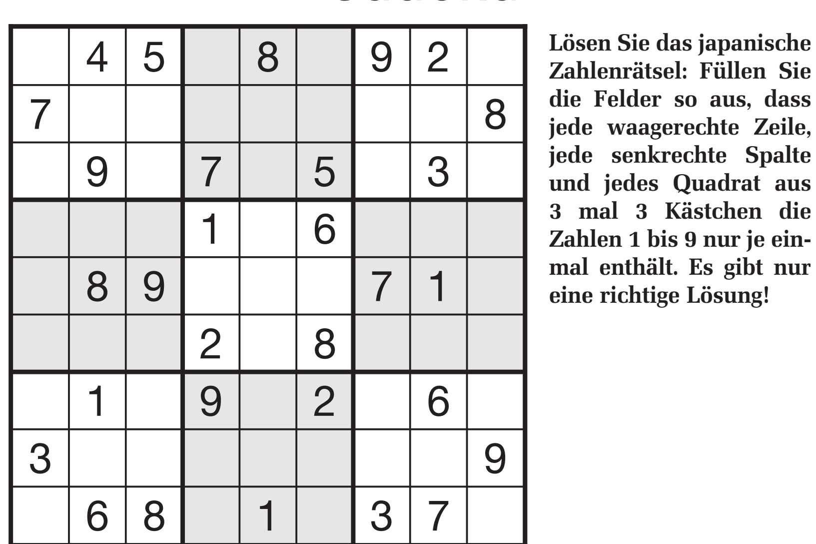
In Nidden: Reisegruppe besucht das Thomas-Mann-Haus Bild: M. Ö.

Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen [LO], insbesondere die einzelnen Kreisgemeinschaften, leisten finanzielle Unterstützung oder organisieren mit großem persönlichem Einsatz Hilfstransporte. Daraus erwuchsen enge persönliche Kontakte, die vielfach zu echter Freundschaft zwischen ehemaligen deutschen und den heutigen russischen Bewohnern der einzelnen Orte führten. Visumfreie Einreisemöglichkeit, gute wirtschaftliche Beziehungen, Förderung des Tourismus und kulturellen Austausch wünschten sich die Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Viktor Koschelew aus Pillau [Baltijsk], der Ratsvorsitzende aus Gumbinnen [Gussew], Andrej Guesdilow, und der Kantexperte Professor Iwan Koptzew von der Immanuel Kant-Universität in Königsberg. Konsul Max Müller vom deutschen Generalkonsulat in Königsberg bestätigte ausdrücklich die vielfältigen Kontakte auf allen Ebenen und begrüßte den allmählichen Abbau der bürokratischen Hürden durch die russische Administration. Am meisten jedoch beeindruckten die Zeichen der Hoffnung, die gemeinschaftlich mit den Russen von engagierten ehemaligen Bewohnern gesetzt wurden. Unspektakulär und von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, bemühen sich Mitglieder der LO, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und das kulturelle Erbe zu bewahren: Das Diakonie-Zentrum „Haus Salzburg" in Gumbinnen, eine Einrichtung der „Salzburger Glaubensbrüder", hilft mit seinem Pflegedienst alten und kranken Menschen in den umliegenden Dörfern, hat Kurzzeitpflegeräume für alleinstehende Kranke geschaffen, bietet kostenlose Speisung für Kinder aus sozial schwachen Familien an und führt Freizeiten für behinderte Menschen durch. das „Kinderdorf Salem" ist ein ökologisches Dorf, für das 82 Hektar Land des ehemaligen Gutes Pollwitten der Familie Schwarz bereitgestellt wurden. Als Pilotprojekt der Region bietet es elternlosen Kindern und Jugendlichen ohne Perspektive ein Zuhause auf Zeit, verbunden mit Unterricht in Hauswirtschaft, Gartenbau und handwerklichen Berufen. Die Sozialministerin der Region Königsberg, Angela Meister, würdigte diese Arbeit, indem sie gemeinsam mit dem Dorfleiter Sergej Wiesloch und Louis-Ferdinand Schwarz einen Apfelbaum als Zeichen des Friedens pflanzte. – Die beeindruckende Vogelwarte Rossitten „Fringella" auf der Kurischen Nehrung unter der Leitung von Anatol Schapowal wird von der Deutschen Bundesumweltstiftung, Osnabrück, gefördert. Die kleine „Deutsche Schule" in Trakehnen, ursprünglich als „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e. V." gegründet, bietet nachmittags deutsche Sprachkurse für Kinder und Erwachsene, Musik- und Tanzunterricht sowie Bastel- und Nähkurse an. Sie sind auch bei Kindern ohne deutsche Wurzeln sehr beliebt. Für die Reisegruppe aus Deutschland hatten sie trotz Ferien ein Musikprogramm einstudiert. Das Kieler Ehepaar Rix engagiert sich für den Wiederaufbau der Katharinenkirche von Arnau [Marijno]. Ebenso bemüht sich die Gemeinde der Auferstehungskirche der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen um die evangelischen Christen der Region. Sie muss von nun an ohne deutsche Unterstützung ihre vielfältige Arbeit leisten. Leider gibt es zurzeit keine konkrete Zusammenarbeit mit den Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche, die als „Staatskirche" über sehr viel Macht verfügt zum Nachteil der kleinen protestantischen und katholischen Gemeinden.

Aber es gibt ermutigende Zeichen des Wiederaufbaus: Die historisch getreue Restaurierung des Gestüts Georgenburg gehört dazu, das sich die Zucht der berühmten Trakehnerpferde, aber auch der Holsteiner und der Hannoveraner, zur Aufgabe macht und internationale Anerkennung findet.

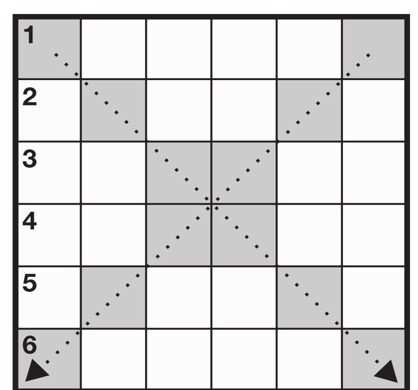
Die Zuwanderer aus Russland erhoffen sich Arbeit und wirtschaftliche Sicherheit im Königsberger Gebiet. Königsberg ist als Stadt Immanuel Kants stolz auf seine Wurzeln. Die Bezeichnung Königsberg findet man heute auf modernen Produkten wieder. Allerdings sind Korruption, Vetternwirtschaft und Unterdrückung der Menschenrechte an der Tagesordnung. Der neue Reichtum wird von der privilegierten Klasse ungeniert vorgeführt. Man sieht sehr viele Nobelkarossen. Die besonnenen Menschen dagegen wünschen sich den Ausbau ihrer persönlichen Rechte, Lockerung der Reisemöglichkeiten in den Westen und Erweiterung der Handelsbeziehungen ebenso wie die Bewahrung der natürlichen Ressourcen dieser einmalig schönen Landschaft. Sie wünschen sich eine wirtschaftliche Entwicklung wie in Polen: behutsamer, stetiger Ausbau, an dem die ganze Bevölkerung Anteil hat. Die Fahrt durch Polen zeigte sehr deutlich den unterschiedlichen Entwicklungsstand. Weitere Unternehmungen dieser Reise waren Schwimmen im Meer, Palmnicken und das „Samlandgold" Bernstein, Picknick mit ostpreußisch/russischen Spezialitäten im Wald auf der Kurischen Nehrung, der Besuch in Nidden mit dem Thomas Mann-Haus, ein freier Tag am Meer oder in Königsberg. Alle Aktivitäten wurden von einem russischen Reiseleiter mit unglaublich viel Fachwissen und großer Liebe zu seiner Heimat begleitet. Ein sicherer Busfahrer, ein gutes Hotel, ein russischer Folkloreabend trugen zur ausgesprochen fröhlichen Gemeinschaft bei. Mit einem gemeinsamen Abschiedsessen mit Königsberger Klopsen, zu dem auch der ehemalige Bürgermeister von Rauschen, Valerij Alexejew, eingeladen war, endete die eindrucksvolle Reise. Ein besonders herzlicher Dank galt Louis-Ferdinand Schwarz für die perfekte Vorbereitung, Organisation und Durchführung aller Programmpunkte, mit denen er nun schon seit 23 Jahren Versöhnungsarbeit an der Basis leistet. *M. Öynhausen*

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



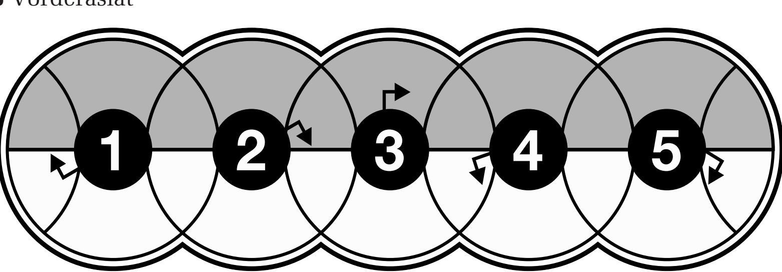
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Insekten.

1 italienischer Tresterbranntwein
2 seelischer Schock
3 enge Holztreppe
4 Leibesmitte
5 Krebstiere
6 Klagelied

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein englisches Wort für Alleinunterhalter.

1 den Geist betreffend, **2** Frauenname, **3** Fluss zum Main, **4** eine der Musen, **5** Vorderasiat



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Grappa, 2. Trauma, 3. Stiege, 4. Taille, 5. Asseln, 6. Elegie – Grille, Ameise

Kreiskette: 1. mental, 2. Renate, 3. Tauber, 4. Urania, 5. Iraner – Entertainer

Sudoku:

PAZ13_42

Strandgarn, Aalreusen und moderne Fischerei

„Fischers Fritz fischt ...“ – Kulturzentrum Ostpreußen zeigt Geschichte des Fischfangs in Ostpreußen und Bayern

„Fischers Fritz fischt ... – Fische und Fischfang von der Altmühl bis zum Kurischen Haff “ heißt die neue Sonderschau im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die neben der Entwicklung des Fischfanges speziell auf die Geschichte im Altmühltal und in Ostpreußen eingeht.

Mit der Sonderschau „Fischers Fritz fischt ...“ hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen ein naturkundliches Thema aufgegriffen, erläuterte Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, bei der Eröffnung der Ausstellung. Um eine von Dieter Luksch aus Haar bei München zusammengestellte naturkundliche Ausstellung mit zahlreichen Exponaten, die die Entwicklung der Tiere im Laufe der Jahrtausende selbst sowie die Geräte zum Fischfang aus der Steinzeit über das Mittelalter bis heute darstellt, hat das Kulturzentrum die regionalen Besonderheiten der Fischereigeschichte an der Altmühl und in Ostpreußen ausgearbeitet.

Freyberg erinnerte bei der Begrüßung der knapp 40 Gäste, dass Wasser ein Lebensmittel ist. Es sei vielen Menschen nicht bewusst, dass dieses Lebensmittel immer knapper werde, was er am Beispiel des ehemals viertgrößten Binnensees der Erde, dem mittlerweile fast ausgetrockneten Aralsee in Zentralasien erläuterte.

Den historischen Teil der Fischereigeschichte über Ostpreußen, die Stadtfischerei in Gunzenhausen und das Fischen auf der Altmühl hatte die Volontärin des Kulturzentrums, Diana Schönig, als ihre letzte Aufgabe in Ellingen übernommen, bevor sie ab Oktober an das Museum des Schlosses Hoyerswerda wechselt. Unterstützung fand sie dabei im Stadtarchiv Gunzenhausen, im Völkerkundemuseum Treuchtlingen und im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, die teilweise wertvolle Exponate zur Verfügung stellten.

Die Finanzierung der Ausstellung erfolgte teilweise durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. Den Rest übernahm der Förderverein des Kulturzentrums Ostpreußen, bei dessen Vorsitzender Katharina Fürstin von Wrede sich Freyberg bedankte.



Deutschordensschloss Ellingen: Fürstin Katharina von Wrede und Wolfgang Freyberg bei ihrem Rundgang durch die Ausstellung Bild: mef

In ihrem Grußwort ging Katharina Fürstin von Wrede auf die Fischer ein, die sie als Beobachter der Natur und „gemütliche Menschen“ kennengelernt habe. Sie bedankte sich bei den Mitgliedern des Fördervereins, die mit ihren Spenden derartige Ausstellungen erst möglich machen.

In Gunzenhausen findet sich der Begriff „Stadtfischer“ erstmals im Jahre 1711, als Johann Georg Egerer im Eheregister der Pfarrei als „Stadtfischer von Gunzenhausen“ bezeichnet wird. Nur er und seine Familie hatten das Recht, in der Altmühl zwischen dem Spital und der Gemeinde Wald zu fischen. Ausführlich ist auf den Geschichtstafeln beschrieben, welche Familien die Fischrechte über die Jahrhunderte besaßen, bis der letzte Stadtfischer Karl Friedrich Köderer in den 1960er-Jahren die Fischrechte an den Fischereiverein Gunzenhausen übergab.

Die Fischrechte auf der Altmühl waren schon sehr früh festgelegt, so im Salbuch von 1532, in dem ein Fischrecht der Gemeinde Gunzenhausen erwähnt wird. 1735 wurde eine „Fisch- und Wasserverordnung des Oberamtes Gunzenhausen“ im Namen des Markgrafen Wilhelm Friedrich von Brandenburg erlassen. Damit hatte die Stadt Gunzenhausen mit der Wassergrafschaft die Oberaufsicht der Fischerei bis nach Treuchtlingen. Die Fischmeister kontrollierten von Mai bis August die Einhaltung der Vorschriften, die Größe der Fische und die Maschenweite der Netze. Gefischt wurde mit dem sogenannten Altmühlkahn. Gefangen wurden Karpfen, Schleien, Hechte, Brachsen und Weißfischarten. Der bis 1880 große Krebsbestand verschwand nach einer großen Krebspest.

Recht zum Fischen unterlag Regeln und Kontrollen

Auf den Informationstafeln wird Ostpreußen als das Land der vielen tausend Seen und den zahlreichen Fließgewässern als ideale Fischereiregion beschrieben. Bereits aus dem Jahre 890 gibt es einen ersten schriftlichen Beleg, in dem der angelsächsische Seefahrer und Händler Wulfstan berichtet, dass in der Gegend um Elbing Fische gefangen werden. In der Deutschordenszeit wurde der Fischfang bei der christlichen Bevölkerung auf Grund der vielen Fastentage ohne Fleisch noch viel wichtiger. Der Orden regelte das Fischereirecht in den Komtureien durch einen Fischmeister. Durch die zunehmende Industrialisierung verfiel die Fischerei, Fischteiche wurden in landwirtschaftliche Nutzflächen umgewandelt, und die eingeleiteten Abwässer von Gerbereien in Bäche, Flüsse und Seen in der Mitte des 19. Jahrhunderts führten zu massiven Schädigungen der Fischbestände. Erst das Eingreifen des Staates im 20. Jahrhundert führte zur Erholung der Gewässer.

In Ostpreußen gab es mehrere Formen der Fischerei. Am bekanntesten war wohl die Hafffischerei mit den Kurenkähnen. Diese etwa zwölf Meter langen Holzschiffe hatten einen geringen Tiefgang von nur 40 Zentimetern. So war der Fang von Zander, Hecht, Brasse, Barsch, Quappe und Plötze auch an seichten Stellen im Haff möglich, wobei jeweils zwei Schiffe ein dreiwandiges Zugnetz mit bis zu 250 Metern Länge nutzten. Diese Schiffe waren mit dem so genannten „Kurenwimpel“ ausgestattet. An dessen Form und Farben konnten die Kontrolleure der Fischereiverwaltung erkennen, ob die Boote die notwendige Zulassung hatten, denn die im Landesbesitz befindlichen Haffen durften nur gegen Gebühr befischt werden.

Auf Binnengewässern, die meist der öffentlichen Hand gehörten, arbeiteten Einzelpersonen als Fischer. Durch die Veränderung der Wasserqualität war es meist zu einer geringeren Artenvielfalt oder zu Massenvermehrung einzelner Arten gekommen. Gefangen wurden Schleien, Forellen, Äschen, vereinzelt im Gebiet des Memeldeltas auch Welse. Dazu nutzten die Fischer Zug- und Stellnetze sowie Reusen.

An der Küstenlinie wurden hölzerne Segelboote genutzt, ab 1900 kamen dann Motorboote zum Einsatz. Mit engmaschigen Netzen, dem Strandgarn, waren kleine Lachse und im Sommer Flundern die Beute. Diese waren, über Kiefernzapfen geräuchert, eine Delikatesse. Mit Aalreusen, Netzwänden oder mit Aalschnüren, die mit Hunderten von Haken versehen waren, wurden Aale gefangen, wobei Schwarzort einer der bekanntesten Aalfangorte Deutschlands war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Fischerei den jeweiligen Landesrechten angepasst. So entwickelte sich in Königsberg der größte Fischereihafen Russlands. Die polnische Küstenfischerei hat einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft, aber nur geringen Anteil an der Volkswirtschaft. Die Hochseeflotte ist stark geschrumpft, 2004 gab es nur noch drei Schiffe. Die an der Küste eingesetzten Fischkutter allerdings wurden teilweise modernisiert, so dass die Fischwirtschaft in Polen noch rund 5000 Menschen einen Broterwerb bietet. Die Seen in Ermland und Masuren sind Ziel für Tagesausflügler und Hobbyangler geworden.

In der Ausstellung sind zudem zahlreiche wertvolle Exponate wie die Notizbücher der Seefischereistation Neukuhren über die Forschungen zum Thema Fischfang und Fischerei, Rechnungen und Belege des Fischamtes Gunzenhausen aus den Jahren 1628 bis 1704 sowie Fischereigeräte wie Harpunen und Angeln zu sehen.

Manfred E. Fritsche

„Fischers Fritz fischt ... – Fische und Fischfang von der Altmühl bis zum Kurischen Haff“, Kulturzentrum Ostpreußen, Barockschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, ist bis zum 8. Dezember 2013 Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr geöffnet.

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 16 fort:

Differt = Täuberich oder alter Mann auf Freiersfüßen
difteln = gründlich, genau, langsam nachdenken
Dimpel = einfältiger Mann oder kleiner Teich
Dingrich = Ding
Dingrings = irgendetwas
Dingslamdei, Didlamdei, Dingsbums, Dingsda = Ersatzwort für Vergessenes
Direx = Direktor
Dirschas = Gürtel
Dittchen = Zehn-Pfennigstück, Groschen
Dittchenclub = ungepflegter Teil einer Schlittschuhbahn
Dogcart = zweirädriger, einspänniger Spazierwagen
Dojahn = Dummkopf
Dokschpojakus = Gegenstand ohne Bezeichnung
doll = sehr gut, hervorragend
dollen = toben
doodig = ganz tot
dorten = dort
Döskopp = Träumer
Dötz = kleiner Junge
Drahtkommode = Klavier
drämeln = mit offenen Augen träumen, unaufmerksam sein
Drank, Dranktonne = aus Abfällen gemischtes Schweinefutter, Tonne für Schweinefutter
dreibastig = frech
dreidammlig = sehr dumm
wie im Dreischlag = gut vorankommen, eine Arbeit, die gut von der Hand geht
Dresche = Schläge, Haue, Prügel
dressieren = jemanden bedrängen
Driffke = Schlaukopf
driftig = schlau, verschlagen
drillen = Gehorsam erzwingen, mit einer Maschine säen
drippeln = tropfen
Dripsdrull = missmutiger Mensch

Sachsens Trakehnen

Im Gestüt Graditz bei Torgau lebt das ostpreußische Erbe der Pferdezucht erfolgreich weiter

Dem im Jahr 1686 gegründeten Gestüt Graditz ist es mit zu verdanken, dass nach dem Krieg die traditionsreiche Trakehnerzucht in den neuen Bundesländern nicht zum erliegen kam. Das zu DDR-Zeiten größte Vollblutgestüt hat zahlreiche bedeutende Vererber hervorgebracht und erstrahlt heute in neuem Glanz.

Lehndorff Ende des 19. Jahrhunderts ehrfurchtsvoll auf die Stirnseite des Stutenstalles schreiben. Und sein Enkel, der Arzt und Autor Hans Graf von Lehndorff, der seine Kindheit in Graditz verbrachte, notierte Jahrzehnte später, noch immer tief beeindruckt eingedenk der kongenialen Symbiose von Mensch, Tier und Natur

dem Wiener Kongress 1815 als Königlich Preußisches Hauptgestüt, von 1949 an als Volkseigener Betrieb der DDR und seit der Wende als Hauptgestüt der Sächsischen Gestütsverwaltung. Ein Schwerpunkt war und ist die Zucht von Halb- und Vollblütern, aber auch Trakehnerpferde werden hier gezüchtet.

Hengste und zahlreiche Jungpferde aus Trakehnen per Bahn nach Graditz evakuiert worden“, erzählt Gestütsleiter Bothendorf, darunter der berühmte Deckhengst Pythagoras. In den Wirren des Kriegsendes konnten jedoch nur die wenigsten Tiere noch weiter in Richtung Westen gerettet werden, die meisten fielen den

neue Wirkungsstätte fanden“, berichtet Bothendorf. Von ihrem profunden Erfahrungsschatz habe das Gestüt lange profitiert, und manches wirke bis heute fort: „Dazu zählt die preußische Akkuratesse – auch wenn wir inzwischen wieder sächsisch sind!“

Zu den Trakehner-Eigenschaften, die den Unterschied zu den übrigen Sportpferderassen ausmachen sollen, zählt der „Blutpferde-Überguss: Rahmen, Kaliber und Knochenstärke der Trakehner oft etwas leichter, erläutert der Gestütsleiter. Doch auch beim Pferd kommt es letztendlich auf die inneren Werte an. „Konstitutionelle Härte und eine besondere Leistungsbereitschaft sollte ein Trakehner mitbringen“.



Kein Nachwuchsmangel: Züchter mit Stute und Fohlen vor dem barocken Gestütsschloss Bild: Kasten

Es ist eine der ältesten Gestütsanlagen Deutschlands und inzwischen wohl wieder eine der schönsten: Das Sächsische Hauptgestüt Graditz nahe Torgau erstrahlt in altem Glanz und zeugt von der Hochachtung, die den meist hoch im Blut stehenden Pferden hier seit jeher entgegengebracht wird. Kaum erstaunlich daher, dass die Geschichte des Gestüts eng mit der ältesten deutschen Reitpferderasse, den Trakehnern, verbunden ist.

Eingebettet ist die weitläufige Anlage rund um das von August dem Starken erbaute Barockschloss in die liebliche Elbauenlandschaft. Während der jüngsten Hochwasserkatastrophe hat sich der Fluss allerdings von seiner unbezähmbaren Seite gezeigt. „Viele unserer Wiesen und der Sommerstall standen unter Wasser, Zäune wurden zerstört“, bedauert Gestütsleiter Steffen Bothendorf. Doch auch dieses Ungemach wird das Gestüt überstehen, wie so viele in der Geschichte.

Vor 327 Jahren erstmals urkundlich erwähnt, wurden hier stets Pferde für das Militär, die Jagd, den Einsatz vor dem Wagen, die Veredelung der Landpferdezucht und später auch für die Rennbahn wie auch für den Dressur-, Spring und Vielseitigkeits-Sport gezüchtet. „Blut ist der Saft, der Wunder schafft“, ließ Oberlandstallmeister Georg Graf von

an diesem Ort: „In Graditz kann es fast schon als befremdlich betrachtet werden, wenn da Leute sind, die nicht mit ganzer Seele an den Pferden hängen.“

Während die Herrscher wechselten und Kriege nicht nur die Grenzen verschoben, sondern auch empfindliche Lücken im Pferdebestand hinterließen, hatte die Passion für die Zucht edler Pferde Bestand. War Graditz zunächst Kurfürstlich-Sächsisches Hofgestüt, firmierte es nach

Heute werden im Hauptgestüt, das sich wie das Landgestüt Moritzburg im Besitz des Freistaats Sachsen befindet, vor allem das Deutsche Sportpferd (zirka 60 Stuten) sowie das Englische Vollblut gezüchtet (letzteres separat unter privater Regie). Die traditionsreiche Trakehnerzucht wird im kleineren Rahmen mit fünf Stuten und einem (Pacht-)Hengst fortgesetzt.

„Bereits im September 1944 waren 29 Zuchtstuten, zwölf

Russen in die Hände. Nach 1945 kam der Betrieb zunächst völlig zum Erliegen.

Nichtsdestotrotz konnte in Graditz 1949 die Trakehnerzucht wieder aufgenommen werden und zählte 1960 bereits 20 Mutterstuten. Doch nicht nur die Pferde sorgten dafür, dass das ostpreußische Erbe hier fortlebte. „Zusammen mit ihren Tieren waren 1944 immerhin 26 Gestütsbedienstete aus Trakehnen nach Graditz gelangt, von denen viele hier eine

Seit den 1990er Jahren ist die lange baulich vernachlässigte Gestütsanlage nach und nach zu neuer Blüte erwacht. Das 1725 von Hofbaumeister Daniel Pöppelmann geschaffene Schloss, heute wie einst Sitz der Gestütsverwaltung, ist inzwischen saniert, ebenso wie das imposante Torhaus, die denkmalgeschützten Stallungen, die Reithalle und der historische Park. Dort bieten die baumumstandenen „Paddocks“ den Stuten und ihren Fohlen ausreichend Grünfutter und Auslauf.

Schlendert man weiter Richtung Elbe oder lässt sich dorthin mit einem Gestütsgespann kutschieren, kann man mit Glück einen Anblick erleben, der sich auch bei Graf Lehndorff ins Gedächtnis gebrannt hat: „Ich sehe noch vor mir, wie die dreijährigen Halbblutstuten an einem Sommerabend in gestrecktem Galopp von der Weide zurückkehren, beim Überqueren des Dammes den ganzen Staub des Jahres aufwirbelnd und in einer Wolke ertrinkend.“ *Silke Kasten*

Durstige Flieger

Fledermäuse brauchen zum Überleben wasserreiche Regionen

Seen, Bäche und Tümpel sind für das Überleben heimischer Fledermausarten viel wichtiger als bislang angenommen. Wissenschaftler des Nationalparks Bayerischer Wald fanden heraus, dass die Fledertiere Gewässer in Bergregionen auch dann zuhauf aufsuchen, wenn das Wasser nährstoffarm ist und ihnen wenig Nahrung in Form von Insekten bietet. Ein Grund ist der extrem hohe Trinkwasserbedarf von Fledermausweibchen mit Jungen.

Im „Journal of Zoology“ berichtet jetzt ein Forscherteam um Sebastian Seibold von der Nationalparkverwaltung in Grafenau, dass die milchgebenden Weibchen ihre Schlafplätze bevorzugt in der Nähe von Wasserstellen haben. Um trinken und Milch produzieren zu können, suchen sie die Gewässer sechsmal so oft auf wie Fledermäuse ohne Nachwuchs.

Dabei ist bereits der Wasserbedarf auch der Tiere ohne Jungen hoch, weil die Flügel die Körperoberfläche unverhältnismäßig vergrößern und damit die Austrocknung der Säugetiere beschleunigen. Bislang war die Forschung davon ausgegangen, dass Gewässer vor allem wegen des hohen Vorkommens von Wasserinsekten für Fledermäuse attraktiv seien. Die Bedeutung nährstoffarmer Gewässer für die Fledertiere war bisher unklar.

An den hoch gelegenen nährstoffarmen Gewässern des Bayerischen Walds fanden sich trotz des geringen Beuteangebots die verschiedensten Fledermausarten überraschend zahlreich ein – öfter noch als auf Wiesen und Totholz-Brachen, wo es mehr Insekten gibt. „Gewässer in nährstoffarmen Bergregionen dienen Fledermäusen vor allem als Trinkwasserquelle und weniger als Beutereservoir“, folgern die Wissenschaftler. Die Forscher hatten die Ultraschallgeräusche von 13 heimischen Fledermausarten aufgezeichnet und Lichtfallen installiert, um das Insektenvorkommen zu bestimmen. Bei der Jagd geben die Fledermäuse Töne von sich, beim Trinken jedoch nicht. So konnte das Forscherteam unterscheiden, warum die Fledermäuse an die Gewässer kamen.



Bild: action press

Maus mit Flügeln: Doch Fliegen macht schnell müde

Für den Erhalt der bedrohten Tiere braucht es der Studie zufolge ein Netzwerk an nicht austrocknenden Gewässern. Fehlen diese, so regen die Forscher an, Biber beim Aufstauen neuer Seen gewähren zu lassen. Eine Alternative seien von Menschen angelegte Teiche, auch wenn das in Nationalparks unerwünscht sei. *Kai Althoetmar*

»Fünf Ebpo, bitte!«

Kyrillisch jetzt auch auf Fünf-Euro-Scheinen

Geschrieben „Ebpo“, gesprochen „Evro“: Gemeint ist die europäische Gemeinschaftswährung „Euro“ in slawisch-kyrillischer Schreibweise. Seit 2007 ist das slawische Bulgarien EU-Mitglied, womit das kyrillische Alphabet, das die Bulgaren auf ihrem Reichstag im Jahr 893 „erfanden“, europäische Schriftnorm wurde. Die Ereignisse von vor 1120 Jahren hatte damals der Chronist Regino von Prüm beschrieben, und der Fortgang der Geschichte ist seit diesem Jahr auf den neuen Fünf-Euro-Scheinen zu sehen, wo die Währung in lateinischer (Euro), griechischer (Ευρω) und slawischer Schrift (Ebpo) erscheint. Vielen fällt es nicht auf, ein paar freut es und nur kroatische Radikale protestieren dagegen wie auch gegen die neuen zweischriftliche Ortschilder im slawonischen Vukovar, weil sie Kyrillisch als Schrift serbischer Mörder und Kriegsverbrecher ansehen.

Es gibt etwa ein Dutzend von Varietäten des Kyrillischen. Die „kroatische“ Sprache wurde um 1100 als Inschrift auf der Steintafel von Baška verewigt, die in der slawischen Glagolica-Schrift verfasst war, einer Vorform der Kyrilliza. Letztere ist nach dem Slawenapostel Kyrill von Saloniki (um 826/827–869) benannt, der mit seinem Bruder Method seit 1982 Schutzpatron Europas ist.

Über ein Jahrtausend lang haben die Slawen ihre liturgischen Texte in Kyrillisch geschrieben, selbst im romanischen Rumänien war sie bist 1865 offizielle Schriftnorm, im rumänischen (aber sowjetisch besetzten) Moldawien gar bis 1998. Peter der Große reformierte das Kyrillische um 1700, der Serbe Vuk Karadžic um 1850 (und sein Freund Goethe lernte diese Schrift). Stalin wollte sie abschaffen, da sie allzu sehr an Orthodoxie und Reaktion erinnerte. Heinrich Himmler riet den Bulgaren zum Verzicht des Kyrillischen, so wie im Jahr 2000 der österreichische Slawist Otto Kronsteiner, der die Bulgaren damit so verärgerte, dass sie ihm ihren Ehrendoktor wegnahmen.

Kyrillisch ist in der EU eine Schriftnorm

Wie es mit dem urslawischen Alphabet weitergeht, demonstrieren seit über 20 Jahren die bekanntesten serbischen Wochenzeitungen: „Nin“ hält eisern am Kyrillischen fest, weil es urserbisch ist, während „Vreme“ (Zeit) lateinisch druckt, weil das Gros der Slawen so schreibt und international die meisten PCs darauf codiert sind. *Wolf Oschlies*

»Walfängerei« in der Kiesgrube

Einer der größten Walfriedhöfe liegt im Norden Deutschlands. In einer Kiesgrube bei Groß Pampau im Herzogtum Lauenburg in Schleswig-Holstein sind seit 1984 schon zehn versteinerte Walskelette freigelegt worden. Jetzt entdeckte ein Hobby-Archäologe Knochenteile eines vermutlich 15 Meter langen Wales. Die Wissenschaft feiert das bereits als eine Sensation: Noch nie wurde in Deutschland ein so großes versteinertes Skelett gefunden.

Der Hamburger Architekt Andreas Malchow war an einem Sonnabend in den weitläufigen Ton- und Kiesgruben zwischen Groß Pampau, Kankelau und Wotersen unterwegs, um seinem Hobby nachzugehen: Er sucht Fossilien. Auf der Zufahrt zu einer Grube entdeckte er einen kleinen Knochensplitter. „Vermutlich ist vorher ein Bagger dort entlanggefahren und hat den Knochen mit seiner Kette aus dem Wirbel des Wales gerissen“, glaubt Malchow.

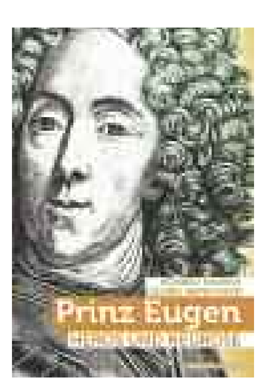
Der Hobbyarchäologe meldete den Fund sofort an das Lübecker Museum für Natur und Umwelt. Dort sind bereits eine Vielzahl fossiler Tiere ausgestellt, darunter auch Funde aus Groß Pampau. Herausragendes Ausstellungsstück ist das Skelett eines acht bis zehn Meter langen Bartenwales. Es gilt als das am besten erhaltene Walskelett aus der Zeit des Tertiärs, das bisher in Deutschland gefunden wurde. Andere versteinerte Wale werden nur in Originalfundlage gezeigt, weil viele Knochen durch eiszeitliche Gletscherbewegungen zerbrochen und nicht rekonstruierbar sind.

Um welche Art es sich bei dem jetzt entdeckten und vor etwa elf Millionen Jahren gestorbenen Tier handelt, konnten die Experten vom Lübecker Museum anhand des Knochensplitters nicht sagen. Nur eines war Museumsleiterin Susanne Füting klar: „Da kommt was Großes auf uns zu.“ Der jetzt gefundene Wal dürfte 15 Meter lang sein und damit die Ausmaße eines Pottwals haben. Das entspricht in etwa der Größe eines Linienbusses.

Versteinerter Wal ist so groß wie ein Bus

Dass sich bis zu zwölf Meter lange Buckelwale wie auch kleinere Schweinswale heutzutage hin und wieder in die Ostsee verirren, kann vorkommen. Doch Groß Pampau liegt knapp 80 Kilometer von der Ostsee entfernt. Vor Millionen von Jahren befand sich die Region allerdings in der Ur-Nordsee, deren Wasser warm und bis zu 50 Meter tief war. Ein idealer Tummelplatz für Wale, wo sie dann irgendwann starben und zu Boden sanken. Dass sie hier in versteinerter Form erhalten sind, lag an einer Tonschicht am Meeresboden, die von einem darunterliegenden Salzstock nach oben gedrückt wurde. „Eigentlich liegen die Walskelette in 120 Metern Tiefe, hier holen wir sie bei 33,50 Metern über Meereshöhe aus der Erde“, freut sich Grabungsleiter Gerhard Höpfner.

Nach den ersten Grabungen sind erst zwölf Wirbel mit Rippenansätzen zu sehen. Bis der Riesenwal vollständig freigelegt ist, können drei Monate vergehen. Die anschließende Präparierung dürfte weitere 2000 Stunden dauern. Höpfner ist sich sicher, dass auf dem Walfriedhof mehr Skelette zu finden sein werden, als Pampau Einwohner hat. Dort leben 150 Menschen. Obwohl erst zehn Wale entdeckt wurden, wittert Pampau schon das große Geschäft mit dem fossilen „Walfang“: Der Ort hat den Wal in sein Wappen aufgenommen. *Harald Tews*



Vorbild für Friedrich II.

Prinz Eugen von Savoyen

Der österreichische Feldherr Prinz Eugen von Savoyen ist zum Sinnbild europäischer Selbstgefährdung und Selbstbehauptung geworden. Das verbindet ihn mit Friedrich II., der sein symbolischer Erbe im Feldherrenruhm genannt werden könnte. Beide haben mit ihren Taten und ihrer Ausdauer die Entstehung der modernen Mittelmächte Preußen-Deutschland und Österreich-Ungarn bewirkt. Durch Eugen gewinnen die Habsburger im Frieden von Karlowitz 1699 Türkisch-Ungarn und Slawonien hinzu. Damit wird Österreich zu einer territorialen Großmacht.

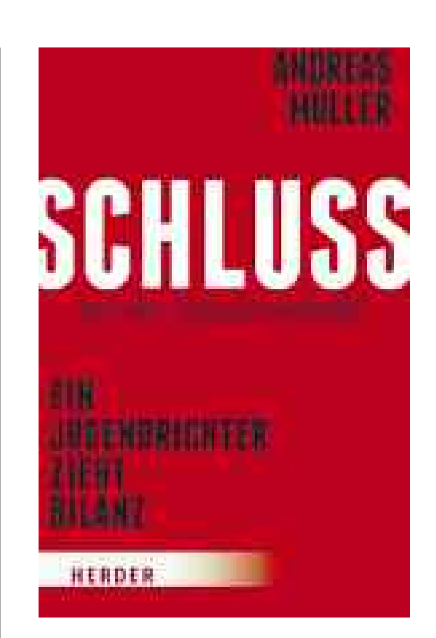
Die Autoren der Biografie „Prinz Eugen. Heros und Neurose“, die beide noch nicht das 50. Lebensjahr erreicht haben, erinnern sich daran, dass sie den Prinzen in der Volksschule noch als epochale bis sagenhafte Gestalt nahegebracht bekamen. Konrad Kramar und Georg Mayrhofer bringen nun ihrerseits die volkstümliche Darstellung Eugens auf das Niveau gegenwärtiger Fassungskraft. Bei der Deutung machen sie keine Konzessionen an den Zeitgeist. Sie schreiben spannend und flüssig, ohne romanhaft auszuufern oder spekulativ-sensationell abzuirren. Die kurzen Andeutungen hinsichtlich eines möglichen Missbrauchs des Knaben und der vermuteten Ausrichtung seines Geschlechtstriebs sind nicht mehr als Fußnoten eines umfassenden Textes, der Eugen als einen bahnbrechenden Typus schildert, als ein Leitfossil der Epoche. Dabei war er zunächst einmal der Sohn einer in Ungnade gefallenen Mätresse von Ludwig XIV., der Olympia Mancini. Seine Kindheit war dadurch verschattet, die Aussichten waren ernüchternd. Darum trat er die Flucht nach vorn an. Zu einer geistlichen Laufbahn bestimmt, drängte es ihn zum Kriegshandwerk. Als ihm Frankreich wegen seines schwächlichen Körperbaus einen standesgemäßen Einsatz verweigerte, setzte er sich zum kaiserlichen Heer ab und bewährte sich 1683 während der Verteidigung Wiens gegen die Osmanen bei der Schlacht am kahlen Berge. Zehn Jahre später war er bereits Feldmarschall. 1703 wurde Eugen zum Präsidenten des Hofkriegsrates ernannt. Im Gegensatz zu vielen Feldherren, deren Genius sich nur auf dem Schlachtfeld bewährte, war er auch diplomatisch mit allen Wassern gewaschen. Er musste sich in zahlreichen Intrigen behaupten und erklomm den Gipfel seines Ruhms schließlich im Venezianisch-Österreichischen Türkenkrieg. 1716 siegte er bei Peterwardein. Die Belagerung und Einnahme von Belgrad im Jahr 1717 begründet den Mythos, der sich gleich darauf im Volkslied „Prinz Eugen, der edle Ritter“ niederzuschlagen beginnt. Der Stern des sagenhaften Savoyers steht nun im Zenith. Friedrich der Große hat ihn später als den eigentlichen Kaiser jener Jahre bezeichnet. 1718 beendet der Frieden von Passarowitz alle Türkenkriege endgültig.

Eugens Verdienste und Fähigkeiten als Staatsmann, Baumeister und Förderer der Künste und Wissenschaften werden in eigenen Kapiteln dargestellt. Seine Höflichkeit und Zuverlässigkeit gegenüber den geistigen Gesprächspartnern wird hervorgehoben und es wird gezeigt, dass sich sein Verantwortungsgefühl auch auf die einfachen Bauleute erstreckte, deren Einkommen an seine baulichen Unternehmungen gebunden waren.

Österreich verdankt ihm viel

Tragisch, wie dieses heroische Leben begann, so endete es auch. Im Polnischen Erbfolgekrieg entgleitet dem von Krankheit gepeinigten Prinzen der Feldherrnstab. Eine neue Zeit war angebrochen und so endet das Buch mit Friedrich II., der auf der Höhe des eigenen Ruhms die Legende von dem edlen Ritter Eugen weiter ausbaut. Friedrich nannte sich zuletzt seinen Schüler und charakterisierte Eugen: „... mit einer erhabenen Einsicht verband er überlegene Fähigkeiten, teils die Dinge zu seinem Vorteil zu wenden, teils seine Fehler wiedergutzumachen.“ Nicht viel anders sehen es Kramar und Mayrhofer, die den „Menschen hinter dem Mythos“ als „vielschichtig, genial, seiner Zeit weit voraus, von Ängsten getrieben und von Zwängen bestimmt“ beschreiben. *S. Hennig*

***Konrad Kramar, Georg Mayrhofer: „Prinz Eugen. Heros und Neurose“**, Residenz Verlag, St. Pölten 2013, geb., 253 Seiten, 21,90 Euro*



Knast statt Sozialarbeit

Richter fordert effektiveres Jugendstrafrecht

Auch drei Jahre nach seinem Erscheinen ist „Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter“ der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig nicht in Vergessenheit geraten. Doch obwohl viel darüber diskutiert wurde, hat die Politik daraus kaum Schlüsse gezogen. Daher legt der Bernauer Jugendrichter Andreas Müller nun nach. In „Schluss mit der Sozialromantik. Ein Jugendrichter zieht Bilanz“ kommt er auf Heisigs Motive zu sprechen und berichtet aus seiner eigenen Erfahrung. Und ähnlich wie Heisig hat er mit seinem Buch eine große Medienpräsenz erlangt.

Aber ganz unabhängig von dem guten Verkaufsstart bietet auch Müller zahlreiche Ansatzpunkte für die Politik, um das Jugendstrafrecht effektiver zu gestalten. Der 52-jährige Richter verweist auf den Umstand, dass er oft genug erlebt habe, wie die erzieherische Wirkung von Sozialarbeit und Strafen, die auf Bewährung ausgesetzt werden, von den jugendlichen Tätern nicht ernstgenommen werde. Müller ist überzeugt, dass in vielen Fällen Knasterfahrungen heilsamer seien und nennt auch Beispiele aus seiner Berufspraxis, bei denen dies der Fall war und sich die Täter Jahre später, nachdem sie die schiefe Bahn längst verlassen hatten, sogar bei ihm bedankten.

Müllers harte Urteile wurden lange von den Medien positiver bewertet als die von Kirsten Heisig. Der Autor erklärt das damit, dass seine Delinquenten zumeist rechtsextreme Brandenburger waren, während Heisigs Angeklagten Jugendliche mit Migrationshintergrund gewesen seien. Der ehemalige parteilose Bundestagskandidat, 2002 von der PDS ins Rennen geschickt, ist überzeugt, dass wenige Änderungen im deutschen Jugendstrafrecht ausreichen würden, um Gewalttaten verhindern zu können. Obwohl sich Müller selbst als politisch links stehend bezeichnet – so ist er für die Freigabe von Cannabis –, kritisiert er die linke sozialromantische Perspektive, die aus dem Täter ein Opfer der Gesellschaft mache und die wahren Opfer vergesse. Verantwortlich macht er hierfür die Studien des auf milde Strafen setzenden Kriminologen Christian Pfeiffer, dessen Thesen der Autor für ziemlich überholt hält: „Wir hatten keine nachwachsende Immigrantenjugend, die aufgrund verfehlter Migrationspolitik mit besonderem Aggressionspotenzial und hoher Gewaltbereitschaft durch die Gegend lief, und auch Perspektivlosigkeit war für die meisten Jugendlichen der 70er ein Fremdwort.“

Überhaupt ärgert es Müller, dass das Thema Intensivtäter, sprich Kriminelle, die mehrere Taten innerhalb eines Jahres begehen, nicht in allen Bundesländern gesondert betrachtet werde. Schon bei der Recherche über die Anzahl der Delikte von Wiederholungstätern erhielt er unzureichende Antworten von den je 16 Justiz- und Innenministerien der Länder. Müller ist überzeugt, dass das politisch gewollt sei, denn würde offenbar, dass nur wenige Personen für über 50 bis 60 Prozent aller Taten verantwortlich seien, die Justiz diese aber nicht rechtzeitig wegsperre, dann ginge ein Aufschrei durch die Gesellschaft.

Autor beruft sich auf Kirsten Heisig

Manche Fälle, die Müller nennt, sind kurios und zeigen Seiten der deutschen Gesellschaft, von denen der normale Bürger kaum etwas mitbekommt. Besonders interessant ist der Hinweis auf einen seiner ersten großen Fälle im rechtsradikalen Milieu, bei dem sich der Hauptbelastungszeuge als Informant des Verfassungsschutzes erwies, so dass Müller nur durch Glück den Täter verurteilen konnte.

Besonders stört es ihn, dass er so wenig Zeit hat, sich den einzelnen Fällen zu widmen, und dass so viel Zeit zwischen der Tat und Prozess vergeht. Zwölf Monate seien keine Seltenheit. Diese langen Wartezeiten würden jedoch den erzieherischen Effekt jeder Strafe reduzieren.

Trotz aller guten Argumente, die Müller anführt, nervt das Buch ein wenig. Ursächlich hierfür sind die autobiografischen Stellen im Buch. Darin schreibt Müller von seiner schlimmen Kindheit mit alkoholkrankem Vater, kriminellem Bruder und unglücklicher Mutter. Ein kurzer Hinweis hätte hier genügt, um zu verdeutlichen, warum er Verständnis für die Familien der Täter hat, doch stattdessen sieht man ständig ein kleines pummeliges, rothaariges Kind vor sich, das von Mitschülern wie vom Leben hart geprüft wird. Doch das Bild schmälert die Autorität des Autors. Auch betont er ein wenig zu oft, wie gut er Kirsten Heisig kannte und dass er genau wie sie Depressionen hat, aber im Gegenteil zu ihr nicht den Suizid, sondern eine Therapie wählte. Überblättert man jedoch jene Passagen, so bietet dieses Buch zahlreiche gute Ansätze für eine Verbesserung des Jugendstrafrechts. *Rebecca Bellano*

***Andreas Müller: „Schluss mit der Sozialromantik. Ein Jugendrichter zieht Bilanz“**, Herder, geb., 239 Seiten, 16,99 Euro*



Vererbtes Trauma

Tochter erinnert sich, wie die Vertreibung der Mutter auf sie überging

Die Beziehung zwischen Mutter und Tochter ist eine ganz besondere. Sie verändert sich im Laufe des Lebens, ist vielschichtig, selten einfach und lässt sich nicht in einem Satz beschreiben. So erging es auch Gabriele Schreib. Nach dem Tod ihrer Mutter im Dezember 2009 begann sie, die Erinnerungen an und die Erlebnisse mit ihrer Mutter aufzuarbeiten. Im Zuge dieses Prozesses beschäftigte sie sich auch mit der Kindheit der Verstorbenen.

„Viel Zeit vergeht, bis ich mich endlich daran mache, die Regale mit den Tagebüchern meiner Mutter zu sichten ... Der Krieg, der zunächst einmal nur aus der Ferne wirkt, verursacht bei ihr schon Horror genug. Aber jetzt können die Russen theoretisch schon bald in der Nähe ihrer Heimatstadt ankommen. Aber lassen wir das kleine romantische und verträumte Mädchen mit den blonden Zöpfen und den hellblauen Augen selber erzählen ...“

„Marjellchen“ ist die heutzutage nicht mehr gebräuchliche, aus dem Ostpreußischen stammende Bezeichnung für ein „Mädchen“. Und ein solches Mädchen war Gabriele Schreibs Mutter Irmgard noch, als sie im Jahre 1941 mit ihren Tagebuchaufzeichnungen begann. Geboren wurde sie 1928 im ostpreußischen Gumbinnen. Und bis der Krieg begann, war Irmgard ein relativ unbeschwertes und glückliches Kind.

Gabriele Schreib hat eine Reihe von Auszügen aus den Tagebüchern ihrer Mutter ausgewählt und in „Marjellchen. Kleine Mädchen im Strudel der Weltgeschichte“ veröffentlicht. In dem Buch geht es um die Beziehung zu ihrer Mutter, die furchtbaren Erlebnisse, die diese durch den Krieg durchleben musste, die Härten der Nachkriegszeit und das tief sitzende Trauma, das ihre Mutter seit der Flucht aus Ostpreußen nach Schleswig-Holstein zeitlebens mit sich herumschleppte.

Seelische Schäden belasteten Beziehung

Die 1949 geborene Autorin möchte mit ihrem Buch daran erinnern, dass die Nachkriegsgeneration zwar an den schrecklichen Kriegsgeschehnissen quasi vorbeigeschrammt ist, aber nichtsdestotrotz unter den seelischen Schäden der Elterngeneration zu leiden hatte. Durch die Aufzeichnungen von Irmgard kann der Leser die Gefühle der Entwurzelung und auch die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat gut nachvollziehen und sie erkennt durchaus, welche folgenschwere Einflüsse dies auf das Leben der Tochter sowie auf die Mutter-Tochter-Beziehung gehabt hat.

Das Wort Trauma steht für Wunde, und anhand der Tagebuchaufzeichnungen und der Vita der Mutter von Gabriele Schreib kann man erkennen, dass es Wunden gibt, die auch nach vielen Jahrzehnten niemals richtig verheilen werden. *Vanessa Ney*

***Gabriele Schreib: „Marjellchen, Kleine Mädchen im Strudel der Weltgeschichte“**, VAS, Bad Homburg, broschiert, 95 Seiten, 14,80 Euro*

Blick hinter die Kulissen der Städteplaner

Spitzenbeamte schildern ihre Aufgaben und Visionen – Ein bisschen zu viel Selbstdarstellung

„Der verantwortliche Umgang mit dem baukulturellen Erbe ist Basis für zukunftweisendes Planen und Bauen in Deutschland, wobei insbesondere der öffentlichen Hand die Aufgabe zukommt, Zeichen zu setzen und exemplarisch Vorbilder anzubieten“, schreibt der Architekturhistoriker und Soziologe Werner Durth in dem großformatigen Text- und Bildband mit dem Titel „Wir bauen Deutschland“, für den Daniel Arnold, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Reihenhaus AG, als Herausgeber verantwortlich zeichnet. Damit ist der Ansatz dieses Buches umrissen, das neben drei Essays zum Themenkreis „Baukultur in Deutschland“ 40 Interviews mit städtischen Spitzenbeamten und Beigeordneten in 40 großen, mittleren und einigen kleineren deutschen Städten umfasst. Die Verantwortlichen wurden gebeten, Auskünfte auf Fragen nach den Aufgaben ihres Tätigkeitsfelds zu geben, ihre Visionen zu schildern.

Mit seinen vorherigen Buchprojekten hatte das mittelständische Unternehmen Deutsche Reihenhaus beabsichtigt, das Leben in Reihenhäusern in Wort und Bild zu dokumentieren. Mit dem vorliegenden Buch wurde nun der Horizont auf die gesamte geplante und gebaute Umwelt erweitert und damit ein zentrales Anliegen der Gesellschaft aufgegriffen. Es geht um Stadtentwicklung und somit um Verdichtung, Infrastruktur, Umweltsanierung, Energiewende, demografische Entwicklung, Verkehrsplanung, steigende Mieten, Bürgerbeteiligung, aber auch um wirtschaftliche und rechtliche Interessen. Tatsächlich ergeben sich durch die Interviews mit den Entscheidern spannende Einblicke in Diskussionen und in den Arbeitsalltag der deutschen Städteplaner, die von den Bürgern mitunter als „Verhinderer“ wahrgenommen werden, in jüngster Zeit aber auch für Kostenexplosionen bei Großprojekten mit verantwortlich gemacht worden sind.

Mit den sorgfältig arrangierten Porträt-Aufnahmen der Interviewten des Fotografen Albrecht Fuchs bot sich diesen auch visuell die Möglichkeit einer positiven Selbstdarstellung. Für Bilder von Gebäuden oder gar aus Problemvierteln der betreffenden Städte war dagegen kaum Platz vorgesehen. Davon abgesehen ist der Band empfehlenswert für alle, die sich im Zusammenhang mit dem Städte-Management für die Zukunftsthemen interessieren. Hier kann man wahrscheinlich Modelllösungen für manch eine Kommune entdecken, wobei sich auch Hinweise auf Fehlentwicklungen finden. So meint Christa Reicher, Professorin für Städtebau an der TU Dortmund, dass „gerade eine regelrechte Erosion von Demokratie stattfindet, kombiniert mit einem Mangel an Fachkompetenz auf Entscheidungsebene ... Denken wir nur einmal an die Besetzung der Aufsichtsräte. Diese sind vielfach falsch besetzt, nämlich mit Politikern, die keinerlei Fachkompetenz haben.“ *D. Jestrzemski*

***Daniel Arnold (Hrsg.): „Wir bauen Deutschland: 40 Entscheider der Stadtentwicklung im Porträt“**, jovis, Berlin 2013, 272 Seiten, 42 Euro*

Weitere Titel

***Thomas Böhm: „Das Parlament der Tiere. Eine fabelhafte Politsatire“**, tradition, Hamburg, broschiert, 246 Seiten, 12,99 Euro*

***Lutz Reuter: „Unsere Mütter und ihre Söhne“**, Verlagshaus Schlosser, Friedberg 2013, broschiert, 167 Seiten, 12,90 Euro*

***Werner Terpitz: „Nordenburg und seine Kirche. Ein Nachruf aus der Pfarrhaus-Perspektive“**, Wartburg Verlag, Weimar 2013, brosch., 160 Seiten, 14,80 Euro*

***Elke Wein: „Herzwaffeln. Kaffeekränzchen mit meinen Urgroßmüttern“**, BoD, Norderstedt 2013, broschiert, 98 Seiten, 8,90 Euro*

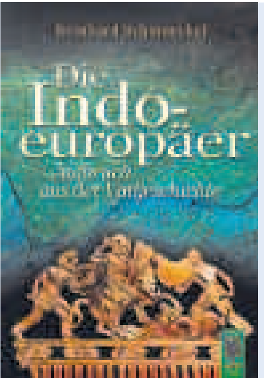
Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259

€ 39,99



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler. Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

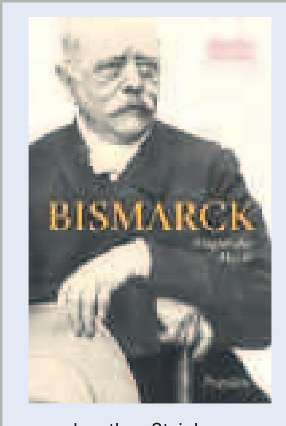
In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."

€ 17,99

Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Jonathan Steinberg
Bismarck
Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250, € 29,99

Rundstempel

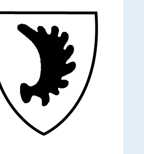
nur € 12,95 pro Stück



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539



Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

CD

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet
u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 14,95

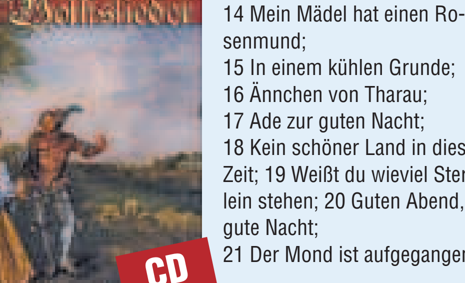


Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Matthias Weik & Marc Friedrich
Der größte Raubzug der Geschichte
Kart., 381 Seiten,
Best.- Nr.: 7224, € 19,90

Die schönsten Volkslieder



CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

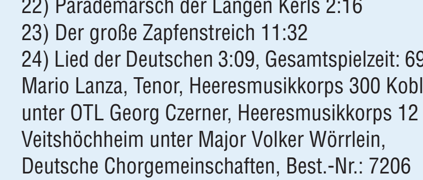
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

€ 17,95





CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



statt € 19,00 nur € 12,95

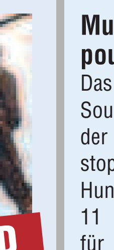
Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert,
416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372



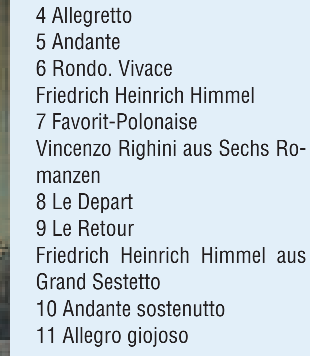
CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95





Musique pour Luise



CD

Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso

Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

€ 14,95

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin



CD

Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleittext
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

€ 15,95



CD

Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder
Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter.
Laufzeit: 71:11 Minuten
Best.-Nr.: 7235, € 12,90





CD

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Musik von Friedrich II.



CD

Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95

CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche

CD



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps;
15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch
17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

Gesamtspielzeit:
46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Aktion*





+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

MELDUNGEN

Babyboom lässt Händler hoffen

London – Die hohe Geburtenrate in Großbritannien versetzt Einzelhändler in dem Land inzwischen schon in Vorfreude aufs Weihnachtsgeschäft. So wurden zwischen Juni 2011 und Juni 2012 813 200 Babys geboren, die höchste Zahl seit 1972. Zwar hat jedes vierte der geborenen Kinder eine ausländische Mutter, aber auch die Britinnen bekamen mehr Kinder. Viele der Mütter sind bereits über 40 Jahre alt. Auch daher gehen die Händler davon aus, dass die Wunschkinder zu Weihnachten reich beschenkt werden. *Bel*

Treibstoffgeschenk für Parade

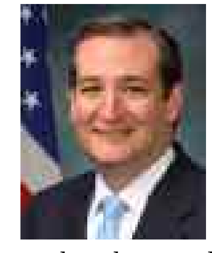
Thessaloniki – Damit die Griechen in diesem Jahr den 73. Jahrestag des italienischen Angriffs trotz drohender Staatspleite adäquat feiern können, hat sich ein Unternehmer bereit erklärt, die Treibstoffkosten in Höhe von 35 000 Euro zu übernehmen. In den letzten Jahren hatte die dazugehörige Militärparade nämlich ohne motorisierte Einheiten und Luftwaffe stattfinden müssen. *Bel*

ZUR PERSON

Erlöser oder Blockierer?

Schon jetzt ist klar, dass **Ted Cruz** in die US-Geschichte eingehen wird, offen ist nur noch, ob der 42-jährige Senator aus Texas dort positiv oder negativ Erwähnung finden wird. Der erst seit Januar amtierende republikanische Juniorsenator gilt als Anführer der Gegner der Gesundheitsreform von US-Präsident Barack Obama und somit als Kopf jener Republikaner, die bereit sind, die Zahlungsunfähigkeit der USA zu riskieren, für die Chance, so die verabscheute Reform zu stoppen.

Unter einem mangelnden Selbstbewusstsein leidet der Jurist, der in Harvard studiert hat, keineswegs. Er selbst gibt an, bei der nächsten Präsidentschaftswahl für die Republikaner ins Rennen gehen zu wollen. Und die rechten US-Medien feiern ihn schon als neuen Obama, schließlich hat auch er in Harvard studiert, sein Vater ist ebenfalls kein gebürtiger Amerikaner und er wird von seinen Anhängern als Erlöser gefeiert. Mit seiner 21-stündigen Dauerrede im US-Senat im September gegen Obamacare ist er spätestens zum Liebling der konservativen Tea-Party-Bewegung geworden. Aber auch schon vorher stimmte die Chemie, denn auch der Sohn eines 1957 in die USA emigrierten kubanischen politischen Flüchtlings wettert gegen Abtreibung und die gleichgeschlechtliche Ehe, liebt das inszenierte Gebet in der Öffentlichkeit, befürwortet den freien Waffenbesitz und hat für soziales Engagement des Staates gar nichts übrig. Bereits das Nothilfeprogramm für die Opfer des Hurrikan Sandy war ihm ein Graus.



Er selbst hingegen verursacht nicht nur bei Obama das kalte Grausen, auch Republikanerführer John Boehner, als dessen Nachfolger Cruz schon gehandelt wird, hat mit diesem seine Not, denn Cruz und seine Anhänger blockieren jede Kompromisssuche im US-Haushaltsstreit. *Bel*



Wahnsinn und Gelassenheit

Worüber sich die Amis stritten, warum wir uns keine Sorgen machen, und wofür die Limburger Affäre noch nützlich sein wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Worum ging es eigentlich in den USA? „Haushaltsstreit" lautete die meistverwendete Überschrift, und wer den Blick nur kurz über den Teich schweifen ließ, dem mochte sich folgendes Bild aufdrängen: Da gibt es einen großen Geldschatz irgendwo in Washington, in den der gute Präsident Obama hineingreifen will, um den Armen und Beladenen etwas Gutes zu tun.

Vor dem Schatz aber hatten sich fiese Gesellen postiert, die dem Gutestuer den Weg versperrten. Man nennt sie „Republikaner", dem deutschen Medienkonsumenten auch schlicht als „die Bösen" bekannt. Angetrieben werden „die Bösen" von der noch böseren Tea-Party-Bewegung, in der sich nach hiesiger Pressebewertung die amerikanischen Entsprechungen von Graf Dracula und Jack the Ripper zusammengerottet haben.

Wer nach flüchtigem Hinschauen indes etwas genauer hinüberspähte, sah etwas anderes als einen Goldschatz, nämlich einen gigantischen Schuldenberg, umgerechnet mehr als zwölf Billionen oder 12 000 Milliarden Euro hoch. Davor zankten sich die US-Politiker, ob es nun langsam genug sei mit dem Schuldenmachen oder ob noch ein ordentlicher Batzen drauf soll. Ein ganzes Drittel des US-Staatsetats wird in diesem Jahr nur mit neuen Schulden finanziert. Sprich: Der Laden ist eigentlich pleite. Nur weil die Notenbank wie behämmert neues Geld ausspuckt und der Regierung Monat für Monat mehr als 60 Milliarden Euro rüberschaufelt, läuft der faule Zauber weiter.

Wie lange man das machen kann, weiß eigentlich keiner so genau. Und was kommt, wenn es eines Tages aus irgendeinem Grund nicht mehr weitergeht mit dem Schuldenmachen, wollen die meisten auch lieber gar nicht wissen. Ein Wirtschaftsjournalist hat dieser Tage Albert Einstein zitiert, der eine eigentlich simple Wahrheit ausgesprochen hat: Es sei Wahnsinn, für immer die gleiche Versuchsanordnung unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten.

Aber welche „Versuchsanordnung" haben wir denn gerade in den USA wie auch in der Euro-Zone oder erst recht in Japan? Es ist die, die in Deutschland vor genau 90 Jahren schon einmal für rasante Resultate sorgte, als die Reichsbank vom Gelddrucken gar nicht genug bekommen konnte.

Im Grunde hätte man es damals schon wissen können, welches Monster bei so etwas geboren wird. Es war nicht das erste Mal, dass mit der Gelddruckmaschine gespielt wurde, und zuvor schon war das jedes Mal im Desaster geendet. Aber Reichsbankchef Rudolf Havenstein versicherte allen Skeptikern, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und alles unter Kontrolle habe. Fünf Tage nach der Währungsreform traf ihn am 20. November 1923 der Schlag.

> Beim BER wurde das Hundertfache verpulvert – aber wen schert das schon?

Heute machen sich wieder viele Leute Sorgen, wenn der Chef der US-Notenbank, Ben Bernanke, die Notenpresse antreibt, wenn EZB-Präsident Mario Draghi bankrotte Banken und Staaten mit frischen, ungedeckten Euros quasi unbegrenzt vollpumpt und Japans Ministerpräsident Shinzo Abe ankündigt, die Geldmenge bis Ende 2014 verdoppeln zu wollen. Doch Bernanke, Draghi und Abe versichern, aus den Erfahrungen Havensteins und anderer gelernt und alles unter Kontrolle zu haben.

Wir müssen uns also keine Sorgen machen. Und das tun wir ja auch nicht, die Deutschen blicken voller Vertrauen auf die verantwortlichen Akteure und strahlen eine bewundernswerte „Gelassenheit" aus, wie Beobachter aus aller Welt anerkennend vermerken. Gelassenheit. Einstein würde es Wahnsinn nennen.

Aber egal, wie wahnsinnig gelassen wir nun sein mögen, auch unsere Gelassenheit hat Grenzen. Die Sache mit dem Limburger „Protz-Bischof" hat die Nation schwer erregt. Was für ein eitler Gockel, der sich da eine Prunkresidenz für mittlerweile geschätzte 40 Millionen Euro hat hinsetzen lassen! Unerträglich für die Gesellschaft und untragbar für die katholische Kirche, da waren sich schnell alle einig: Weg mit dem!

Den Kirchenmann dürfte das eigene Verhalten mittlerweile selbst ärgern. Das hatte er bestimmt nicht vorhergesehen. Was er sich wohl heute denkt? Wahrscheinlich: Hätte ich das bloß sein gelassen! Oder besser: Wäre ich statt Bischof doch Politiker geworden!

Wieso Politiker? Weil ihm dann ganz gewiss nichts passiert wäre. Zum Beispiel als Berliner Bürgermeister: Klaus Wowereit hat leicht das Hundertfache der Limburger Bausumme als Mehrkosten für seinen Großflughafen verpulvert. Bußgang? Rücktritt? Nichts da: Er hat bloß mit seinem Freund und Kollegen aus Brandenburg den Platz getauscht und schon war (für ihn) alles wieder gut. Die Medien hatten zwar kurz über die peinlich-dreiste Rochade gelästert, gaben dann aber auch Ruhe, derweil die Geldvernichtung im märkischen Sand munter weitergeht.

In Hamburg haben Politiker den Bauauftrag für ihren neuen Musiktempel dermaßen stümperhaft ausgehandelt, dass die Kosten um rund das Fünfzehnfache des Limburger Gesamtbetrags angestiegen sind. Der damalige Bürgermeister Ole von Beust genießt davon gänzlich ungerührt seinen „wohlverdienten Ruhestand".

Natürlich haben jetzt jene Recht, die einwerfen, dass man das eine mit dem anderen nicht so ohne Weiteres vergleichen könne. Manche meinen ja, dass Kirchenleute nun mal eine „besondere Vorbildfunktion" hätten und daher genauer beäugt werden müssten. Für die Masse der Deutschen sollte der Unterschied allerdings woanders liegen: Zumindest das Berlin-Brandenburger Abenteuer müssen alle Deutschen mitbezahlen, einige über den Länderfinanzausgleich und alle über Bundeszuschüsse. Die Kosten der Bischofsresidenz sind hingegen nur für die 700 000 Katholiken des Bistums Limburg ein persönliches Ärgernis.

Gut, aber das erzählen wir lieber nicht so laut herum. Sonst nutzt sich der Gebrauchswert der hessischen Affäre für die Politik zu schnell ab. Und der kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Wenn sich demnächst irgendein Kirchenmensch dazu versteigen sollte, die Politiker mit Verweis auf Hamburg oder Berlin zum sparsameren Umgang mit öffentlichem Geld zu ermahnen, müssen die Ermahnten bloß „Limburg" zischen, und schon ist Grinsen und Schweigen.

Allerdings passiert es uns in letzter Zeit häufiger, dass uns das Grinsen gefriert wegen ungeheuerlicher Entdeckungen, über die auch die *PAZ* nicht schweigen will. Bei der jüngsten Enthüllung geht es nicht mehr „nur" um Geld, es geht um alles: Viele unter Ihnen, vor allem die 40- bis 60-Jährigen, erinnern sich gut an die lustigen Asterix-Hefte – das kleine gallische Dorf, das tapfer der römischen Übermacht standhält.

Jetzt ist Schluss mit lustig: Der französische Kulturhistoriker Léon Poliakov hat herausgefunden, dass die Geschichten ein Pfuhl von Rassismus und Ausgrenzung sind. Die Gallier stünden nämlich für die „unverbildete, reine Rasse", die in den Heften idealisiert würde. Deren Feind ist bezeichnenderweise eine multikulturelle römische Mischpoke, die aus blöden, verweichlichten Tölpeln besteht.

Auch das noch, Asterix ist Paläo-Nazi, als Comic getarnte Rassenhetze. Darauf wären wir ohne die wissenschaftliche Erweckung durch Herrn Poliakov nie gekommen. Aber nun müssen die Hefte wohl auf den Index. Pfui Teufel.

Die „Welt" stellt dem rassistischen Gallierkaff die „kosmopolitische US-Metropole Entenhausen" der Donald-Duck-Hefte als leuchtendes Beispiel gegenüber, wo glückliche Tierchen unterschiedlichster Gattungen durch die „von Dagobert Duck gesteuerte Geldherrschaft in Trab gehalten" würden. So also sieht das Comic-Pendant der einzig erstrebenswerten Gesellschaft aus. Und in der Tat: In Entenhausen hätten sich Ben Bernanke und Mario Draghi auf Anhieb wohlgefühlt. Von den Galliern hätten die beiden dagegen wohl Prügel bezogen. Wo Sie selbst lieber leben wollten, behalten Sie in Ihrem eigenen Interesse besser für sich.

MEINUNGEN

__Gerd Höhler warnt__ im „Handelsblatt" vom 9. Oktober, __positive Nachrichten aus Athen__ einfach so hinzunehmen:

„Die Erfolgsmeldungen aus Athen sind aber mit Vorsicht zu genießen. Der Defizitabbau ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass der Staat viele Rechnungen nicht bezahlt. Er stand Ende August bei der Privatwirtschaft mit 6,5 Milliarden Euro in der Kreide. Das sind 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ... Die Rechnung geht auch nur auf, wenn Griechenland in den nächsten Jahren die erwarteten Wachstumsraten von drei Prozent und mehr erzielt. Da ist Vorsicht geboten ... Nach der ursprünglichen Vorhersage hätte Griechenland bereits 2012 zum Wachstum zurückkehren müssen. Tatsächlich schrumpfte die Wirtschaft in den beiden vergangenen Jahren um mehr als zehn Prozent."

Die __scheidende Familienministerin Kristina Schröder__ erklärt im „Spiegel" vom 7. Oktober, warum viele __Medien sie nicht mögen__:

„Das Seltsame bei mir ist doch, dass ich dieses Aufsehen mit einer urliberalen Botschaft in der Gesellschaftspolitik verursache. Ich finde nicht, dass der Staat den Menschen Vorschriften machen sollte. Wenn eine Mutter ihr Kind in die Kita bringt, ist das in Ordnung. Wenn sich eine Frau entscheidet, ihr ein- oder zweijähriges Kind anders als in der öffentlichen Kita zu betreuen, verdient das aus meiner Sicht ebenfalls Respekt. Aber offenbar reicht so eine freiheitliche Botschaft schon aus, um in der Familienpolitik öffentlich als reaktionär gebrandmarkt zu werden. Es hieß, ich wolle die Frauen zurück an den Herd bringen. Was für ein Unsinn! ... Frauenfeindlichkeit im Gewand von Intellektualität ärgert mich."

__Bettina Röhl__ erinnert am 15. Oktober auf den Online-Seiten der „Wirtschaftswoche" die __FDP__ daran, __was Liberalismus bedeutet__:

„Liberalismus heißt nämlich Gedankenfreiheit auch gegenüber den anderen Bürgern, gegenüber der Gesellschaft und gegenüber jeder Kraft, Strömung, Haltung, die in der Gesellschaft relevant ist. Es hilft nichts. Eine Partei wie die FDP ist dem endgültigen Untergang geweiht, wenn sie die Auseinandersetzung mit den gefährlichen und monströsen Ungeistern namens Mainstream, politische Korrektheit und Zeitgeist vermeidet statt den offensiven Streit mit diesen Geißeln der Menschheit zu suchen."

Der niederländische Autor __Leon de Winter__ macht im „Focus" (14. Oktober) die „__Entmännlichung__" westlicher Gesellschaften dafür mitverantwortlich, dass der __konservative Islam__ aufblüht:

„In unseren postmodernen europäischen Ländern haben wir die Idee vom Krieger begraben ... Auf anderen Kontinenten ist man noch nicht soweit. Mir scheint, dass der konservative Islam gerade wegen der klaren Rollenbilder, denen der Gläubige folgen kann, eine so große Anziehungskraft auf junge Muslime ausübt ... In modernen, befriedeten Gesellschaften werden junge Männer ständig darauf hingewiesen, dass ihre Triebe nicht toleriert werden und Ideen von Ehre und Heldentum keine Wertschätzung genießen."